

# Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite

## 1. Name und Kontaktangaben des Kreditgebers

Kreditgeber	PSD Bank Köln eG
Anschrift	Laurenzplatz 2 50667 Köln
Telefon	0800/299 399 2
E-Mail	info@psd-koeln.de
Fax	0221/2770-999
Internet-Adresse	www.psd-koeln.de

## 2. Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Kredits

Kreditart	Annuitätendarlehen Sie zahlen über die gesamte Dauer einer Zinsbindung des Darlehens gleichbleibende Raten, die sowohl Zinsen als auch einen Tilgungsanteil enthalten (Annuität). Da der Zins aus der jeweiligen Darlehensrestschuld berechnet wird, sinkt der Zinsanteil der Rate, sodass der Tilgungsanteil entsprechend steigt. Bei veränderlichem Sollzinssatz kann sich auch die Annuität verändern.
Gesamtkreditbetrag Obergrenze oder Summe aller Beträge, die aufgrund des Kreditvertrags zur Verfügung gestellt wird.	EUR 33.000,00
Bedingungen für die Inanspruchnahme Gemeint ist, wie und wann Sie das Geld erhalten	Der Nettodarlehensbetrag wird auf das im Kreditvertrag vereinbarte Konto zum vereinbarten Zeitpunkt überwiesen, wenn sämtliche mit dem Kreditgeber vereinbarten Bedingungen erfüllt sind, die vorgesehenen Sicherheiten bestellt wurden, die Bank die Ordnungsmäßigkeit der vorgesehenen Sicherheiten geprüft hat, deren Bestellung nicht mehr widerrufbar ist und eine von der Bank verlangte Empfangsbestätigung über ausgehändigte Unterlagen vorliegt. Soweit vereinbart, wird der Nettodarlehensbetrag an den von Ihnen benannten Dritten überwiesen. Die Gegenleistung und die Rechtsfolge der Zahlung ergibt sich aus dem zwischen Ihnen und dem benannten Dritten vereinbarten Rechtsverhältnis. Die Auszahlung ist davon abhängig, dass sich zwischen Vertragsabschluss und vereinbartem Auszahlungszeitpunkt Ihre Kreditwürdigkeit nicht wesentlich ändert und für den Fall, dass ein Rückzahlungszeitpunkt nicht vereinbart wurde, ein anderer sachlicher Grund für die Verweigerung der Auszahlung nicht besteht.
Laufzeit des Kreditvertrags	Die Laufzeit endet am 15.05.2026.
Teilzahlungen und gegebenenfalls Reihenfolge, in der die Teilzahlungen angerechnet werden	Sie müssen folgende Zahlungen leisten:  Den Darlehensbetrag in Höhe von 11,100000 % jährlich vom ursprünglichen Darlehensbetrag zuzüglich der durch Tilgung ersparten Sollzinsen. Demnach sind 96 Annuitätsraten aus Sollzins und Tilgung zuzüglich sonstiger Kosten zu zahlen, jeweils fällig am 15. eines jeden Monats, erstmals am 15.06.2018 mit vorrangiger Verrechnung auf die Sollzinsen, hiervon 95 Raten in Höhe von 386,33 EUR sowie eine abweichende Rate in Höhe von 385,99 EUR. Bis zum Tilgungsbeginn sind nur die Sollzinsen zu zahlen. Bei Sollzinssatzänderungen können die Raten entsprechend geändert werden. Sondertilgungen sind in Höhe von max. 33.000,00 EUR möglich. Die Tilgungsanrechnung erfolgt bei Geldeingang. Eine Ratenanpassung nach einer Sondertilgung erfolgt nur auf schriftlichen Kundenwunsch.
Von Ihnen zu zahlender Gesamtbetrag Betrag des geliehenen Kapitals zuzüglich Zinsen und etwaiger Kosten im Zusammenhang mit Ihrem Kredit	EUR 37.087,34
Verlangte Sicherheiten Beschreibung der von Ihnen im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag zu stellenden Sicherheiten	Pfandrecht bestehend grundsätzlich an Wertpapieren und Sachen im Besitz der Bank sowie Ansprüchen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung gemäß Nr. 14 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank  Lohn- und Gehaltsabtretung

### 3. Kreditkosten

Sollzinssatz oder gegebenenfalls die verschiedenen Sollzinssätze, die für den Kreditvertrag gelten	Dieser Sollzins wird wie folgt berechnet: Der Monat wird mit 30 Tagen und das Jahr mit 360 Tagen berechnet (30/360). Der Sollzinssatz beträgt 2,950000 % p. a. und ist während der Laufzeit des Kreditvertrags gebunden.
Effektiver Jahreszins Gesamtkosten ausgedrückt als jährlicher Prozentsatz des Gesamtkreditbetrags Diese Angabe hilft Ihnen dabei, unterschiedliche Angebote zu vergleichen.	Der effektive Jahreszins beträgt 2,99 % p. a. Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wird von der Annahme ausgegangen, dass der Verbraucherdarlehensvertrag für den vereinbarten Zeitraum gilt und dass Kreditgeber und Verbraucher ihren Verpflichtungen zu den im Verbraucherdarlehensvertrag niedergelegten Bedingungen und Terminen nachkommen. Im Übrigen wurden von den gesetzlichen, zusätzlichen Annahmen gemäß Anlage § 6 Preisangabenverordnung folgende zugrunde gelegt:  Es wird angenommen, dass der Sollzinssatz und die sonstigen Kosten gemessen an der ursprünglichen Höhe fest bleiben und bis zum Ende des Kreditvertrags gelten.  Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wurde eine Auszahlung zum 15.05.2018 angenommen.
Ist - der Abschluss einer Kreditversicherung oder - die Inanspruchnahme einer anderen mit dem Kreditvertrag zusammenhängenden Nebenleistung zwingende Voraussetzung dafür, dass der Kredit überhaupt oder nach den vorgesehenen Vertragsbedingungen gewährt wird? Falls der Kreditgeber die Kosten dieser Dienstleistungen nicht kennt, sind sie nicht im effektiven Jahreszins enthalten.	Nein.  Nein.
Kosten im Zusammenhang mit dem Kredit	
Bedingungen, unter denen die vorstehend genannten Kosten im Zusammenhang mit dem Kreditvertrag geändert werden können	Änderungen von Entgelten für solche Leistungen, die vom Kunden im Rahmen der Geschäftsverbindung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (z. B. Kontoführung), werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Werden dem Kunden die Änderungen angeboten, kann er den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Kündigt der Kunde, wird das geänderte Entgelt für die gekündigte Geschäftsbeziehung nicht zugrunde gelegt.
Kosten bei Zahlungsverzug Verspätete Zahlungen können schwerwiegende Folgen für Sie haben (z. B. Zwangsverkauf) und die Erlangung eines Kredits erschweren.	Bei Zahlungsverzug wird Ihnen ein Verzugszinssatz pro Jahr von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz berechnet. Die Höhe des jeweils aktuellen Basiszinssatzes wird von der Deutschen Bundesbank jeweils zum 1. Januar und zum 1. Juli eines jeden Jahres durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger bekannt gegeben. Der Verzugszinssatz beträgt danach derzeit 4,120000 % p. a. Die Geltendmachung eines konkreten Verzugschadens bleibt der Bank vorbehalten.

### 4. Andere wichtige rechtliche Aspekte

Widerrufsrecht Sie haben das Recht, innerhalb von 14 Kalendertagen den Kreditvertrag zu widerrufen.	Ja
Vorzeitige Rückzahlung Sie haben das Recht, den Kredit jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzahlen. Dem Kreditgeber steht bei vorzeitiger Rückzahlung eine Entschädigung zu.	In dem mit Ihnen abgeschlossenen Darlehensvertrag ist bei Vertragsabschluss ein gebundener Sollzinssatz vereinbart worden. Kann im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung während dieser Sollzinnsbindung die Bank gemäß § 502 BGB eine angemessene Vorfälligkeitsentschädigung für den unmittelbar mit der vorzeitigen Rückzahlung zusammenhängenden Schaden verlangen, wird sie diesen nach den vom Bundesgerichtshof für die Berechnung vorgeschriebenen finanzmathematischen Rahmenbedingungen berechnen, die insbesondere <ul style="list-style-type: none"> <li>• ein zwischenzeitlich gesunkenes Zinsniveau,</li> <li>• die für das Darlehen ursprünglich vereinbarten Zahlungsströme,</li> <li>• den der Bank entgehenden Gewinn,</li> <li>• die infolge der vorzeitigen Rückzahlung ersparten Risiko- und Verwaltungskosten</li> </ul> berücksichtigen.  Für den mit der vorzeitigen Rückzahlung verbundenen Verwaltungsaufwand berechnen wir Ihnen ein Entgelt. Die Vorfälligkeitsentschädigung darf folgende Beträge nicht überschreiten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• 1 Prozent beziehungsweise, wenn der Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung weniger als 1 Jahr beträgt, 0,5 % des vorzeitig zurückgezahlten Betrags,</li> <li>• den Betrag der Sollzinsen, den der Darlehensnehmer in dem Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung entrichtet hätte.</li> </ul>

<b>Datenbankabfrage</b> Der Kreditgeber muss Sie unverzüglich und unentgeltlich über das Ergebnis einer Datenbankabfrage unterrichten, wenn ein Kreditantrag aufgrund einer solchen Abfrage abgelehnt wird. Dies gilt nicht, wenn eine entsprechende Unterrichtung durch die Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft untersagt ist oder den Zielen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit zuwiderläuft.	
<b>Recht auf einen Kreditvertragsentwurf</b> Sie haben das Recht, auf Verlangen unentgeltlich eine Kopie des Kreditvertragsentwurfs zu erhalten. Diese Bestimmung gilt nicht, wenn der Kreditgeber zum Zeitpunkt der Beantragung nicht zum Abschluss eines Kreditvertrags mit Ihnen bereit ist.	
<b>Zeitraum, während dessen der Kreditgeber an die vorvertraglichen Informationen gebunden ist</b>	Diese Informationen gelten vom 16.04.2018 bis zum 30.04.2018.

##### 5. Zusätzliche Informationen beim Fernabsatz von Finanzdienstleistungen

<b>a) zum Kreditgeber</b>	
<b>Eintrag im Handelsregister</b>	Der Kreditgeber ist eingetragen beim AMTSGERICHT KÖLN GEN. REG.-NR. 731 unter der Handels-/Genossenschaftsregisternummer
<b>Zuständige Aufsichtsbehörde</b>	Die für die Zulassung von Kreditinstituten zuständige Aufsichtsbehörde ist die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland (Postanschrift: Europäische Zentralbank, 60640 Frankfurt am Main, Deutschland); die für den Schutz der kollektiven Verbraucherinteressen zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn bzw. Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt am Main.
<b>b) zum Kreditvertrag</b>	
<b>Ausübung des Widerrufsrechts</b>	<p style="text-align: center;"><b>Widerrufsinformation</b></p> <p><b>Widerrufsrecht</b>  Der Darlehensnehmer kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags, aber erst, nachdem der Darlehensnehmer alle Pflichtangaben nach § 492 Absatz 2 BGB (z. B. Angabe zur Art des Darlehens, Angabe zum Nettodarlehensbetrag, Angabe zur Vertragslaufzeit) erhalten hat. Der Darlehensnehmer hat alle Pflichtangaben erhalten, wenn sie in der für den Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigung seines Antrags oder in der für den Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigung der Vertragsurkunde oder in einer für den Darlehensnehmer bestimmten Abschrift seines Antrags oder der Vertragsurkunde enthalten sind und dem Darlehensnehmer eine solche Unterlage zur Verfügung gestellt worden ist. Über in den Vertragstext nicht aufgenommene Pflichtangaben kann der Darlehensnehmer nachträglich auf einem dauerhaften Datenträger informiert werden; die Widerrufsfrist beträgt dann einen Monat. Der Darlehensnehmer ist mit den nachgeholten Pflichtangaben nochmals auf den Beginn der Widerrufsfrist hinzuweisen. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an: PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln Telefaxnummer: 0221/2770-999  E-Mail-Adresse: info@psd-koeln.de</p>

13348140  
00030028 0000038 19.04.2018 0001165

	<b>Widerrufsfolgen</b> Soweit das Darlehen bereits ausbezahlt wurde, hat es der Darlehensnehmer spätestens innerhalb von 30 Tagen zurückzuzahlen und für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung des Darlehens den vereinbarten Sollzins zu entrichten. Die Frist beginnt mit der Absendung der Widerrufserklärung. Für den Zeitraum zwischen Auszahlung und Rückzahlung ist bei vollständiger Inanspruchnahme des Darlehens pro Tag ein Zinsbetrag in Höhe von 2,70 Euro zu zahlen. Dieser Betrag verringert sich entsprechend, wenn das Darlehen nur teilweise in Anspruch genommen wurde.
Recht, das der Kreditgeber der Aufnahme von Beziehungen zu Ihnen vor Abschluss des Kreditvertrags zugrunde legt	Die Bank legt der gesamten Geschäftsbeziehung deutsches Recht zugrunde.
Klauseln über das auf den Kreditvertrag anwendbare Recht und/oder die zuständige Gerichtsbarkeit	Auf den Kreditvertrag findet deutsches Recht Anwendung. Es gibt keine Gerichtsstandsklausel.
Wahl der Sprache	Die Informationen und Vertragsbedingungen werden in deutscher Sprache vorgelegt. Mit Ihrer Zustimmung werden wir während der Laufzeit des Kreditvertrags in deutscher Sprache mit Ihnen Kontakt halten.
c) zu den Rechtsmitteln	
Verfügbarkeit außergerichtlicher Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren und Zugang dazu	<p>Bei Ihrer Bank können Sie sich an folgende zentrale Beschwerdestelle wenden:  Qualitätsmanagement PSD Bank Köln eG  Laurenzplatz 2  50667 Köln  Telefon 0800/299 399 2  E-Mail <a href="mailto:info@psd-koeln.de">info@psd-koeln.de</a></p> <p>Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann für die genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen (<a href="http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle">http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle</a>). Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, Fax: 030 2021-1908, E-Mail: <a href="mailto:kundenbeschwerdestelle@bvr.de">kundenbeschwerdestelle@bvr.de</a> zu richten.</p> <p>Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdienstrechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetzes) besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn. Zudem besteht in diesen Fällen auch die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar bei der Bank einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) beantworten.</p> <p>Die Europäische Kommission stellt unter <a href="https://ec.europa.eu/consumers/odr/">https://ec.europa.eu/consumers/odr/</a> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.</p>



Weitere (gesetzlich nicht geforderte) Hinweise des Kreditgebers

Für Rückfragen und weitere Erläuterungen steht Ihnen Ihr Kundenberater jederzeit gern zur Verfügung.

Name, Vorname  
Olbrich, Björn

ggf. Kundennummer/IBAN  
5367058000  
DE28 3706 0993 5367 0583 00

Datum des Ausdrucks  
19.04.2018



# Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag

(befristetes Annuitätendarlehen mit Abtretung von Bezügen)

Zur bankinternen Bearbeitung

Nr. 5367058300

Steuernummer bzw. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer  
DE 122786814

Rechnungsnummer gemäß § 14 Abs. 4 Nr. 4 UStG  
5367058300/19.04.2018

## Umsatzsteuerbefreite Finanzdienstleistung

Darlehensnehmer (Name, Anschrift, Geburtsdatum)

Herr  
Björn Olbrich  
Von-Werth-Str. 24  
50259 Pulheim

G.-Dat.: 01.05.1985

Bank (Firma, Postanschrift)

PSD Bank Köln eG  
Laurenzplatz 2  
50667 Köln

## Darlehensnehmer und Bank schließen folgenden Vertrag:

### 1 Höhe des Darlehens

Die Bank stellt dem Darlehensnehmer ein Darlehen zur Verfügung in Höhe von

EUR

33.000,00

Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, das Darlehen bis spätestens zum 14.05.2020 abzunehmen.

### 2 Verwendungszweck

Der Verwendungszweck dieses Vertrags ist ausschließlich auf nicht gebäudewirtschaftliche Zwecke im Sinne von § 491 Abs. 3 Nr. 2 BGB gerichtet.

### Allgemeine Bezeichnung der Darlehensverwendung

Ablöse

### 3 Konditionen

**3.1 Sollzinssatz:** Das Darlehen ist ab dem Tag der Auszahlung mit 2,950000 % jährlich zu verzinsen.

Dieser Sollzins wird wie folgt berechnet: Der Monat wird mit 30 Tagen und das Jahr mit 360 Tagen berechnet (30/360).

Dieser Sollzinssatz ist gebunden bis zum Ende der Vertragslaufzeit.

Die Sollzinsen werden aus dem jeweiligen Darlehenssaldo berechnet.

Die Sollzinsen sind fällig am 15. eines jeden Monats.

### 3.2 Kosten, Nebenleistungen, Nettodarlehensbetrag

Der Nettodarlehensbetrag wird ganz oder in Teilbeträgen ausgezahlt.

**Nettdarlehensbetrag:**

EUR

33.000,00

**Sonstige Kosten:** Zum Beispiel Kosten von Tilgungsersatzinstrumenten, Sachversicherungsprämie, sofern Versicherung Bedingung für das Darlehen.  
Entfällt.

### 4 Darlehensrückzahlung und Laufzeit

Das Darlehen ist wie folgt zurückzuzahlen:

in Höhe von 11,100000 % jährlich vom ursprünglichen Darlehensbetrag zuzüglich der durch Tilgung ersparten Sollzinsen.

Demnach sind (Anzahl) 96 Annuitätsraten aus Sollzins und Tilgung zuzüglich sonstiger Kosten zu zahlen jeweils fällig am 15. eines jeden Monats, erstmals am 15.06.2018 mit vorrangiger Verrechnung auf die Sollzinsen, hiervon (Anzahl) 95 Raten in Höhe von 386,33 EUR sowie eine abweichende Rate in Höhe von 385,99 EUR. Bis zum Tilgungsbeginn sind nur die Sollzinsen zu zahlen.

Bei Sollzinssatzänderungen können die Raten entsprechend geändert werden. Die neuen Raten wird die Bank dem Darlehensnehmer mitteilen.

Soweit nichts anderes vereinbart wurde, werden fällige Beträge (z. B. Sollzinsen oder Leistungsraten) dem Belastungskonto

IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83 belastet.

### SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) die Bank, fällige Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der Bank auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut (Name und BIC)

DEUTSCHE KREDIT BANK A.G. BERLIN  
BIC BYLADEM1001

IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83

Ort, Datum

Köln, 19.04.2018

Unterschrift(en)

BJÖRN OLBRICH

Gläubiger-Identifikationsnummer (CI/Creditor Identifier)

DE95PSD00000002236

Mandatsreferenz

0503368750D120300000016253783

## Vertragslaufzeit

Die Laufzeit endet am 15.05.2026.

**5 Effektiver Jahreszins:** 2,99 %. Der unter 3.1 ausgewiesene Sollzinssatz kann unter den dort genannten Voraussetzungen geändert werden. Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wurde eine Auszahlung zum 15.05.2018 angenommen. Ist ein Disagio vereinbart worden, erhöht sich der Effektivzins, soweit das Darlehen zu einem späteren Zeitpunkt ausbezahlt wird.

**6 Gesamtbetrag** (alle vom Darlehensnehmer zu leistenden Teilzahlungen einschließlich Tilgung, Sollzinsen und Kosten - soweit bezifferbar -): EUR 37.087,34.

## 7 Hinweise zum effektiven Jahreszins und zum Gesamtbetrag

In die Berechnung des effektiven Jahreszinses und des Gesamtbetrags fließen die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bekannten sowie folgende gesetzliche Annahmen ein:

Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wird von der Annahme ausgegangen, dass der Verbraucherdarlehensvertrag für den vereinbarten Zeitraum gilt und dass Kreditgeber und Verbraucher ihren Verpflichtungen zu den im Verbraucherdarlehensvertrag niedergelegten Bedingungen und Terminen nachkommen.

Es wird angenommen, dass der Sollzinssatz und die sonstigen Kosten gemessen an der ursprünglichen Höhe fest bleiben und bis zum Ende des Verbraucherdarlehensvertrags gelten.

## 8 Entfällt.

## 9 Sicherheiten, Verträge, Versicherungen

Alle der Bank zustehenden Sicherheiten – mit Ausnahme bestehender und zukünftiger Grundpfandrechte und/oder Reallasten im Sinne von § 491 Abs. 3 BGB – sichern alle bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche der Bank aus der Geschäftsverbindung mit dem Darlehensnehmer, soweit nicht im Einzelfall außerhalb dieses Vertrags etwas anderes vereinbart ist; dies gilt auch für bereits bestellte, hier nicht aufgeführte und aufgrund der Allgemeinen Geschäftsbedingungen haftende Sicherheiten. Zusätzlich stellt der Darlehensnehmer der Bank mit gesonderten Vereinbarungen noch folgende Sicherheiten:

## Abtretung von Bezügen

Der Darlehensnehmer tritt den pfändbaren Teil seiner derzeitigen und zukünftigen Ansprüche auf Arbeitseinkommen im Sinne von § 850 ZPO gegen den jeweiligen Arbeitgeber, seine Entgeltansprüche - insbesondere als freier Mitarbeiter - gegen den jeweiligen Dienstberechtigten sowie seine Sozialleistungsansprüche gegen den jeweiligen Leistungsträger (z. B. Agentur für Arbeit, Krankenkasse) mit allen Rechten gemäß der nachfolgend genannten Bedingungen an die Bank ab. Die Abtretung ist jedoch begrenzt jeweils auf einen Höchstbetrag von 37.087,34 EUR, der sich um die Beträge vermindert, die der Drittschuldner an die Bank aufgrund seiner Inanspruchnahme gemäß Nummer 21.3 Satz 3 dieser Abtretungsbedingungen leistet. Frühere Abtretungen bleiben hiervon unberührt.

Der Darlehensnehmer hat zusätzlich folgende Verträge, insbesondere Versicherungen, abzuschließen oder nachzuweisen:

Das Darlehen kann erst in Anspruch genommen werden, wenn sämtliche vertraglichen Bedingungen erfüllt sind, die vorgesehenen Sicherheiten bestellt wurden, die Bank die Ordnungsmäßigkeit der vorgesehenen Sicherheiten geprüft hat, deren Bestellung nicht mehr widerrufbar ist und eine von der Bank verlangte Empfangsbestätigung über ausgehändigte Unterlagen vorliegt.

## 10 Außergerichtliche Streitschlichtung

Bei Ihrer Bank können Sie sich an folgende zentrale Beschwerdestelle wenden:

Qualitätsmanagement PSD Bank Köln eG

Laurenzplatz 2

50667 Köln

Telefon 0800/299 399 2

E-Mail [info@psd-koeln.de](mailto:info@psd-koeln.de)

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann für die genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen (<http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle>). Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, Fax: 030 2021-1908, E-Mail: [kundenbeschwerdestelle@bvr.de](mailto:kundenbeschwerdestelle@bvr.de) zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes) besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn. Zudem besteht in diesen Fällen auch die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar bei der Bank einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) beantworten.

Die Europäische Kommission stellt unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

## Widerrufsinformation

### Widerrufsrecht

Der Darlehensnehmer kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags, aber erst, nachdem der Darlehensnehmer alle Pflichtangaben nach § 492 Absatz 2 BGB (z. B. Angabe zur Art des Darlehens, Angabe zum Nettodarlehensbetrag, Angabe zur Vertragslaufzeit) erhalten hat. Der Darlehensnehmer hat alle Pflichtangaben erhalten, wenn sie in der für den Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigung seines Antrags oder in der für den Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigung der Vertragsurkunde oder in einer für den Darlehensnehmer bestimmten Abschrift seines Antrags oder der Vertragsurkunde enthalten sind und dem Darlehensnehmer eine solche Unterlage zur Verfügung gestellt worden ist. Über in den Vertragstext nicht aufgenommene Pflichtangaben kann der Darlehensnehmer nachträglich auf einem dauerhaften Datenträger informiert werden; die Widerrufsfrist beträgt dann einen Monat. Der Darlehensnehmer ist mit den nachgeholten Pflichtangaben nochmals auf den Beginn der Widerrufsfrist hinzuweisen. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an: PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln Telefaxnummer: 0221/2770-999  
E-Mail-Adresse: info@psd-koeln.de

### Widerrufsfolgen

Soweit das Darlehen bereits ausbezahlt wurde, hat es der Darlehensnehmer spätestens innerhalb von 30 Tagen zurückzuzahlen und für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung des Darlehens den vereinbarten Sollzins zu entrichten. Die Frist beginnt mit der Absendung der Widerrufserklärung. Für den Zeitraum zwischen Auszahlung und Rückzahlung ist bei vollständiger Inanspruchnahme des Darlehens pro Tag ein Zinsbetrag in Höhe von 2,70 Euro zu zahlen. Dieser Betrag verringert sich entsprechend, wenn das Darlehen nur teilweise in Anspruch genommen wurde.

### 12 Datenweitergabe bei ordnungsgemäß bedienten Krediten und Übertragung des Kreditrisikos ohne Übertragung von Kreditforderungen und Sicherheiten

12.1 Zum Zwecke der Refinanzierung, Eigenkapitalentlastung oder Risikodiversifizierung ist die Bank berechtigt, das wirtschaftliche Risiko des Darlehens ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen und hierzu erforderliche Informationen und Unterlagen, die das Darlehensverhältnis betreffen, an Dritte gemäß Absatz 3 sowie an solche Personen weiterzugeben, die aus technischen, organisatorischen oder rechtlichen Gründen in die Prüfung der Werthaltigkeit oder die Abwicklung der Übertragung des Darlehensrisikos einzubinden sind.

12.2 Übermittelt werden dürfen insbesondere Personalien (Name, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf oder vergleichbare Daten), Angaben zum Darlehen (Höhe, Laufzeit, Zinssatz der Forderung oder vergleichbare Daten), Informationen über eventuelle Nebenrechte, einschließlich der Sicherheiten sowie Informationen über die für die Realisierung des übertragenen Risikos dienenden Urkunden. Der Darlehensnehmer befreit die Bank insoweit auch vom Bankgeheimnis.

12.3 Dritter ist ein Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken (BAG Bankaktiengesellschaft, Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, DG HYP – Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Münchener Hypothekenbank eG, R+V Versicherung AG, TeamBank AG Nürnberg, VR-LEASING AG, WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, genossenschaftliche Kreditinstitute) oder ein von diesen mehrheitlich gehaltenes Verbundunternehmen mit Sitz innerhalb der Europäischen Union.

12.4 Die Bank wird die Empfänger der Daten vor der Weitergabe von Informationen zur Vertraulichkeit verpflichten, soweit eine solche Verpflichtung nicht bereits aufgrund gesetzlicher oder berufsständischer/berufsüblicher Regelungen besteht. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit beinhaltet, Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Daten und Wertungen zu wahren und von den Informationen nur in dem Umfang Gebrauch zu machen, wie dies zur Durchführung der bezeichneten Maßnahmen erforderlich ist.

### 13 Datenweitergabe bei Krediten und Übertragung von Kreditforderungen und Sicherheiten

Die Bank nimmt eine Übertragung der Darlehensforderung und der Sicherheiten bei ordnungsgemäß bedientem Darlehen nicht ohne Einwilligung des Darlehensnehmers vor.

### Hinweis zur Übertragung und Abtretung der Darlehensforderung:

Bei ordnungsgemäßer Vertragserfüllung besteht die Möglichkeit für die Bank, die Darlehensforderung (einschließlich Tilgungs-, Zins-, Ersatz- und Kostenansprüchen sowie Ansprüchen aus der Restschuld) mit Zustimmung des Darlehensnehmers im Wege der Abtretung auf Dritte zu übertragen.

Bei nicht ordnungsgemäßer Vertragserfüllung besteht die Möglichkeit für die Bank, die Darlehensforderung (einschließlich Tilgungs-, Zins-, Ersatz- und Kostenansprüchen sowie Ansprüchen aus der Restschuld) auch ohne Zustimmung des Darlehensnehmers im Wege der Abtretung auf Dritte zu übertragen.

Es besteht generell die Möglichkeit, dass das Darlehensverhältnis im Wege der Betriebsumwandlung übergeht.

13348140 00060028 0000038 19.04.2018 0001171



#### 14 Weitere Darlehensbedingungen

##### Gültigkeit des Kreditangebotes

Der Darlehensvertrag kommt nur zustande, wenn der Bank die unterschriebenen Verträge innerhalb von 15 Tagen ab dem Vertragsdatum (siehe Unterschrift der Bank) im Original zugegangen sind.

##### Auszahlung des Kreditbetrages

Sofern im Darlehensvertrag nicht angegeben ist, wohin der Kreditbetrag überwiesen werden soll, werden Auszahlungen schriftlich beauftragt. Der Auftrag muss der Bank rechtzeitig vor dem Zahlungstermin im Original, vollständig ausgefüllt und unterschrieben vorliegen. Eine Zusendung als Fax oder per E-Mail ist bei Auszahlungen an Dritte nicht möglich. Weiterhin müssen evtl. Auflagen erfüllt sein, die im Zusageschreiben oder im Darlehensvertrag genannt sind.

Die Kreditverwendung darf nicht im Zusammenhang mit dem Erwerb oder dem Erhalt von Eigentumsrechten an Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten oder an bestehenden oder zu errichtenden Gebäuden stehen.

##### Sonstige Vereinbarungen, Nebenabsprachen

Sofern Nebenabsprachen getroffen worden sind, haben diese nur Gültigkeit, wenn sie im Rahmen der hier übersandten Vertragsunterlagen ausdrücklich und schriftlich bestätigt werden.


##### Steuerliche Hinweise

Falls die nachfolgenden Sachverhalte zutreffen, empfiehlt die Bank, weitergehende Informationen bei einem steuerlichen Berater einzuholen und schließt hiermit jegliche Haftung im Zusammenhang mit der Beratung zu diesen Themen als auch für einen evtl. vorzunehmenden Steuerabzug ausdrücklich aus:

Bei der Abtretung von Rechten aus Lebensversicherungen an die Bank können steuerliche Nachteile entstehen.

Sondertilgungen für Konto Nr. 5367058300 (IBAN DE28 3706 0993 5367 0583 00) sind in Höhe von max. 33.000,00 EUR möglich. Die Vereinbarung über die Sondertilgungsmöglichkeit gilt bis zum Ende der Sollzinsbindung. Die Tilgungsanrechnung erfolgt bei Geldeingang. Eine Ratenanpassung nach einer Sondertilgung erfolgt nur auf schriftlichen Kundenwunsch.

Die Allgemeinen Bedingungen für Kredite und Darlehen sind Bestandteil dieses Vertrags.

Ort, Datum <i>Pulheim, 20.04.2018</i>	Unterschrift des Darlehensnehmers Björn Olbrich 
Ort, Datum Köln, 19.04.2018	Unterschrift der Bank PSD Bank Köln eG

#### Allgemeine Bedingungen für Kredite und Darlehen

„Kredit“ im Sinne dieser Bedingungen sind sämtliche Kredite und Darlehen.

- Einschränkung der Übertragbarkeit:** Der Anspruch auf Auszahlung des Kredits ist nur mit Zustimmung der Bank abtretbar oder verpfändbar.
- Entfällt.**
- Kreditkonto und Kostenverrechnung:** Die Bank wird dem Kreditnehmer, soweit erforderlich, Kreditkonten einrichten. Kosten können mit der nächsten fälligen Leistungsrate verrechnet werden. Soweit nichts anderes vereinbart, wird der Kredit dem angegebenen Rückzahlungskonto gutgeschrieben, dem auch fällige Beträge belastet werden.
- Kreditrahmen, Überschreitungen:** Der Kreditnehmer kann Verfügungen nur im Rahmen des eingeräumten Kredits vornehmen. Sollte es dennoch zu einer Inanspruchnahme über den Rahmen des eingeräumten Kredits hinaus kommen, so ist der darüber hinausgehende Betrag unverzüglich an die Bank zu zahlen; für derartige Überziehungen fällt ein Überziehungszins an, der sich nach der mit der Bank getroffenen Vereinbarung und den Informationen richtet, die die Bank dem Kreditnehmer übermittelt. Auch wenn Überschreitungen des eingeräumten Kredits geduldet worden sind, erweitern diese nicht den ursprünglich eingeräumten Kreditrahmen.
- Vertragssprache, Unterlagen:** Die Vertragssprache ist Deutsch. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen.
- Tilgungsplan:** Ist ein Zeitpunkt für die Rückzahlung des Kredits bestimmt, kann der Kreditnehmer vom Kreditgeber jederzeit einen Tilgungsplan verlangen.

## 7 Ordentliche Kündigung oder vorzeitige Erfüllung des Kreditnehmers

**7.1 Kündigung von Krediten mit Sollzinnsbindung:** Der Kreditnehmer kann einen Kreditvertrag mit einem gebundenen Sollzinssatz ganz oder teilweise kündigen,

- wenn die Sollzinnsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit endet und keine neue Vereinbarung über den Sollzinssatz getroffen ist, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat, frühestens für den Ablauf des Tages, an dem die Sollzinnsbindung endet; ist eine Anpassung des Sollzinssatzes in bestimmten Zeiträumen bis zu einem Jahr vereinbart, so kann der Kreditnehmer jeweils nur für den Ablauf des Tages, an dem die Sollzinnsbindung endet, kündigen;
- in jedem Fall nach Ablauf von zehn Jahren nach dem vollständigen Empfang unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten; wird nach dem Empfang des Kredits eine neue Vereinbarung über die Zeit der Rückzahlung oder den Sollzinssatz getroffen, so tritt der Zeitpunkt dieser Vereinbarung an die Stelle des Zeitpunktes des Empfangs.

**7.2 Kündigung von Krediten mit veränderlichem Sollzinssatz:** Enthält der Kreditvertrag einen veränderlichen Sollzinssatz, kann der Kreditnehmer den Kreditvertrag jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündigen.

**7.3 Kündigung von unbefristeten Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen:** Der Kreditnehmer kann einen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag, bei dem eine Zeit für die Rückzahlung nicht bestimmt ist, ganz oder teilweise kündigen, ohne eine Frist einzuhalten.

**7.4 Unterlassene Rückzahlung:** Eine Kündigung des Kreditnehmers gilt als nicht erfolgt, wenn er den geschuldeten Betrag nicht binnen zwei Wochen nach Wirksamwerden der Kündigung zurückzahlt.

**7.5 Vorzeitige Rückzahlung bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag:** Der Darlehensnehmer kann seine Verbindlichkeiten aus einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig erfüllen. Bei befristeten Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen mit einem für die gesamte Vertragslaufzeit oder für einen bestimmten Zeitraum gebundenen Sollzinssatz kann eine Vorfälligkeitsentschädigung (vgl. Nummer 12) anfallen.

**8 Außerordentliche Kündigung des Kreditnehmers:** Eine fristlose Kündigung kann der Kreditnehmer nur dann aussprechen, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, der es dem Kreditnehmer – auch unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bank – unzumutbar werden lässt, den Kreditvertrag fortzusetzen.

Der Kreditnehmer kann einen Kreditvertrag, bei dem ein gebundener Sollzinssatz vereinbart und der Kredit durch ein Grund- oder Schiffspfandrecht gesichert ist, nach Ablauf von sechs Monaten nach vollständigem Empfang des Kredits unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten vorzeitig kündigen, wenn seine berechtigten Interessen dies gebieten. Ein solches Interesse liegt insbesondere vor, wenn der Kreditnehmer ein Bedürfnis nach einer anderweitigen Verwertung der zur Sicherung des Kredits beliehenen Sache hat.

## 9 Ordentliche Kündigung der Bank

**9.1 Kündigung unbefristeter Kredite gegenüber Unternehmern:** Kredite und Kreditzusagen gegenüber Unternehmern, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kreditnehmers Rücksicht nehmen.

**9.2 Kündigung unbefristeter Kredite gegenüber Verbrauchern:** Kredite und Kreditzusagen gegenüber Verbrauchern, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten kündigen. Kredite und Kreditzusagen, die auf einem laufenden Zahlungsverkehrskonto gemäß § 504 BGB als eingeräumte Überziehungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden und die der Verbraucher auf Aufforderung der Bank oder spätestens nach drei Monaten zurückzahlen hat sowie auf einem laufenden Konto geduldete Überziehungen, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kreditnehmers Rücksicht nehmen.

## 10 Außerordentliche Kündigung der Bank

**10.1 Kündigung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes:** Die Bank kann den Kreditvertrag bei Vorliegen eines wichtigen Grundes (Nr. 19 Abs. 3 AGB), der ihr die Fortsetzung des Kreditverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist unzumutbar werden lässt, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Soweit der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Kreditvertrag besteht, wird die Bank erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung kündigen.

Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn

- der Kreditnehmer nicht regelmäßig der Offenlegung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse nach Nummer 15 dieser Bedingungen nachkommt;
- das von der Bank finanzierte oder beliehene Objekt ohne ihre Zustimmung veräußert wird;
- die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung des Beleihungsobjektes ganz oder eines seiner Teile angeordnet wird;
- Prämien auf eine an die Bank abgetretene Lebensversicherung nicht pünktlich bezahlt werden oder eine solche Versicherung gekündigt wird
- oder planmäßige Sparleistungen auf einen an die Bank abgetretenen Bausparvertrag nicht pünktlich bezahlt werden oder der Bausparvertrag gekündigt wird.

**10.2 Kündigung bei wesentlicher Verschlechterung in den Vermögensverhältnissen:** Wenn in den Vermögensverhältnissen des Kreditnehmers oder in der Werthaltigkeit einer für den Kredit gestellten Sicherheit eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder einzutreten droht, durch die die Rückzahlung des Kredits, auch unter Verwertung der Sicherheit(en), gefährdet wird, kann die Bank den Kreditvertrag vor Empfang des Kredits im Zweifel stets, nach Empfang nur in der Regel fristlos kündigen.

**10.3 Kündigung wegen Zahlungsverzugs:** Wegen Zahlungsverzugs kann die Bank nur kündigen

- bei Krediten für gewerbliche Zwecke oder eine selbstständige berufliche Tätigkeit, wenn der Kreditnehmer mit der Zahlung von fälligen Leistungen länger als 14 Tage in Verzug ist und auch nach Nachfristsetzung durch die Bank von mindestens weiteren 14 Tagen nicht zahlt.
- bei Immobilien-Verbraucherdarlehen im Sinne von § 491 Abs. 3 BGB mit Verbrauchern, wenn der Kreditnehmer mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise und mindestens 2,5 Prozent des Nennbetrags des Kredits in Verzug ist und die Bank dem Kreditnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrags mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlange.
- bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen, wenn der Kreditnehmer mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise und mindestens zehn Prozent, bei einer Laufzeit von über 36 Monaten mit mindestens fünf Prozent des Nennbetrags des Kredits in Verzug ist und die Bank dem Kreditnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrags mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlange.

## 11 Verfahren und Abwicklung im Kündigungsfall

**11.1 Kündigung:** Die Kündigung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem anderen Vertragsteil. Die Kündigung der Bank erfolgt durch Erklärung in Textform.

**11.2 Freistellung:** Bei der Beendigung des Kreditverhältnisses hat der Kreditnehmer die Bank von ihren Verpflichtungen freizustellen. Dies gilt auch, wenn die Bank bei einer vereinbarten Laufzeit den Avalkredit vorzeitig aus wichtigem Grund kündigt (Nr. 19 Abs. 3 AGB). Die Bank ist nicht verpflichtet, vor der Kündigung im Rahmen des genehmigten Kredits ausgestellte Wechsel oder Schecks einzulösen, die am Tag der Kündigung oder später vorgelegt werden.

**11.3 Rücksichtnahme auf Belange des Kreditnehmers:** Die Bank wird bei der Ausübung ihres Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kreditnehmers Rücksicht nehmen und ist jederzeit zu einem Gespräch über die Möglichkeiten einer einverständlichen Regelung bereit.

**11.4 Frist zur Abwicklung:** Im Fall einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die Bank dem Kreditnehmer für die Abwicklung eine angemessene Frist einräumen.

## 12 Schadensersatz

**12.1 Nichtabnahmeentschädigung:** Bei Nichtabnahme des Kredits infolge ernsthafter Erfüllungsverweigerung oder trotz Nachfristsetzung kann die Bank einen daraus entstehenden Schaden auf den endgültig nicht zur Auszahlung kommenden Kreditbetrag ersetzt verlangen.

**12.2 Vorfälligkeitsentschädigung bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen:** Im Fall der vorzeitigen Rückzahlung eines Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrags (vgl. Nummer 7.5) ist der Schaden zu ersetzen, der aus der vorzeitigen Rückzahlung entsteht. Diesen Schaden wird der Kreditgeber nach den vom Bundesgerichtshof für die Berechnung vorgeschriebenen finanzmathematischen Rahmenbedingungen berechnen, die insbesondere

- ein zwischenzeitlich gesunkenes Zinsniveau,
- die für den Kredit ursprünglich vereinbarten Zahlungsströme,
- den dem Kreditgeber entgehenden Gewinn,
- den mit der vorzeitigen Rückzahlung verbundenen Verwaltungsaufwand sowie
- die infolge der vorzeitigen Rückzahlung ersparten Risiko- und Verwaltungskosten berücksichtigen.

Die Vorfälligkeitsentschädigung wird folgende Beträge nicht überschreiten:

- ein Prozent beziehungsweise, wenn der Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung weniger als ein Jahr beträgt, 0,5 Prozent des vorzeitig zurückgezahlten Betrags,
- den Betrag der Solzzinsen, den der Kreditnehmer in dem Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung entrichtet hätte.

Ein Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung ist ausgeschlossen, wenn die Rückzahlung aus den Mitteln einer Versicherung bewirkt wird, die aufgrund einer entsprechenden Verpflichtung im Kreditvertrag abgeschlossen wurde, um die Rückzahlung zu sichern oder im Vertrag die Angaben über die Laufzeit des Vertrags, das Kündigungsrecht des Darlehensnehmers oder die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung unzureichend sind.

**12.3 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung:** Wird bei einem Kredit mit Sollzinssatzbindung vor Ablauf der Sollzinsbindungsfrist dieser durch die Kündigung der Bank fällig, hat der Kreditnehmer den durch die vorzeitige Rückzahlung entstehenden Schaden zu ersetzen.

**13 Verzug:** Bei kalendermäßig bestimmten Geldleistungen, die der Kreditnehmer aufgrund des Kreditvertrags schuldet (wie z. B. Leistungsraten und Zinsen), tritt Verzug bei nicht termingemäßer Zahlung ein. Sofern nicht die Bank einen höheren oder der Kreditnehmer einen niedrigeren Verzugsschaden nachweist, sind die Geldleistungen ab Verzug für das Jahr mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen. Bei Immobilie-Verbraucherdarlehensverträgen beträgt der Verzugszinssatz für das Jahr zweieinhalb Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz. Ausbleibende Zahlungen können schwerwiegende Folgen für den Kreditnehmer haben (z. B. Zwangsverkauf) und die Erlangung eines Kredits erschweren.

**14 Gesamtschuldner:** Mehrere Kreditnehmer haften als Gesamtschuldner. Jeder Kreditnehmer kann allein über den eingeräumten Kredit verfügen.

**15 Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse:** Der Kreditnehmer ist während der Laufzeit des Kredits verpflichtet, der Bank auf Verlangen jederzeit alle gewünschten Auskünfte über seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen und alle gewünschten Unterlagen jeweils unterschrieben und mit Datum versehen zur Verfügung zu stellen, damit sich die Bank ein klares, zeitnahes Bild über seine wirtschaftliche Lage machen sowie die Anforderungen des § 18 KWG und der Bankenaufsicht erfüllen kann. Bei nicht bilanzierenden Kreditnehmern kann es sich bei den gewünschten Unterlagen insbesondere handeln um die Einkommens- und Vermögensaufstellungen einschließlich aller Verbindlichkeiten, die Einnahmen- und Ausgabenrechnung (Überschussrechnung), die Kopien der Steuerbescheide bzw. der Steuererklärungen sowie bei bilanzierenden Kreditnehmern insbesondere um den testierten oder bestätigten Jahresabschluss mit Anhang und Lagebericht sowie den Konzernabschluss jeweils mit den dazugehörigen Geschäfts- und/oder Prüfungsberichten. Sollte die Vorlage der Unterlagen nicht innerhalb von neun Monaten nach Ende des Kalenderjahres bzw. des Geschäftsjahres möglich sein, wird der Kreditnehmer die Unterlagen zunächst in vorläufiger Form (z. B. Steuererklärung, Zwischenabschluss, vorläufiger Jahresabschluss) einreichen.

**16 Versicherungen:** Der Kreditnehmer ist verpflichtet, Sicherungsgut samt Zubehör entsprechend der vertraglichen Vereinbarung in ausreichender Höhe zu versichern und dies der Bank jederzeit, insbesondere durch Vorlegen der Versicherungsscheine, nachzuweisen. Der Kreditnehmer hat dafür einzustehen, dass diese Verpflichtungen auch dann erfüllt werden, wenn ihm das Sicherungsgut nicht gehört.

**17 Miet-/Pachtvorauszahlungen:** Jede Art von Finanzierungsbeiträgen, wie beispielsweise Baukostenzuschüsse, Miet- oder Pachtvorauszahlungen, die von Mietern oder Pächtern zu übernehmen sind, bedürfen der Zustimmung der Bank.

**18 Auszahlungsvoraussetzungen:** Der Kredit kann erst in Anspruch genommen werden, wenn sämtliche vertraglichen Bedingungen erfüllt sind, die vorgesehenen Sicherheiten bestellt wurden, die Bank die Ordnungsmäßigkeit der vorgesehenen Sicherheiten geprüft hat, deren Bestellung nicht mehr widerrufbar ist und eine von der Bank verlangte Empfangsbestätigung über ausgehändigte Unterlagen vorliegt. Bei Baukrediten erfolgt die Auszahlung üblicherweise nach Baufortschritt. Die Auszahlung des Kredits kann verweigert werden, wenn nach Vertragsabschluss erkennbar wird, dass die Rückzahlung durch mangelnde Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers gefährdet ist. Der Darlehensgeber ist berechtigt, die Auszahlung eines Allgemein-Verbraucherdarlehens, bei dem eine Zeit für die Rückzahlung nicht bestimmt ist, aus einem sachlichen Grund zu verweigern.

### 19 Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten

**19.1 Nachsicherheiten:** Bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen mit einem Nettokreditbetrag über 75.000 EUR und bei Nichtverbraucherkrediten kann die Bank vom Kreditnehmer bei einer Verschlechterung oder erheblichen Gefährdung seiner Vermögenslage oder der eines Mithaftenden oder eines Bürgen oder bei einer Veränderung des Sicherungswerts der im Vertrag vorgesehenen zu bestellenden Sicherheiten, durch die das Risiko der nicht ordnungsgemäßen Rückführung des Kredits gegenüber dem Zustand bei Vertragsabschluss nicht unwesentlich erhöht wird, Bestellung zusätzlicher geeigneter Sicherheiten nach ihrer Wahl verlangen, auch wenn bisher keine Bestellung von Sicherheiten vereinbart war. Das Gleiche gilt, wenn die Angaben über die Vermögensverhältnisse des Kreditnehmers, eines Mithaftenden oder eines Bürgen sich nachträglich als unrichtig herausstellen.

**19.2 Ersatzsicherheit:** Die Bank kann vom Kreditnehmer die Bestellung einer Ersatzsicherheit verlangen, wenn die im Kreditvertrag angegebene Sicherheit zerstört wird oder einen erheblichen Wertverlust erlitten hat.

**19.3 Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten:** Für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten wird die Bank eine angemessene Frist einräumen.

## 20 Vereinbarung eines Pfandrechts zugunsten der Bank

**20.1 Einigung über das Pfandrecht:** Der Kunde und die Bank sind sich darüber einig, dass die Bank zur Sicherung aller Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen erwirbt, an denen eine inländische Geschäftsstelle im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (z. B. Kontoguthaben).

**20.2 Ausnahmen vom Pfandrecht:** Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der Bank, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen (z. B. Bareinzahlung zur Einlösung eines Wechsels), erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Genussrechte, für Ansprüche des Kunden gegen die Bank aus nachrangigen Verbindlichkeiten sowie für die Wertpapiere, die die Bank im Ausland für den Kunden verwahrt.

**20.3 Zins- und Gewinnanteilscheine:** Unterliegen dem Pfandrecht der Bank Wertpapiere, ist der Kunde nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

## 21 Abtretung

**21.1** Ansprüche auf Arbeitseinkommen im Sinne von § 850 ZPO sind Lohn- und Gehaltsforderungen sowie auch alle sonstigen auf dem Arbeitsverhältnis mit dem jeweiligen Arbeitgeber beruhenden oder sich aus dem Zusammenhang hiermit ergebenden Ansprüche (einschl. solcher auf einmalige Vergütungen), insbesondere Provisionen, Erfindungsvergütungen, Abfindungsansprüche, Renten und Ruhegehaltsansprüche. Sozialleistungsansprüche sind insbesondere Ansprüche auf Zahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Insolvenzgeld, Krankengeld sowie Renten der Deutschen Rentenversicherung, berufsständischer Versorgungswerke und privater Rentenversicherungen.

**21.2** Der Kreditnehmer verpflichtet sich, der Bank jeden Wechsel des Arbeitgebers/Dienstberechtigten unverzüglich anzuzeigen.

**21.3** Die Bank wird die Abtretung dem Drittschuldner zunächst nicht anzeigen. Ist der Schuldner seit zwei Monaten mit der Zahlung in Verzug, so kann die Bank unter Nennung des Betrags, mit dem sich der Schuldner in Verzug befindet, und Fristsetzung von mindestens einem Monat dem Sicherungsgeber die Verwertung androhen. Nach Ablauf der Frist ist die Bank berechtigt, dem Drittschuldner die Abtretung in dem zur Begleichung des genannten Betrags erforderlichen Umfang anzuzeigen\* und insoweit die abgetretenen Forderungen einzuziehen.

Einer Androhung bedarf es nicht, wenn der Schuldner sich nach einer ordentlichen Kündigung seitens der Bank bzw. nach einer einvernehmlichen Aufhebung des Kreditverhältnisses mit seinen Verbindlichkeiten in Zahlungsverzug befindet oder wenn die Bank das Kreditverhältnis aus wichtigem Grund gekündigt hat. Dies gilt nicht, wenn Schuldner und Sicherungsgeber verschiedene Personen sind.

**21.4** Falls der realisierbare Wert aller Sicherheiten die Deckungsgrenze nicht nur vorübergehend übersteigt, hat die Bank auf Verlangen des Sicherungsgebers Sicherheiten nach ihrer Wahl freizugeben.

**22 Aufwendungen:** Die Aufwendungsersatzansprüche der Bank richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

**23 Verjährung:** Die Ansprüche aus dem Kreditvertrag verjähren nach Ablauf von fünf Jahren, beginnend mit dem Ende des Jahres, in dem diese Ansprüche fällig werden.

**24 Abbedingung von § 193 BGB für vertraglich vereinbarte regelmäßige Zins- und Tilgungsleistungen:** Die Parteien bedingen für die vertraglich vereinbarten regelmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen die Regel des § 193 BGB ab, wonach dann, wenn an einem bestimmten Tage oder innerhalb einer Frist eine Leistung zu bewirken ist und der bestimmte Tag oder der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag, einen am Leistungsort staatlich anerkannten allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend fällt, an die Stelle eines solchen Tages der nächste Werktag tritt. Durch das Abbedingen dieser Regelung kann beispielsweise die Fälligkeit einer Rate auch an einem allgemeinen Feiertag, einem Sonnabend oder einem Sonntag eintreten.

**25 Werbewiderspruch:** Der Verwendung der Daten für Werbezwecke kann jederzeit widersprochen werden.

**26 Aufsichtsbehörde:** Die für die Zulassung von Kreditinstituten zuständige Aufsichtsbehörde ist die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland (Postanschrift: Europäische Zentralbank, 60640 Frankfurt am Main, Deutschland); die für den Schutz der kollektiven Verbraucherinteressen zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn bzw. Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt am Main.

**27 Einbeziehung AGB:** Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten ergänzend die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Der Wortlaut dieser Bedingungen kann in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen werden; auf Verlangen werden die Bedingungen auch ausgehändigt.

**28 Sonstige Bedingungen:** Jede Änderung oder Ergänzung des Kreditvertrags oder eine Vereinbarung über dessen Aufhebung bedarf, um Gültigkeit zu erlangen, der Schriftform. Gleiches gilt für die Änderung des Schriftformerfordernisses. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam sein bzw. nicht durchgeführt werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Soweit Bestimmungen nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam sind, richtet sich der Inhalt des Vertrags nach den gesetzlichen Bestimmungen.

\* Vordruck 232 050 verwenden.

Bei dem Vertrag handelt es sich um einen Fernabsatzvertrag. Die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben für die Vertragsverhandlungen und den Vertragsschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet.

☐ Der Darlehensnehmer wünscht keine weiteren Erläuterungen, weil er auf Nachfrage die vorvertraglichen Informationen verstanden hat.

Legitimationsprüfung für: Herr Björn Olbrich

Die Unterschrift unter diesem Vertrag

☐ wurde vor mir von dem Darlehensnehmer geleistet.

☐ wurde von mir geprüft.

Der Darlehensnehmer hat sich ausgewiesen durch (Urkunde)

☐ ist bereits legitimiert.

☐ Personalausweis

☐ Reisepass

☐

Nr. \_\_\_\_\_ ausstellende Behörde

Ausstellungsdatum

Staatsangehörigkeit

Deutschland

Geburtsort

Pößneck

Steuer-Identifikationsnummer

Wirtschafts-Identifikationsnummer bzw. Steuernummer

Die Kredit- bzw. Darlehensaufnahme erfolgt

☒ im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere nicht als Treuhänder).

☐ auf fremde Veranlassung und im fremden wirtschaftlichen Interesse (insbesondere eines Treugebers).<sup>2</sup>

Ist der Kredit- bzw. Darlehensnehmer keine natürliche Person, ist der kontrollierende/begünstigte wirtschaftlich Berechtigte abzuklären.

Art und Zweck der Geschäftsbeziehung (nur bei geschäftlicher Nutzung und soweit sich dies nicht aus dem jeweiligen Produkt ergibt – z. B. Zahlungsverkehr, Vermögens-/Geldanlage, Kreditgeschäft)



Soweit der PEP-Status nicht institutsintern anderweitig geklärt wird (z. B. durch Geno-SONAR):

Üben oder übten Sie oder ein enges Familienmitglied von Ihnen (direkter Verwandter oder Ehegatte) ein wichtiges öffentliches Amt aus?

<input type="checkbox"/> Nein.	<input type="checkbox"/> Ja,	<div></div>	übt(e) das folgende
		wichtige Amt	<div></div>
	<input type="checkbox"/> im Inland	<input type="checkbox"/> im Ausland in	<div></div> aus.

Ort, Datum	Mitarbeiter der Bank
<div></div>	<div></div>

**Zur bankinternen Bearbeitung:**

Archiv-Nummer:	5367058300
Kontonummer:	5367058300
IBAN:	DE28 3706 0993 5367 0583 00
Kundennummer:	5367058000

1 Hinweis: Ab 01.02.2016 kann die Angabe des BIC bei Zahlungen innerhalb EU/EWR entfallen.  
2 Vordruck 301 100 (Ziffern 3.1 und 3.5) verwenden.

# Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag

(befristetes Annuitätendarlehen mit Abtretung von Bezügen)

Zur bankinternen Bearbeitung

Nr. 5367058300

Steuernummer bzw. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer  
DE 122786814

Rechnungsnummer gemäß § 14 Abs. 4 Nr. 4 UStG  
5367058300/19.04.2018

## Umsatzsteuerbefreite Finanzdienstleistung

Darlehensnehmer (Name, Anschrift, Geburtsdatum)

Herr  
Björn Olbrich  
Von-Werth-Str. 24  
50259 Pulheim

G.-Dat.: 01.05.1985

Bank (Firma, Postanschrift)

PSD Bank Köln eG  
Laurenzplatz 2  
50667 Köln

## Darlehensnehmer und Bank schließen folgenden Vertrag:

### 1 Höhe des Darlehens

Die Bank stellt dem Darlehensnehmer ein Darlehen zur Verfügung in Höhe von

EUR

33.000,00

Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, das Darlehen bis spätestens zum 14.05.2020 abzunehmen.

### 2 Verwendungszweck

Der Verwendungszweck dieses Vertrags ist ausschließlich auf nicht gebäudewirtschaftliche Zwecke im Sinne von § 491 Abs. 3 Nr. 2 BGB gerichtet.

### Allgemeine Bezeichnung der Darlehensverwendung

Ablöse

### 3 Konditionen

**3.1 Sollzinssatz:** Das Darlehen ist ab dem Tag der Auszahlung mit 2,950000 % jährlich zu verzinsen.

Dieser Sollzins wird wie folgt berechnet: Der Monat wird mit 30 Tagen und das Jahr mit 360 Tagen berechnet (30/360).

Dieser Sollzinssatz ist gebunden bis zum Ende der Vertragslaufzeit.

Die Sollzinsen werden aus dem jeweiligen Darlehenssaldo berechnet.

Die Sollzinsen sind fällig am 15. eines jeden Monats.

### 3.2 Kosten, Nebenleistungen, Nettodarlehensbetrag

Der Nettodarlehensbetrag wird ganz oder in Teilbeträgen ausgezahlt.

**Nettodarlehensbetrag:**

EUR

33.000,00

**Sonstige Kosten:** Zum Beispiel Kosten von Tilgungsersatzinstrumenten, Sachversicherungsprämie, sofern Versicherung Bedingung für das Darlehen.  
Entfällt.

### 4 Darlehensrückzahlung und Laufzeit

Das Darlehen ist wie folgt zurückzuzahlen:

in Höhe von 11,100000 % jährlich vom ursprünglichen Darlehensbetrag zuzüglich der durch Tilgung ersparten Sollzinsen.

Demnach sind (Anzahl) 96 Annuitätsraten aus Sollzins und Tilgung zuzüglich sonstiger Kosten zu zahlen jeweils fällig am 15. eines jeden Monats, erstmals am 15.06.2018 mit vorrangiger Verrechnung auf die Sollzinsen, hiervon (Anzahl) 95 Raten in Höhe von 386,33 EUR sowie eine abweichende Rate in Höhe von 385,99 EUR. Bis zum Tilgungsbeginn sind nur die Sollzinsen zu zahlen.

Bei Sollzinssatzänderungen können die Raten entsprechend geändert werden. Die neuen Raten wird die Bank dem Darlehensnehmer mitteilen.

Soweit nichts anderes vereinbart wurde, werden fällige Beträge (z. B. Sollzinsen oder Leistungsraten) dem Belastungskonto

IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83 belastet.

### SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) die Bank, fällige Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der Bank auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut (Name und BIC)

DEUTSCHE KREDIT BANK A.G. BERLIN  
BIC BYLADEM1001

IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83

Ort, Datum

Köln, 19.04.2018

Unterschrift(en)

BJÖRN OLBRICH



Gläubiger-Identifikationsnummer (CI/Creditor Identifier)

DE95PSD00000002236

Mandatsreferenz

0503368750D120300000016253783

## Vertragslaufzeit

Die Laufzeit endet am 15.05.2026.

**5 Effektiver Jahreszins:** 2,99 %. Der unter 3.1 ausgewiesene Sollzinssatz kann unter den dort genannten Voraussetzungen geändert werden. Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wurde eine Auszahlung zum 15.05.2018 angenommen. Ist ein Disagio vereinbart worden, erhöht sich der Effektivzins, soweit das Darlehen zu einem späteren Zeitpunkt ausbezahlt wird.

**6 Gesamtbetrag** (alle vom Darlehensnehmer zu leistenden Teilzahlungen einschließlich Tilgung, Sollzinsen und Kosten - soweit bezifferbar -): EUR 37.087,34.

## 7 Hinweise zum effektiven Jahreszins und zum Gesamtbetrag

In die Berechnung des effektiven Jahreszinses und des Gesamtbetrags fließen die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bekannten sowie folgende gesetzliche Annahmen ein:

Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wird von der Annahme ausgegangen, dass der Verbraucherdarlehensvertrag für den vereinbarten Zeitraum gilt und dass Kreditgeber und Verbraucher ihren Verpflichtungen zu den im Verbraucherdarlehensvertrag niedergelegten Bedingungen und Terminen nachkommen.

Es wird angenommen, dass der Sollzinssatz und die sonstigen Kosten gemessen an der ursprünglichen Höhe fest bleiben und bis zum Ende des Verbraucherdarlehensvertrags gelten.

## 8 Entfällt.

## 9 Sicherheiten, Verträge, Versicherungen

Alle der Bank zustehenden Sicherheiten – mit Ausnahme bestehender und zukünftiger Grundpfandrechte und/oder Reallasten im Sinne von § 491 Abs. 3 BGB – sichern alle bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche der Bank aus der Geschäftsverbindung mit dem Darlehensnehmer, soweit nicht im Einzelfall außerhalb dieses Vertrags etwas anderes vereinbart ist; dies gilt auch für bereits bestellte, hier nicht aufgeführte und aufgrund der Allgemeinen Geschäftsbedingungen haftende Sicherheiten. Zusätzlich stellt der Darlehensnehmer der Bank mit gesonderten Vereinbarungen noch folgende Sicherheiten:

### Abtretung von Bezügen

Der Darlehensnehmer tritt den pfändbaren Teil seiner derzeitigen und zukünftigen Ansprüche auf Arbeitseinkommen im Sinne von § 850 ZPO gegen den jeweiligen Arbeitgeber, seine Entgeltansprüche - insbesondere als freier Mitarbeiter - gegen den jeweiligen Dienstberechtigten sowie seine Sozialleistungsansprüche gegen den jeweiligen Leistungsträger (z. B. Agentur für Arbeit, Krankenkasse) mit allen Rechten gemäß der nachfolgend genannten Bedingungen an die Bank ab. Die Abtretung ist jedoch begrenzt jeweils auf einen Höchstbetrag von 37.087,34 EUR, der sich um die Beträge vermindert, die der Drittschuldner an die Bank aufgrund seiner Inanspruchnahme gemäß Nummer 21.3 Satz 3 dieser Abtretungsbedingungen leistet. Frühere Abtretungen bleiben hiervon unberührt.

Der Darlehensnehmer hat zusätzlich folgende Verträge, insbesondere Versicherungen, abzuschließen oder nachzuweisen:

Das Darlehen kann erst in Anspruch genommen werden, wenn sämtliche vertraglichen Bedingungen erfüllt sind, die vorgesehenen Sicherheiten bestellt wurden, die Bank die Ordnungsmäßigkeit der vorgesehenen Sicherheiten geprüft hat, deren Bestellung nicht mehr widerrufbar ist und eine von der Bank verlangte Empfangsbestätigung über ausgehändigte Unterlagen vorliegt.

## 10 Außergerichtliche Streitschlichtung

Bei Ihrer Bank können Sie sich an folgende zentrale Beschwerdestelle wenden:

Qualitätsmanagement PSD Bank Köln eG

Laurenzplatz 2

50667 Köln

Telefon 0800/299 399 2

E-Mail [info@psd-koeln.de](mailto:info@psd-koeln.de)

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann für die genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen (<http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle>). Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, Fax: 030 2021-1908, E-Mail: [kundenbeschwerdestelle@bvr.de](mailto:kundenbeschwerdestelle@bvr.de) zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes) besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn. Zudem besteht in diesen Fällen auch die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar bei der Bank einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) beantworten.

Die Europäische Kommission stellt unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

## Widerrufsinformation

### Widerrufsrecht

Der Darlehensnehmer kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen. Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags, aber erst, nachdem der Darlehensnehmer alle Pflichtangaben nach § 492 Absatz 2 BGB (z. B. Angabe zur Art des Darlehens, Angabe zum Nettodarlehensbetrag, Angabe zur Vertragslaufzeit) erhalten hat. Der Darlehensnehmer hat alle Pflichtangaben erhalten, wenn sie in der für den Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigung seines Antrags oder in der für den Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigung der Vertragsurkunde oder in einer für den Darlehensnehmer bestimmten Abschrift seines Antrags oder der Vertragsurkunde enthalten sind und dem Darlehensnehmer eine solche Unterlage zur Verfügung gestellt worden ist. Über in den Vertragstext nicht aufgenommene Pflichtangaben kann der Darlehensnehmer nachträglich auf einem dauerhaften Datenträger informiert werden; die Widerrufsfrist beträgt dann einen Monat. Der Darlehensnehmer ist mit den nachgeholten Pflichtangaben nochmals auf den Beginn der Widerrufsfrist hinzuweisen. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an: PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln Telefaxnummer: 0221/2770-999  
E-Mail-Adresse: info@psd-koeln.de

### Widerrufsfolgen

Soweit das Darlehen bereits ausbezahlt wurde, hat es der Darlehensnehmer spätestens innerhalb von 30 Tagen zurückzuzahlen und für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung des Darlehens den vereinbarten Sollzins zu entrichten. Die Frist beginnt mit der Absendung der Widerrufserklärung. Für den Zeitraum zwischen Auszahlung und Rückzahlung ist bei vollständiger Inanspruchnahme des Darlehens pro Tag ein Zinsbetrag in Höhe von 2,70 Euro zu zahlen. Dieser Betrag verringert sich entsprechend, wenn das Darlehen nur teilweise in Anspruch genommen wurde.

### 12 Datenweitergabe bei ordnungsgemäß bedienten Krediten und Übertragung des Kreditrisikos ohne Übertragung von Kreditforderungen und Sicherheiten

12.1 Zum Zwecke der Refinanzierung, Eigenkapitalentlastung oder Risikodiversifizierung ist die Bank berechtigt, das wirtschaftliche Risiko des Darlehens ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen und hierzu erforderliche Informationen und Unterlagen, die das Darlehensverhältnis betreffen, an Dritte gemäß Absatz 3 sowie an solche Personen weiterzugeben, die aus technischen, organisatorischen oder rechtlichen Gründen in die Prüfung der Werthaltigkeit oder die Abwicklung der Übertragung des Darlehensrisikos einzubinden sind.

12.2 Übermittelt werden dürfen insbesondere Personalien (Name, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf oder vergleichbare Daten), Angaben zum Darlehen (Höhe, Laufzeit, Zinssatz der Forderung oder vergleichbare Daten), Informationen über eventuelle Nebenrechte, einschließlich der Sicherheiten sowie Informationen über die für die Realisierung des übertragenen Risikos dienenden Urkunden. Der Darlehensnehmer befreit die Bank insoweit auch vom Bankgeheimnis.

12.3 Dritter ist ein Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken (BAG Bankaktiengesellschaft, Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, DG HYP – Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Münchener Hypothekenbank eG, R+V Versicherung AG, TeamBank AG Nürnberg, VR-LEASING AG, WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, genossenschaftliche Kreditinstitute) oder ein von diesen mehrheitlich gehaltenes Verbundunternehmen mit Sitz innerhalb der Europäischen Union.

12.4 Die Bank wird die Empfänger der Daten vor der Weitergabe von Informationen zur Vertraulichkeit verpflichten, soweit eine solche Verpflichtung nicht bereits aufgrund gesetzlicher oder berufsständischer/berufsüblicher Regelungen besteht. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit beinhaltet, Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Daten und Wertungen zu wahren und von den Informationen nur in dem Umfang Gebrauch zu machen, wie dies zur Durchführung der bezeichneten Maßnahmen erforderlich ist.

### 13 Datenweitergabe bei Krediten und Übertragung von Kreditforderungen und Sicherheiten

Die Bank nimmt eine Übertragung der Darlehensforderung und der Sicherheiten bei ordnungsgemäß bedientem Darlehen nicht ohne Einwilligung des Darlehensnehmers vor.

### Hinweis zur Übertragung und Abtretung der Darlehensforderung:

Bei ordnungsgemäßer Vertragserfüllung besteht die Möglichkeit für die Bank, die Darlehensforderung (einschließlich Tilgungs-, Zins-, Ersatz- und Kostenansprüchen sowie Ansprüchen aus der Restschuld) mit Zustimmung des Darlehensnehmers im Wege der Abtretung auf Dritte zu übertragen.

Bei nicht ordnungsgemäßer Vertragserfüllung besteht die Möglichkeit für die Bank, die Darlehensforderung (einschließlich Tilgungs-, Zins-, Ersatz- und Kostenansprüchen sowie Ansprüchen aus der Restschuld) auch ohne Zustimmung des Darlehensnehmers im Wege der Abtretung auf Dritte zu übertragen.

Es besteht generell die Möglichkeit, dass das Darlehensverhältnis im Wege der Betriebsumwandlung übergeht.



#### 14 Weitere Darlehensbedingungen

##### Gültigkeit des Kreditangebotes

Der Darlehensvertrag kommt nur zustande, wenn der Bank die unterschriebenen Verträge innerhalb von 15 Tagen ab dem Vertragsdatum (siehe Unterschrift der Bank) im Original zugegangen sind.

##### Auszahlung des Kreditbetrages

Sofern im Darlehensvertrag nicht angegeben ist, wohin der Kreditbetrag überwiesen werden soll, werden Auszahlungen schriftlich beauftragt. Der Auftrag muss der Bank rechtzeitig vor dem Zahlungstermin im Original, vollständig ausgefüllt und unterschrieben vorliegen. Eine Zusendung als Fax oder per E-Mail ist bei Auszahlungen an Dritte nicht möglich. Weiterhin müssen evtl. Auflagen erfüllt sein, die im Zusageschreiben oder im Darlehensvertrag genannt sind.

Die Kreditverwendung darf nicht im Zusammenhang mit dem Erwerb oder dem Erhalt von Eigentumsrechten an Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten oder an bestehenden oder zu errichtenden Gebäuden stehen.

##### Sonstige Vereinbarungen, Nebenabsprachen

Sofern Nebenabsprachen getroffen worden sind, haben diese nur Gültigkeit, wenn sie im Rahmen der hier übersandten Vertragsunterlagen ausdrücklich und schriftlich bestätigt werden.

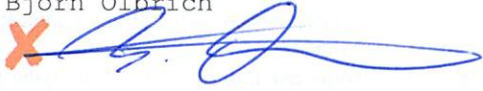
##### Steuerliche Hinweise

Falls die nachfolgenden Sachverhalte zutreffen, empfiehlt die Bank, weitergehende Informationen bei einem steuerlichen Berater einzuholen und schließt hiermit jegliche Haftung im Zusammenhang mit der Beratung zu diesen Themen als auch für einen evtl. vorzunehmenden Steuerabzug ausdrücklich aus:

Bei der Abtretung von Rechten aus Lebensversicherungen an die Bank können steuerliche Nachteile entstehen.

Sondertilgungen für Konto Nr. 5367058300 (IBAN DE28 3706 0993 5367 0583 00) sind in Höhe von max. 33.000,00 EUR möglich. Die Vereinbarung über die Sondertilgungsmöglichkeit gilt bis zum Ende der Sollzinsbindung. Die Tilgungsanrechnung erfolgt bei Geldeingang. Eine Ratenanpassung nach einer Sondertilgung erfolgt nur auf schriftlichen Kundenwunsch.

Die Allgemeinen Bedingungen für Kredite und Darlehen sind Bestandteil dieses Vertrags.

Ort, Datum <i>Pulheim, 20.04.2018</i>	Unterschrift des Darlehensnehmers Björn Olbrich 
Ort, Datum Köln, 19.04.2018	Unterschrift der Bank PSD Bank Köln eG

#### Allgemeine Bedingungen für Kredite und Darlehen

„Kredit“ im Sinne dieser Bedingungen sind sämtliche Kredite und Darlehen.

- Einschränkung der Übertragbarkeit:** Der Anspruch auf Auszahlung des Kredits ist nur mit Zustimmung der Bank abtretbar oder verpfändbar.
- Entfällt.**
- Kreditkonto und Kostenverrechnung:** Die Bank wird dem Kreditnehmer, soweit erforderlich, Kreditkonten einrichten. Kosten können mit der nächsten fälligen Leistungsrate verrechnet werden. Soweit nichts anderes vereinbart, wird der Kredit dem angegebenen Rückzahlungskonto gutgeschrieben, dem auch fällige Beträge belastet werden.
- Kreditrahmen, Überschreitungen:** Der Kreditnehmer kann Verfügungen nur im Rahmen des eingeräumten Kredits vornehmen. Sollte es dennoch zu einer Inanspruchnahme über den Rahmen des eingeräumten Kredits hinaus kommen, so ist der darüber hinausgehende Betrag unverzüglich an die Bank zu zahlen; für derartige Überziehungen fällt ein Überziehungszins an, der sich nach der mit der Bank getroffenen Vereinbarung und den Informationen richtet, die die Bank dem Kreditnehmer übermittelt. Auch wenn Überschreitungen des eingeräumten Kredits geduldet worden sind, erweitern diese nicht den ursprünglich eingeräumten Kreditrahmen.
- Vertragssprache, Unterlagen:** Die Vertragssprache ist Deutsch. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen.
- Tilgungsplan:** Ist ein Zeitpunkt für die Rückzahlung des Kredits bestimmt, kann der Kreditnehmer vom Kreditgeber jederzeit einen Tilgungsplan verlangen.

## **7 Ordentliche Kündigung oder vorzeitige Erfüllung des Kreditnehmers**

**7.1 Kündigung von Krediten mit Sollzinsbindung:** Der Kreditnehmer kann einen Kreditvertrag mit einem gebundenen Sollzinssatz ganz oder teilweise kündigen,

- wenn die Sollzinsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit endet und keine neue Vereinbarung über den Sollzinssatz getroffen ist, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat, frühestens für den Ablauf des Tages, an dem die Sollzinsbindung endet; ist eine Anpassung des Sollzinssatzes in bestimmten Zeiträumen bis zu einem Jahr vereinbart, so kann der Kreditnehmer jeweils nur für den Ablauf des Tages, an dem die Sollzinsbindung endet, kündigen;
- in jedem Fall nach Ablauf von zehn Jahren nach dem vollständigen Empfang unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten; wird nach dem Empfang des Kredits eine neue Vereinbarung über die Zeit der Rückzahlung oder den Sollzinssatz getroffen, so tritt der Zeitpunkt dieser Vereinbarung an die Stelle des Zeitpunktes des Empfangs.

**7.2 Kündigung von Krediten mit veränderlichem Sollzinssatz:** Enthält der Kreditvertrag einen veränderlichen Sollzinssatz, kann der Kreditnehmer den Kreditvertrag jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündigen.

**7.3 Kündigung von unbefristeten Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen:** Der Kreditnehmer kann einen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag, bei dem eine Zeit für die Rückzahlung nicht bestimmt ist, ganz oder teilweise kündigen, ohne eine Frist einzuhalten.

**7.4 Unterlassene Rückzahlung:** Eine Kündigung des Kreditnehmers gilt als nicht erfolgt, wenn er den geschuldeten Betrag nicht binnen zwei Wochen nach Wirksamwerden der Kündigung zurückzahlt.

**7.5 Vorzeitige Rückzahlung bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag:** Der Darlehensnehmer kann seine Verbindlichkeiten aus einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig erfüllen. Bei befristeten Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen mit einem für die gesamte Vertragslaufzeit oder für einen bestimmten Zeitraum gebundenen Sollzinssatz kann eine Vorfälligkeitsentschädigung (vgl. Nummer 12) anfallen.

**8 Außerordentliche Kündigung des Kreditnehmers:** Eine fristlose Kündigung kann der Kreditnehmer nur dann aussprechen, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, der es dem Kreditnehmer – auch unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bank – unzumutbar werden lässt, den Kreditvertrag fortzusetzen.

Der Kreditnehmer kann einen Kreditvertrag, bei dem ein gebundener Sollzinssatz vereinbart und der Kredit durch ein Grund- oder Schiffspfandrecht gesichert ist, nach Ablauf von sechs Monaten nach vollständigem Empfang des Kredits unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten vorzeitig kündigen, wenn seine berechtigten Interessen dies gebieten. Ein solches Interesse liegt insbesondere vor, wenn der Kreditnehmer ein Bedürfnis nach einer anderweitigen Verwertung der zur Sicherung des Kredits beliehenen Sache hat.

## **9 Ordentliche Kündigung der Bank**

**9.1 Kündigung unbefristeter Kredite gegenüber Unternehmern:** Kredite und Kreditzusagen gegenüber Unternehmern, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kreditnehmers Rücksicht nehmen.

**9.2 Kündigung unbefristeter Kredite gegenüber Verbrauchern:** Kredite und Kreditzusagen gegenüber Verbrauchern, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten kündigen. Kredite und Kreditzusagen, die auf einem laufenden Zahlungsverkehrskonto gemäß § 504 BGB als eingeräumte Überziehungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden und die der Verbraucher auf Aufforderung der Bank oder spätestens nach drei Monaten zurückzahlen hat sowie auf einem laufenden Konto geduldete Überziehungen, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kreditnehmers Rücksicht nehmen.

## **10 Außerordentliche Kündigung der Bank**

**10.1 Kündigung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes:** Die Bank kann den Kreditvertrag bei Vorliegen eines wichtigen Grundes (Nr. 19 Abs. 3 AGB), der ihr die Fortsetzung des Kreditverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist unzumutbar werden lässt, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Soweit der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Kreditvertrag besteht, wird die Bank erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung kündigen.

Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn

- der Kreditnehmer nicht regelmäßig der Offenlegung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse nach Nummer 15 dieser Bedingungen nachkommt;
- das von der Bank finanzierte oder beliehene Objekt ohne ihre Zustimmung veräußert wird;
- die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung des Beleihungsobjektes ganz oder eines seiner Teile angeordnet wird;
- Prämien auf eine an die Bank abgetretene Lebensversicherung nicht pünktlich bezahlt werden oder eine solche Versicherung gekündigt wird
- oder planmäßige Sparleistungen auf einen an die Bank abgetretenen Bausparvertrag nicht pünktlich bezahlt werden oder der Bausparvertrag gekündigt wird.

**10.2 Kündigung bei wesentlicher Verschlechterung in den Vermögensverhältnissen:** Wenn in den Vermögensverhältnissen des Kreditnehmers oder in der Werthaltigkeit einer für den Kredit gestellten Sicherheit eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder einzutreten droht, durch die die Rückzahlung des Kredits, auch unter Verwertung der Sicherheit(en), gefährdet wird, kann die Bank den Kreditvertrag vor Empfang des Kredits im Zweifel stets, nach Empfang nur in der Regel fristlos kündigen.

**10.3 Kündigung wegen Zahlungsverzugs:** Wegen Zahlungsverzugs kann die Bank nur kündigen

- bei Krediten für gewerbliche Zwecke oder eine selbstständige berufliche Tätigkeit, wenn der Kreditnehmer mit der Zahlung von fälligen Leistungen länger als 14 Tage in Verzug ist und auch nach Nachfristsetzung durch die Bank von mindestens weiteren 14 Tagen nicht zahlt.
- bei Immobilien-Verbraucherdarlehen im Sinne von § 491 Abs. 3 BGB mit Verbrauchern, wenn der Kreditnehmer mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise und mindestens 2,5 Prozent des Nennbetrags des Kredits in Verzug ist und die Bank dem Kreditnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrags mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlange.
- bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen, wenn der Kreditnehmer mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise und mindestens zehn Prozent, bei einer Laufzeit von über 36 Monaten mit mindestens fünf Prozent des Nennbetrags des Kredits in Verzug ist und die Bank dem Kreditnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrags mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlange.

## **11 Verfahren und Abwicklung im Kündigungsfall**

**11.1 Kündigung:** Die Kündigung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem anderen Vertragsteil. Die Kündigung der Bank erfolgt durch Erklärung in Textform.

**11.2 Freistellung:** Bei der Beendigung des Kreditverhältnisses hat der Kreditnehmer die Bank von ihren Verpflichtungen freizustellen. Dies gilt auch, wenn die Bank bei einer vereinbarten Laufzeit den Avalkredit vorzeitig aus wichtigem Grund kündigt (Nr. 19 Abs. 3 AGB). Die Bank ist nicht verpflichtet, vor der Kündigung im Rahmen des genehmigten Kredits ausgestellte Wechsel oder Schecks einzulösen, die am Tag der Kündigung oder später vorgelegt werden.

**11.3 Rücksichtnahme auf Belange des Kreditnehmers:** Die Bank wird bei der Ausübung ihres Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kreditnehmers Rücksicht nehmen und ist jederzeit zu einem Gespräch über die Möglichkeiten einer einverständlichen Regelung bereit.

**11.4 Frist zur Abwicklung:** Im Fall einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die Bank dem Kreditnehmer für die Abwicklung eine angemessene Frist einräumen.

## 12 Schadensersatz

**12.1 Nichtabnahmeentschädigung:** Bei Nichtabnahme des Kredits infolge ernsthafter Erfüllungsverweigerung oder trotz Nachfristsetzung kann die Bank einen daraus entstehenden Schaden auf den endgültig nicht zur Auszahlung kommenden Kreditbetrag ersetzt verlangen.

**12.2 Vorfälligkeitsentschädigung bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen:** Im Fall der vorzeitigen Rückzahlung eines Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrags (vgl. Nummer 7.5) ist der Schaden zu ersetzen, der aus der vorzeitigen Rückzahlung entsteht. Diesen Schaden wird der Kreditgeber nach den vom Bundesgerichtshof für die Berechnung vorgeschriebenen finanzmathematischen Rahmenbedingungen berechnen, die insbesondere

- ein zwischenzeitlich gesunkenes Zinsniveau,
- die für den Kredit ursprünglich vereinbarten Zahlungsströme,
- den dem Kreditgeber entgehenden Gewinn,
- den mit der vorzeitigen Rückzahlung verbundenen Verwaltungsaufwand sowie
- die infolge der vorzeitigen Rückzahlung ersparten Risiko- und Verwaltungskosten berücksichtigen.

Die Vorfälligkeitsentschädigung wird folgende Beträge nicht überschreiten:

- ein Prozent beziehungsweise, wenn der Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung weniger als ein Jahr beträgt, 0,5 Prozent des vorzeitig zurückgezahlten Betrags,
- den Betrag der Sollzinsen, den der Kreditnehmer in dem Zeitraum zwischen der vorzeitigen und der vereinbarten Rückzahlung entrichtet hätte.

Ein Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung ist ausgeschlossen, wenn die Rückzahlung aus den Mitteln einer Versicherung bewirkt wird, die aufgrund einer entsprechenden Verpflichtung im Kreditvertrag abgeschlossen wurde, um die Rückzahlung zu sichern oder im Vertrag die Angaben über die Laufzeit des Vertrags, das Kündigungsrecht des Darlehensnehmers oder die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung unzureichend sind.

**12.3 Schadensersatz wegen Pflichtverletzung:** Wird bei einem Kredit mit Sollzinssatzbindung vor Ablauf der Sollzinsbindungsfrist dieser durch die Kündigung der Bank fällig, hat der Kreditnehmer den durch die vorzeitige Rückzahlung entstehenden Schaden zu ersetzen.

**13 Verzug:** Bei kalendernäßig bestimmten Geldleistungen, die der Kreditnehmer aufgrund des Kreditvertrags schuldet (wie z. B. Leistungsraten und Zinsen), tritt Verzug bei nicht termingemäßer Zahlung ein. Sofern nicht die Bank einen höheren oder der Kreditnehmer einen niedrigeren Verzugsschaden nachweist, sind die Geldleistungen ab Verzug für das Jahr mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen. Bei Immobilie-Verbraucherdarlehensverträgen beträgt der Verzugsszinssatz für das Jahr zweieinhalb Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz. Ausbleibende Zahlungen können schwerwiegende Folgen für den Kreditnehmer haben (z. B. Zwangsverkauf) und die Erlangung eines Kredits erschweren.

**14 Gesamtschuldner:** Mehrere Kreditnehmer haften als Gesamtschuldner. Jeder Kreditnehmer kann allein über den eingeräumten Kredit verfügen.

**15 Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse:** Der Kreditnehmer ist während der Laufzeit des Kredits verpflichtet, der Bank auf Verlangen jederzeit alle gewünschten Auskünfte über seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen und alle gewünschten Unterlagen jeweils unterschrieben und mit Datum versehen zur Verfügung zu stellen, damit sich die Bank ein klares, zeitnahe Bild über seine wirtschaftliche Lage machen sowie die Anforderungen des § 18 KWG und der Bankenaufsicht erfüllen kann. Bei nicht bilanzierenden Kreditnehmern kann es sich bei den gewünschten Unterlagen insbesondere handeln um die Einkommens- und Vermögensaufstellungen einschließlich aller Verbindlichkeiten, die Einnahmen- und Ausgabenrechnung (Überschussrechnung), die Kopien der Steuerbescheide bzw. der Steuererklärungen sowie bei bilanzierenden Kreditnehmern insbesondere um den testierten oder bestätigten Jahresabschluss mit Anhang und Lagebericht sowie den Konzernabschluss jeweils mit den dazugehörigen Geschäfts- und/oder Prüfungsberichten. Sollte die Vorlage der Unterlagen nicht innerhalb von neun Monaten nach Ende des Kalenderjahres bzw. des Geschäftsjahres möglich sein, wird der Kreditnehmer die Unterlagen zunächst in vorläufiger Form (z. B. Steuererklärung, Zwischenabschluss, vorläufiger Jahresabschluss) einreichen.

**16 Versicherungen:** Der Kreditnehmer ist verpflichtet, Sicherungsgut samt Zubehör entsprechend der vertraglichen Vereinbarung in ausreichender Höhe zu versichern und dies der Bank jederzeit, insbesondere durch Vorlegen der Versicherungsscheine, nachzuweisen. Der Kreditnehmer hat dafür einzustehen, dass diese Verpflichtungen auch dann erfüllt werden, wenn ihm das Sicherungsgut nicht gehört.

**17 Miet-/Pachtvorauszahlungen:** Jede Art von Finanzierungsbeiträgen, wie beispielsweise Baukostenzuschüsse, Miet- oder Pachtvorauszahlungen, die von Mietern oder Pächtern zu übernehmen sind, bedürfen der Zustimmung der Bank.

**18 Auszahlungsvoraussetzungen:** Der Kredit kann erst in Anspruch genommen werden, wenn sämtliche vertraglichen Bedingungen erfüllt sind, die vorgesehenen Sicherheiten bestellt wurden, die Bank die Ordnungsmäßigkeit der vorgesehenen Sicherheiten geprüft hat, deren Bestellung nicht mehr widerrufbar ist und eine von der Bank verlangte Empfangsbestätigung über ausgehändigte Unterlagen vorliegt. Bei Baukrediten erfolgt die Auszahlung üblicherweise nach Baufortschritt. Die Auszahlung des Kredits kann verweigert werden, wenn nach Vertragsabschluss erkennbar wird, dass die Rückzahlung durch mangelnde Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers gefährdet ist. Der Darlehensgeber ist berechtigt, die Auszahlung eines Allgemein-Verbraucherdarlehens, bei dem eine Zeit für die Rückzahlung nicht bestimmt ist, aus einem sachlichen Grund zu verweigern.

**19 Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten**

**19.1 Nachsicherheiten:** Bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen mit einem Nettokreditbetrag über 75.000 EUR und bei Nichtverbraucherkrediten kann die Bank vom Kreditnehmer bei einer Verschlechterung oder erheblichen Gefährdung seiner Vermögenslage oder der eines Mithaftenden oder eines Bürgen oder bei einer Veränderung des Sicherungswerts der im Vertrag vorgesehenen zu bestellenden Sicherheiten, durch die das Risiko der nicht ordnungsgemäßen Rückführung des Kredits gegenüber dem Zustand bei Vertragsabschluss nicht unwesentlich erhöht wird, Bestellung zusätzlicher geeigneter Sicherheiten nach ihrer Wahl verlangen, auch wenn bisher keine Bestellung von Sicherheiten vereinbart war. Das Gleiche gilt, wenn die Angaben über die Vermögensverhältnisse des Kreditnehmers, eines Mithaftenden oder eines Bürgen sich nachträglich als unrichtig herausstellen.

**19.2 Ersatzsicherheit:** Die Bank kann vom Kreditnehmer die Bestellung einer Ersatzsicherheit verlangen, wenn die im Kreditvertrag angegebene Sicherheit zerstört wird oder einen erheblichen Wertverlust erlitten hat.

**19.3 Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten:** Für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten wird die Bank eine angemessene Frist einräumen.

**20 Vereinbarung eines Pfandrechts zugunsten der Bank**

**20.1 Einigung über das Pfandrecht:** Der Kunde und die Bank sind sich darüber einig, dass die Bank zur Sicherung aller Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen erwirbt, an denen eine inländische Geschäftsstelle im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (z. B. Kontoguthaben).

**20.2 Ausnahmen vom Pfandrecht:** Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der Bank, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen (z. B. Bareinzahlung zur Einlösung eines Wechsels), erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Genussrechte, für Ansprüche des Kunden gegen die Bank aus nachrangigen Verbindlichkeiten sowie für die Wertpapiere, die die Bank im Ausland für den Kunden verwahrt.

**20.3 Zins- und Gewinnanteilscheine:** Unterliegen dem Pfandrecht der Bank Wertpapiere, ist der Kunde nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

## 21 Abtretung

**21.1 Ansprüche auf Arbeitseinkommen** im Sinne von § 850 ZPO sind Lohn- und Gehaltsforderungen sowie auch alle sonstigen auf dem Arbeitsverhältnis mit dem jeweiligen Arbeitgeber beruhenden oder sich aus dem Zusammenhang hiermit ergebenden Ansprüche (einschl. solcher auf einmalige Vergütungen), insbesondere Provisionen, Erfindungsvergütungen, Abfindungsansprüche, Renten und Ruhegehaltsansprüche. Sozialleistungsansprüche sind insbesondere Ansprüche auf Zahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Insolvenzgeld, Krankengeld sowie Renten der Deutschen Rentenversicherung, berufsständischer Versorgungswerke und privater Rentenversicherungen.

**21.2** Der Kreditnehmer verpflichtet sich, der Bank jeden Wechsel des Arbeitgebers/Dienstberechtigten unverzüglich anzuzeigen.

**21.3** Die Bank wird die Abtretung dem Drittschuldner zunächst nicht anzeigen. Ist der Schuldner seit zwei Monaten mit der Zahlung in Verzug, so kann die Bank unter Nennung des Betrags, mit dem sich der Schuldner in Verzug befindet, und Fristsetzung von mindestens einem Monat dem Sicherungsgeber die Verwertung androhen. Nach Ablauf der Frist ist die Bank berechtigt, dem Drittschuldner die Abtretung in dem zur Begleichung des genannten Betrags erforderlichen Umfang anzuzeigen\* und insoweit die abgetretenen Forderungen einzuziehen.

Einer Androhung bedarf es nicht, wenn der Schuldner sich nach einer ordentlichen Kündigung seitens der Bank bzw. nach einer einvernehmlichen Aufhebung des Kreditverhältnisses mit seinen Verbindlichkeiten in Zahlungsverzug befindet oder wenn die Bank das Kreditverhältnis aus wichtigem Grund gekündigt hat. Dies gilt nicht, wenn Schuldner und Sicherungsgeber verschiedene Personen sind.

**21.4** Falls der realisierbare Wert aller Sicherheiten die Deckungsgrenze nicht nur vorübergehend übersteigt, hat die Bank auf Verlangen des Sicherungsgebers Sicherheiten nach ihrer Wahl freizugeben.

**22 Aufwendungen:** Die Aufwendungsersatzansprüche der Bank richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

**23 Verjährung:** Die Ansprüche aus dem Kreditvertrag verjähren nach Ablauf von fünf Jahren, beginnend mit dem Ende des Jahres, in dem diese Ansprüche fällig werden.

**24 Abbedingung von § 193 BGB für vertraglich vereinbarte regelmäßige Zins- und Tilgungsleistungen:** Die Parteien bedingen für die vertraglich vereinbarten regelmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen die Regel des § 193 BGB ab, wonach dann, wenn an einem bestimmten Tage oder innerhalb einer Frist eine Leistung zu bewirken ist und der bestimmte Tag oder der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag, einen am Leistungsort staatlich anerkannten allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend fällt, an die Stelle eines solchen Tages der nächste Werktag tritt. Durch das Abbedingen dieser Regelung kann beispielsweise die Fälligkeit einer Rate auch an einem allgemeinen Feiertag, einem Sonnabend oder einem Sonntag eintreten.

**25 Werbewiderspruch:** Der Verwendung der Daten für Werbezwecke kann jederzeit widersprochen werden.

**26 Aufsichtsbehörde:** Die für die Zulassung von Kreditinstituten zuständige Aufsichtsbehörde ist die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland (Postanschrift: Europäische Zentralbank, 60640 Frankfurt am Main, Deutschland); die für den Schutz der kollektiven Verbraucherinteressen zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn bzw. Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt am Main.

**27 Einbeziehung AGB:** Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten ergänzend die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Der Wortlaut dieser Bedingungen kann in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen werden; auf Verlangen werden die Bedingungen auch ausgehändigt.

**28 Sonstige Bedingungen:** Jede Änderung oder Ergänzung des Kreditvertrags oder eine Vereinbarung über dessen Aufhebung bedarf, um Gültigkeit zu erlangen, der Schriftform. Gleiches gilt für die Änderung des Schriftformerfordernisses. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam sein bzw. nicht durchgeführt werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Soweit Bestimmungen nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam sind, richtet sich der Inhalt des Vertrags nach den gesetzlichen Bestimmungen.

\* Vordruck 232 050 verwenden.

1 Hinweis: Ab 01.02.2016 kann die Angabe des BIC bei Zahlungen innerhalb EU/EWR entfallen.

00120028 0000038 19.04.2018 0001183

13348140



**SCHUFA-Klausel** zu Kreditanträgen

Für bankinterne Bearbeitung, bitte bei Schriftwechsel angeben.

Nr. 5367058300

Herr  
Björn Olbrich  
Von-Werth-Str. 24  
50259 Pulheim  
01.05.1985

Ich/Wir willige(n) ein, dass die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

der SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden, Daten über die Beantragung, die Aufnahme (in jedem Fall Kreditnehmer und Kreditbetrag bzw. Limite sowie bei Ratenkrediten zusätzlich Laufzeit und Ratenbeginn) und vereinbarungsgemäße Abwicklung (z. B. vorzeitige Rückzahlung, Laufzeitverlängerung) dieses Kredits übermittelt.

Unabhängig davon wird die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

der SCHUFA auch Daten über ihre gegen mich bestehenden fälligen Forderungen übermitteln. Dies ist nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§ 28a Abs. 1 Satz 1) zulässig, wenn ich die geschuldete Leistung trotz Fälligkeit nicht erbracht habe, die Übermittlung zur Wahrung berechtigter Interessen des Kreditinstituts oder Dritter erforderlich ist und

- die Forderung vollstreckbar ist oder ich die Forderung ausdrücklich anerkannt habe oder
- ich nach Eintritt der Fälligkeit der Forderung mindestens zweimal schriftlich gemahnt worden bin, das Kreditinstitut mich rechtzeitig, jedoch frühestens bei der ersten Mahnung, über die bevorstehende Übermittlung nach mindestens vier Wochen unterrichtet hat und ich die Forderung nicht bestritten habe oder
- das der Forderung zugrunde liegende Vertragsverhältnis aufgrund von Zahlungsrückständen vom Kreditinstitut fristlos gekündigt werden kann und das Kreditinstitut mich über die bevorstehende Übermittlung unterrichtet hat.

Darüber hinaus wird die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

der SCHUFA auch Daten über sonstiges nichtvertragsgemäßes Verhalten (z. B. sonstiges betrügerisches Verhalten) übermitteln. Diese Meldungen dürfen nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§ 28 Abs. 2) nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen des Kreditinstituts oder Dritter erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Übermittlung überwiegt.

Insoweit befreie(n) ich/wir die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

zugleich vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA speichert und nutzt die erhaltenen Daten. Die Nutzung umfasst auch die Errechnung eines Wahrscheinlichkeitswertes auf Grundlage des SCHUFA-Datenbestandes zur Beurteilung des Kreditrisikos (Score). Die erhaltenen Daten übermittelt sie an ihre Vertragspartner im Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz, um diesen Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Vertragspartner der SCHUFA sind Unternehmen, die aufgrund von Leistungen oder Lieferung finanzielle Ausfallrisiken tragen (insbesondere Kreditinstitute sowie Kreditkarten- und Leasinggesellschaften, aber auch etwa Vermietungs-, Handels-, Telekommunikations-, Energieversorgungs-, Versicherungs- und Inkassounternehmen). Die SCHUFA stellt personenbezogene Daten nur zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde und die Übermittlung nach Abwägung aller Interessen zulässig ist. Daher kann der Umfang der jeweils zur Verfügung gestellten Daten nach Art der Vertragspartner unterschiedlich sein. Darüber hinaus nutzt die SCHUFA die Daten zur Prüfung der Identität und des Alters von Personen auf Anfrage ihrer Vertragspartner, die beispielsweise Dienstleistungen im Internet anbieten.

Ich kann/Wir können Auskunft bei der SCHUFA über die mich/uns betreffenden gespeicherten Daten erhalten. Weitere Informationen über das SCHUFA-Auskunfts- und Score-Verfahren sind unter [www.meineschufa.de](http://www.meineschufa.de) abrufbar. Die postalische Adresse der SCHUFA lautet:

SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln

Ort, Datum

Pulheim, 20.04.2018

Unterschrift

Björn Olbrich

**Zur bankinternen Bearbeitung:**

Archiv-Nummer:	5367058300
Kontonummer:	5367058300
IBAN:	DE28 3706 0993 5367 0583 00
Kundennummer:	5367058000

1 Zu personalisieren.

**SCHUFA-Klausel** zu Kreditanträgen

Für bankinterne Bearbeitung, bitte bei Schriftwechsel angeben.

Nr. 5367058300

Herr  
Björn Olbrich  
Von-Werth-Str. 24  
50259 Pulheim  
01.05.1985

Ich/Wir willige(n) ein, dass die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

der SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden, Daten über die Beantragung, die Aufnahme (in jedem Fall Kreditnehmer und Kreditbetrag bzw. Limite sowie bei Ratenkrediten zusätzlich Laufzeit und Ratenbeginn) und vereinbarungsgemäße Abwicklung (z. B. vorzeitige Rückzahlung, Laufzeitverlängerung) dieses Kredits übermittelt.

Unabhängig davon wird die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

der SCHUFA auch Daten über ihre gegen mich bestehenden fälligen Forderungen übermitteln. Dies ist nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§ 28a Abs. 1 Satz 1) zulässig, wenn ich die geschuldete Leistung trotz Fälligkeit nicht erbracht habe, die Übermittlung zur Wahrung berechtigter Interessen des Kreditinstituts oder Dritter erforderlich ist und

- die Forderung vollstreckbar ist oder ich die Forderung ausdrücklich anerkannt habe oder
- ich nach Eintritt der Fälligkeit der Forderung mindestens zweimal schriftlich gemahnt worden bin, das Kreditinstitut mich rechtzeitig, jedoch frühestens bei der ersten Mahnung, über die bevorstehende Übermittlung nach mindestens vier Wochen unterrichtet hat und ich die Forderung nicht bestritten habe oder
- das der Forderung zugrunde liegende Vertragsverhältnis aufgrund von Zahlungsrückständen vom Kreditinstitut fristlos gekündigt werden kann und das Kreditinstitut mich über die bevorstehende Übermittlung unterrichtet hat.

Darüber hinaus wird die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

der SCHUFA auch Daten über sonstiges nichtvertragsgemäßes Verhalten (z. B. sonstiges betrügerisches Verhalten) übermitteln. Diese Meldungen dürfen nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§ 28 Abs. 2) nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen des Kreditinstituts oder Dritter erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Übermittlung überwiegt.

Insoweit befreie(n) ich/wir die

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln

zugleich vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA speichert und nutzt die erhaltenen Daten. Die Nutzung umfasst auch die Errechnung eines Wahrscheinlichkeitswertes auf Grundlage des SCHUFA-Datenbestandes zur Beurteilung des Kreditrisikos (Score). Die erhaltenen Daten übermittelt sie an ihre Vertragspartner im Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz, um diesen Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Vertragspartner der SCHUFA sind Unternehmen, die aufgrund von Leistungen oder Lieferung finanzielle Ausfallrisiken tragen (insbesondere Kreditinstitute sowie Kreditkarten- und Leasinggesellschaften, aber auch etwa Vermietungs-, Handels-, Telekommunikations-, Energieversorgungs-, Versicherungs- und Inkassounternehmen). Die SCHUFA stellt personenbezogene Daten nur zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde und die Übermittlung nach Abwägung aller Interessen zulässig ist. Daher kann der Umfang der jeweils zur Verfügung gestellten Daten nach Art der Vertragspartner unterschiedlich sein. Darüber hinaus nutzt die SCHUFA die Daten zur Prüfung der Identität und des Alters von Personen auf Anfrage ihrer Vertragspartner, die beispielsweise Dienstleistungen im Internet anbieten.

Ich kann/Wir können Auskunft bei der SCHUFA über die mich/uns betreffenden gespeicherten Daten erhalten. Weitere Informationen über das SCHUFA-Auskunfts- und Score-Verfahren sind unter [www.meineschufa.de](http://www.meineschufa.de) abrufbar. Die postalische Adresse der SCHUFA lautet:

SCHUFA Holding AG, Privatkunden ServiceCenter, Postfach 10 34 41, 50474 Köln

Ort, Datum

Pulheim, 01.05.2018

Unterschrift

Björn Olbrich



1 Zu personalisieren.



# Selbstauskunft



PSD Bank Köln eG

Kundennummer 5367058000

## 1. Darlehensnehmer

☐ Frau ☒ Herr

☒ Ich bin bereits Kunde

5367058000

Kundennummer bei der PSD Bank

Olbrich, Björn  
Name, Vorname(n)

01714194560  
Telefon privat

Von-Werth-Str. 24  
Straße, Nr.

Telefon geschäftlich oder mobil

50259 Pulheim  
PLZ, Ort

bjoern.olbrich@gmx.net  
E-Mail

Geburtsname

01.05.1985  
Geburtsdatum

Pößneck  
Geburtsort

Familienstand ☐ ledig ☒ verheiratet  
☐ geschieden ☐ getrennt leb.

☐ eheärtl. Gemeinschaft ☐ verwitwet  
☐ eingetr. Lebenspartnersch.

Güterstand ☒ Zugewinnngemeinschaft. (gesetzlich)  
☐ Gütertrennung ☐ Gütergem.

2  
Anzahl Personen im Haushalt

0  
Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder

Alter der Kinder

Wohnstatus ☐ Eigentum ☒ Miete

☐ bei Eltern

07.2015  
dort wohnhaft seit

Deutschland  
Staatsangehörigkeit

Aufenthaltslaubnis bis

Arbeitslaubnis bis

81327625406  
Steuer-Identifikationsnummer

☐ Steuerausländer

Gebietsfremder (bitte Land angeben)

Angestellte(r)  
Berufsgruppe

Öffentlicher Dienst ☐

Versicherungsmakler  
Beruf

TBO Versicherungsmakler GmbH, Walthamstr. 40, 41564 Kaarst  
Name und Anschrift des Arbeitgebers

Versicherung  
Branche des Arbeitgebers

30.05.2016  
dort beschäftigt seit

selbstständig seit

Arbeitsverhältnis befristet bis

Probezeit / Ausbildung bis

## 2. Darlehensnehmer

☐ Frau ☐ Herr

☐ Ich bin bereits Kunde

Kundennummer bei der PSD Bank

Name, Vorname(n)

Telefon privat

Straße, Nr.

Telefon geschäftlich oder mobil

PLZ, Ort

E-Mail

Geburtsname

Geburtsdatum

Geburtsort

Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet  
☐ geschieden ☐ getrennt leb.

☐ eheärtl. Gemeinschaft ☐ verwitwet  
☐ eingetr. Lebenspartnersch.

Güterstand ☐ Zugewinnngemeinschaft. (gesetzlich)  
☐ Gütertrennung ☐ Gütergem.

Anzahl Personen im Haushalt

Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder

Alter der Kinder

Wohnstatus ☐ Eigentum ☐ Miete

☐ bei Eltern

dort wohnhaft seit

Staatsangehörigkeit

Aufenthaltslaubnis bis

Arbeitslaubnis bis

Steuer-Identifikationsnummer

☐ Steuerausländer

Gebietsfremder (bitte Land angeben)

Berufsgruppe

Öffentlicher Dienst ☐

Beruf

Name und Anschrift des Arbeitgebers

Branche des Arbeitgebers

dort beschäftigt seit

selbstständig seit

Arbeitsverhältnis befristet bis

Probezeit / Ausbildung bis

Zur bankinternen Bearbeitung

## Selbstauskunft

### 1. Darlehensnehmer

#### monatliche Einkünfte

	≈ 3.300,-	EUR
Lohn / Gehalt / Rente netto	/	EUR
Gewinn aus Gewerbebetrieb / selbstständiger Arbeit (jährlich)	/	EUR
Kindergeld	/	EUR
Mieteinnahmen aus dem Beleihungsobjekt (Nettokaltmiete)	/	EUR
Mieteinnahmen aus anderen Objekten (Nettokaltmiete)	/	EUR
sonstiges regelmäßiges Einkommen (z.B. Unterhalt)	/	EUR

#### monatliche Ausgaben

	745,-	EUR
Miete (monatliche Kaltmiete) – sofern diese nicht zukünftig entfällt	/	EUR
Beiträge für Lebensversicherung(en)	397,27	EUR
Beiträge zur Krankenversicherung (freiwillig und privat)	/	EUR
Verpflichtungen (z. B. Unterhaltsverpflichtungen)	/	EUR
sonstige Ausgaben	/	EUR

#### Verbindlichkeiten in EUR (sofern nicht bei der PSD Bank Köln eG)

Gläubiger	Restschuld	monatl. Aufwand	soll umgeschuldet werden
DKB	24.413,38 EUR	600,49 EUR	<input checked="" type="checkbox"/>
Barclays	7.467,07 EUR	146,- EUR	<input checked="" type="checkbox"/>
	EUR	EUR	<input type="checkbox"/>

#### Vermögen in EUR

	/	EUR
Haus- und Grundvermögen, Verkehrswert (ohne Beleihungsobjekt)	/	EUR
Bank- und Sparguthaben	9.200,-	EUR
Wertpapiere (Kurswert)	/	EUR
Bausparguthaben	/	EUR
Rückkaufwerte bei Lebensversicherungen	/	EUR
sonstiges Vermögen	/	EUR

## Selbstauskunft

### 2. Darlehensnehmer

#### monatliche Einkünfte

_____	EUR
Lohn / Gehalt / Rente netto	_____
_____	EUR
Gewinn aus Gewerbebetrieb / selbstständiger Arbeit (jährlich)	_____
_____	EUR
Kindergeld	_____
_____	EUR
Mieteinnahmen aus dem Beleihungsobjekt (Nettokaltmiete)	_____
_____	EUR
Mieteinnahmen aus anderen Objekten (Nettokaltmiete)	_____
_____	EUR
sonstiges regelmäßiges Einkommen (z.B. Unterhalt)	_____

#### monatliche Ausgaben

_____	EUR
Miete (monatliche Kaltmiete) – sofern diese nicht zukünftig entfällt	_____
_____	EUR
Beiträge für Lebensversicherung(en)	_____
_____	EUR
Beiträge zur Krankenversicherung (freiwillig und privat)	_____
_____	EUR
Verpflichtungen (z. B. Unterhaltsverpflichtungen)	_____
_____	EUR
sonstige Ausgaben	_____

#### Verbindlichkeiten in EUR (sofern nicht bei der PSD Bank Köln eG)

Gläubiger	Restschuld	monatl. Aufwand	soll umgeschuldet werden
_____	_____ EUR	_____ EUR	<input type="checkbox"/>
_____	_____ EUR	_____ EUR	<input type="checkbox"/>
_____	_____ EUR	_____ EUR	<input type="checkbox"/>

#### Vermögen in EUR

_____	EUR
Haus- und Grundvermögen, Verkehrswert (ohne Beleihungsobjekt)	_____
_____	EUR
Bank- und Sparguthaben	_____
_____	EUR
Wertpapiere (Kurswert)	_____
_____	EUR
Bausparguthaben	_____
_____	EUR
Rückkaufwerte bei Lebensversicherungen	_____
_____	EUR
sonstiges Vermögen	_____

13348140 0016/0028 0000038 19.04.2018 0001191



### Geldwäschegesetz

Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten gemäß Geldwäschegesetz: Ich versichere/Wir versichern, dass ich/wir im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere nicht als Treuhänder) handle/handeln.

### Erklärungen der Darlehensnehmer

Der Darlehensvertrag entsteht erst nach verbindlicher Darlehenszusage der Bank und deren Annahme durch die Darlehensnehmer. Jegliche hier nicht genannten Nebenabsprachen erlangen nur Gültigkeit, wenn sie im Rahmen der von der PSD Bank Köln eG übersandten Vertragsunterlagen ausdrücklich und schriftlich bestätigt werden.

Weiterhin gelten für den gesamten Geschäftsverkehr mit der PSD Bank Köln eG die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Bank und deren Sonderbedingungen. Sie können in den Geschäftsräumen der Bank oder im Internet unter „www.psd-koeln.de“ eingesehen werden. Auf Verlangen werden diese Bedingungen auch zugesandt.

Die PSD Bank Köln eG ist berechtigt, für die vorgenannte Immobilie eine Außenbesichtigung zu beauftragen. Ich / Wir verpflichten uns, die beantragten Finanzierungsmittel ausschließlich und unmittelbar für Renovierungen, Modernisierungen, Aus- und Umbauten der vorgenannten Immobilie zu verwenden.

### Richtigkeit der Angaben

Mir/uns ist bekannt, dass die Angaben in diesem Antrag Grundlagen für eine Darlehensgewährung sind. Ich versichere/wir versichern, dass ich/wir diese wahrheitsgemäß gemacht habe(n).

Ferner versichere ich/versichern wir, dass zum jetzigen Zeitpunkt und in den letzten zehn Jahren keine **Mahnverfahren, Zahlungsklagen, Zwangsvollstreckungen, Verfahren zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Wechsel- oder Scheckproteste und Insolvenzverfahren** bestehen bzw. bestanden haben.

Ich versichere/Wir versichern, dass die **bestehenden Kredite ungekündigt sind und keine Rückstände bestehen.**

Pulheim, 20.04.2018  
Ort, Datum

  
Unterschrift 1. Darlehensnehmer

\_\_\_\_\_  
Unterschrift 2. Darlehensnehmer

### Legitimationsprüfung nach § 154 Abgabenordnung (wird von der PSD Bank ausgefüllt)

Die Unterschrift des 1. Kontoinhabers

☐ wurde vor mir geleistet.

☐ wurde von mir geprüft.

Der Kontoinhaber hat sich ausgewiesen durch (Urkunde)

☐ ist bereits legitimiert.

☐ Personalausweis

☐ Reisepass

☐ \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Nr., ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum

\_\_\_\_\_  
Geburtsort

\_\_\_\_\_  
Staatsangehörigkeit

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Mitarbeiter der Bank

Die Unterschrift des 2. Kontoinhabers

☐ wurde vor mir geleistet.

☐ wurde von mir geprüft.

Der Kontoinhaber hat sich ausgewiesen durch (Urkunde)

☐ ist bereits legitimiert.

☐ Personalausweis

☐ Reisepass

☐ \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Nr., ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum

\_\_\_\_\_  
Geburtsort

\_\_\_\_\_  
Staatsangehörigkeit

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Mitarbeiter der Bank

# PSD PrivatKredit Auszahlungsauftrag



PSD Bank Köln eG

Kundennummer 5367058000

MH: B: I: A: IQ: VK:  
wird von der PSD Bank ausgefüllt

Antwort

PSD Bank Köln eG  
Laurenzplatz 2  
50667 Köln

## Kontoinhaber

☐ Frau ☒ Herr ☐ Eheleute

Björn Olbrich  
Vorname(n), Name

Von-Werth-Str. 24  
Straße, Nr.

50259 Pulheim  
PLZ, Ort

Telefon tagsüber für Rückfragen

bjoern.olbrich@gmx.net  
E-Mail

## Auszahlungsauftrag

Überweisen Sie bitte zu Lasten meines/unseres Darlehenskontos

5367058300 den Betrag von EUR 33.000,- auf folgendes Konto:  
Darlehenskonto Nr. oder IBAN Auszahlungsbetrag

Björn Olbrich  
Kontoinhaber (Vorname, Name)

DKB Berlin  
Kreditinstitut

BYLADEM1001  
BIC

DE14 1203 0000 0016 2537 83  
IBAN

Darlehen  
Verwendungszweck

Verwendungszweck

☐ Auftrag bitte als Eilüberweisung ausführen

Datum der Ausführung (falls keine sofortige Ausführung gewünscht)  
Die Gutschrift erfolgt nach der banküblichen Laufzeit.

Bei Eilüberweisungen erfolgt die Gutschrift in der Regel taggleich. Die Gebühr in Höhe von EUR 10,00 wird dem Konto belastet, dem auch die Darlehensraten belastet werden.

Voraussetzung für eine Überweisung ist das Vorliegen sämtlicher auszahlungsrelevanter Unterlagen gemäß Darlehensvertrag.

Pulheim, 20.04.2018  
Ort, Datum

Unterschrift(en)

Bitte die beiden beigefügten Darlehen ablösen und Differenz auf o.s. Konto.

14460 Potsdam

Herrn  
Björn Olbrich  
Von-Werth-Str. 24  
50259 Pulheim

Berlin, 24.04.2018  
OE 1804100 / PN 53169111

**Ihr DKB-Privatdarlehen Nr. DE30120300006701508530**

Sehr geehrter Herr Olbrich,  
wir danken Ihnen für Ihren Auftrag.

Wunschgemäß werden wir das DKB-Privatdarlehen zum 30.05.2018 abrechnen.

Für diese Restschuldbestätigung berechnen wir gemäß unserem Preis- und Leistungsverzeichnis für Privatkunden eine Gebühr in Höhe von 10,00 Euro.

Der Rückzahlungsbetrag errechnet sich wie folgt:

Schuldsaldo per 30.04.2018	24.347,66	Euro
<u>zuzüglich Zinsen vom 01.05. bis 30.05.2018</u>	<u>65,72</u>	<u>Euro</u>
<b>Rückzahlungsbetrag gesamt:</b>	<b>24.413,38</b>	<b>Euro*</b>

\* Bei diesem Betrag gehen wir davon aus, dass alle fälligen Leistungen bis zum Rückzahlungstermin ordnungsgemäß gezahlt werden.

Bitte überweisen Sie den Rückzahlungsbetrag zum 30.05.2018 an folgende Bankverbindung:

Empfänger: Björn Olbrich  
IBAN: DE30 1203 0000 6701 5085 30  
BIC: BYLADEM1001

Deutsche Kreditbank  
Aktiengesellschaft  
Sitz der Gesellschaft:  
Berlin

Ein Unternehmen der  
Bayerischen Landesbank

**Postanschrift**  
Deutsche Kreditbank AG  
Bereich Privatkunden  
Postfach 11 02 68  
10832 Berlin

**Telefon**  
030 120 300 00

**Telefax**  
030 120 300 01

**E-Mail**  
info@dkb.de

**E-Postbrief**  
info@dkb.epost.de

**Internet**  
www.dkb.de

BIC: BYLADEM1001

Vorsitzender des  
Aufsichtsrats  
Dr. Johannes-Jörg Riegler

Vorstand  
Stefan Unterlandstätter  
(Vorsitzender)  
Tilo Hacke  
Thomas Jebben  
Alexander von Dobschütz  
Jan Walther

USt-ID-Nr.: DE137178746  
Handelsregister  
Berlin-Charlottenburg  
(HRB 34165)







Sollten Sie sich anders entscheiden und Ihr Darlehen nicht zu dem gewünschten Termin zurückzahlen, bleiben die bisherigen Konditionen bestehen und Ihre reguläre Rate wird wie gewohnt am 30.05.2018 fällig. Die Gebühr ziehen wir wie folgt (zusammen mit der nächsten Rate) als SEPA-Lastschrift von Ihrem Konto ein:

Belastungsdatum:	30.04.2018
Ratenhöhe (inkl. Gebühr):	610,49 Euro
IBAN:	DE14 1203 0000 0016 2537 83
BIC:	BYLADEM1001

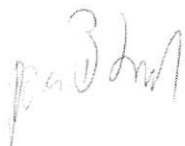
Gläubiger-Identifikationsnummer	DE98DKB00000000048
---------------------------------	--------------------

Wichtig bei Lastschrifteinzug: Unsere EDV-Anlage führt den Rateneinzug jeweils zu den Fälligkeiten aus, solange die Ablösesumme noch nicht gebucht ist. Um allen Beteiligten zusätzliche Kosten zu ersparen, bitten wir Sie, die zum Einzug gebrachte(n) Rate(n) auf alle Fälle einzulösen. Überzahlungen werden von uns umgehend erstattet.

Für Ihre Fragen sind wir gern Ihr Ansprechpartner.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre DKB





# PSD Kundenstammvertrag



PSD Bank Köln eG

Kundennummern

Personengemeinschaft

1. Kontoinhaber 5367058000

2. Kontoinhaber

Antwort

PSD Bank Köln eG  
Laurenzplatz 2  
50667 Köln

## Hinweis

Bitte ausfüllen, unterschreiben und per Post an die  
nebenstehende Anschrift senden.

1. Kontoinhaber ☐ Frau ☒ Herr

Olbrich, Björn  
Name, Vorname(n)

01714194560  
Telefon privat

Von-Werth-Str. 24  
Straße, Nr.

Telefon geschäftlich

50259 Pulheim  
PLZ, Ort

bjoern.olbrich@gmx.net  
E-Mail

Geburtsname

01.05.1985  
Geburtsdatum

Pößneck  
Geburtsort

Deutschland  
Staatsangehörigkeit

81 327 625 406  
Steuer-Identifikationsnummer

Steuerausländer ☐

Gebietsfremder (bitte Land angeben)

Angestellte(r)  
Berufsgruppe

Familienstand ☐ ledig ☒ verheiratet ☐ eheähnl. Gemeinschaft ☐ verwitwet  
☐ geschieden ☐ getrennt leb. ☐ eingetr. Lebenspartnersch.

Güterstand ☒ Zugewinnngemeinschaft (gesetzlich)  
☐ Gütertrennung ☐ Gütergem.

2. Kontoinhaber (bei Gemeinschaftskonten) ☐ Frau ☐ Herr

Name, Vorname(n)

Telefon privat

Straße, Nr.

Telefon geschäftlich

PLZ, Ort

E-Mail

Geburtsname

Geburtsdatum

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

Steuer-Identifikationsnummer

Steuerausländer ☐

Gebietsfremder (bitte Land angeben)

Berufsgruppe ☐ Angestellte(r) ☐ Arbeiter(in) ☐ Beamter/Beamtin ☐ Rentner(in), Pensionär(in)  
☐ Hausfrau/mann ☐ selbstständig ☐ andere

Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ eheähnl. Gemeinschaft ☐ verwitwet  
☐ geschieden ☐ getrennt leb. ☐ eingetr. Lebenspartnersch.

Güterstand ☐ Zugewinnngemeinschaft (gesetzlich)  
☐ Gütertrennung ☐ Gütergem.



### Einwilligung zu Anrufen und elektronischer Post

Von Ihrer PSD Bank können Sie selbstverständlich erwarten, dass wir aktiv mit Ihnen in Kontakt bleiben. Dabei wollen und müssen wir auch Verbraucherschutzrechtliche Vorgaben beachten. Für eine telefonische Kontaktaufnahme mit Ihnen benötigen wir zum Beispiel Ihre Einwilligungserklärung. Bitte lesen Sie deshalb den nachstehenden Text genau durch und geben Sie uns Ihre Einwilligungserklärung.

### Einwilligung zu Anrufen und elektronischer Post der PSD Bank zu eigenen Produkten und Produkten von Verbund- und Kooperationspartnern

- ☐ Ich/wir willige(n) ein, durch die PSD Bank oder ein von ihr beauftragtes Unternehmen zu Finanz- und Versicherungsprodukten (z. B. Einlage-, Anlage-, Kredit-, Versicherungs- und Bausparprodukte) der PSD Bank oder ihrer unten aufgeführten Verbund- und Kooperationspartner angerufen und per elektronischer Post kontaktiert zu werden.

### Einwilligung zu Anrufen und elektronischer Post von Verbundpartnern der PSD Bank zu deren Produkten

- ☐ Ich/wir willige(n) ein, durch Verbund- und Kooperationspartner der PSD Bank oder ein von einem Verbund- oder Kooperationspartner beauftragtes Unternehmen zu Angeboten des jeweiligen Verbundpartners angerufen und per elektronischer Post kontaktiert zu werden. Verbund- und Kooperationspartner der PSD Bank sind zurzeit:

- Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Crailsheimer Str. 52, 74523 Schwäbisch Hall
- R+V Allgemeine Versicherung AG, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden
- R+V Lebensversicherung AG, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden
- Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt/Main

Diese Einwilligungserklärung kann jederzeit – ohne Einfluss auf das Vertragsverhältnis – widerrufen werden.

### Einwilligung zur Datenübermittlung

Ihre PSD Bank arbeitet im Interesse einer umfassenden Beratung mit Verbund- und Kooperationspartnern zusammen. Dabei wollen und müssen wir auch datenschutzrechtliche Vorgaben beachten. Für die Übermittlung Ihrer Daten an die Verbund- und Kooperationspartner benötigen wir zum Beispiel Ihre Einwilligung. Bitte lesen Sie deshalb den nachstehenden Text genau durch und geben Sie uns Ihre Einwilligungserklärung.

### Einwilligungserklärung für die Datenübermittlung zwischen der Bank und ihren Verbund- und Kooperationspartnern

Diese Erklärung ist freiwillig und ohne Einfluss auf das Vertragsverhältnis mit der Bank.

Ich/wir willige(n) ein, dass die PSD Bank ihren Verbund- und Kooperationspartnern bzw. deren zuständigen Außendienstmitarbeitern die für die Aufnahme und Durchführung der Beratung erforderlichen Angaben zur dortigen Datenverarbeitung und Nutzung übermittelt, damit mich/uns auch die Verbund- und Kooperationspartner bzw. deren zuständige Außendienstmitarbeiter in allen Fragen zu Finanzdienstleistungen (z. B. Einlage-, Anlage-, Kredit-, Versicherungs- und Bausparprodukte) der PSD Bank oder ihrer Verbund- und Kooperationspartner umfassend beraten können. Verbund- und Kooperationspartner der PSD Bank sind zurzeit:

- Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Crailsheimer Str. 52, 74523 Schwäbisch Hall
- R+V Allgemeine Versicherung AG, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden
- R+V Lebensversicherung AG, Raiffeisenplatz 1, 65189 Wiesbaden
- Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt/Main

Übermittelt werden (einzelne Datenkategorien können gestrichen werden):

- Personalien (Name, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf oder vergleichbare Daten)
- Kontokorrent (Saldo/Limit oder vergleichbare Daten)
- Karten (Produkt/Anzahl oder vergleichbare Daten)
- Einlagen (Produktart, Guthaben, Verzinsung, Laufzeit oder vergleichbare Daten)
- Kredite (Produktart, Salden, Verzinsung, Laufzeit oder vergleichbare Daten)
- Depotwerte (Kurswert oder vergleichbare Daten)

In diesem Rahmen entbinde ich/entbinden wir die PSD Bank zugleich vom Bankgeheimnis. Ich/Wir erkläre(n) mich/uns mit der Datenübermittlung zu diesen genannten Voraussetzungen einverstanden (falls nicht zutreffend bitte streichen).

Diese Einwilligungserklärung kann jederzeit – ohne Einfluss auf das Vertragsverhältnis – widerrufen werden.

Der Verwendung der Daten für Werbezwecke kann jederzeit widersprochen werden.

### Vereinbarung

Alle gegenwärtig und zukünftig unter der ersten im Kopf des Formulars genannten Kundennummer geführten Konten und Depots wird die Bank – soweit nicht anders angegeben – zu den im Kundenstammvertrag festgelegten Daten und getroffenen Vereinbarungen führen.



## Kontoführung

Zwischen dem/den nachfolgenden Kontoinhaber(n) sowie der PSD Bank wird Folgendes vereinbart:

1. Kontoinhaber

5367058000

Kundennummer

☒ PSD OnlineBanking inkl. elektronischem Postfach<sup>1</sup>

Nur eine Auswahl möglich; weitere TAN-Verfahren können Sie anschließend in Ihrem persönlichen PSD OnlineBanking beantragen.

☐ PSD ServiceDirekt (TelefonBanking)<sup>2</sup>

☒ mit mobileTAN-Verfahren

0171 419 4560

deutsche Mobilfunknummer

☐ mit Sm@rt-TAN-plus-Verfahren<sup>3</sup>

☐ mit SecureGo-Verfahren<sup>4</sup>

2. Kontoinhaber

Kundennummer

☒ PSD OnlineBanking inkl. elektronischem Postfach<sup>1</sup>

Nur eine Auswahl möglich; weitere TAN-Verfahren können Sie anschließend in Ihrem persönlichen PSD OnlineBanking beantragen.

☐ PSD ServiceDirekt (TelefonBanking)<sup>2</sup>

☐ mit mobileTAN-Verfahren

deutsche Mobilfunknummer

☐ mit Sm@rt-TAN-plus-Verfahren<sup>3</sup>

☐ mit SecureGo-Verfahren<sup>4</sup>

Der/Die Kontoinhaber erhält/erhalten Zugang zu allen unter der im Kopf angegebenen Kundennummer gegenwärtig und zukünftig geführten Konten in dem von der PSD Bank angebotenen Umfang. Das Verfügungslimit im PSD OnlineBanking beträgt zurzeit 10.000 EUR pro Tag. Eine Änderung des Verfügungslimits ist nur in Textform durch den Kontoinhaber, bei Gemeinschaftskonten mit Einzelverfügungsbefugnis durch einen der Kontoinhaber, möglich.

<sup>1</sup> Dokumente und Mitteilungen, wie z.B. Kontoauszüge, werden für sämtliche bestehenden und künftigen Konten und Depots in das elektronische Postfach eingestellt.

<sup>2</sup> Der Teilnehmer ist damit einverstanden, dass die Bank die im Rahmen von PSD ServiceDirekt geführten Telefonate sowie die von ihm über die Tastatur des Telefons eingegebenen Ziffern (ausgenommen PIN) aufzeichnet und aufbewahrt. Dies ist zur ordnungsgemäßen Auftragsbearbeitung und aus Beweisgründen erforderlich.

<sup>3</sup> Der erforderliche TAN-Generator kann über die Internetseite [www.psd-bank.de/Online-Shop](http://www.psd-bank.de/Online-Shop) bestellt werden. Die Nutzung setzt eine PSD BankCard voraus.

<sup>4</sup> Die erforderliche Smartphone-App für Android bzw. iOS ist im App-Store erhältlich.

## Referenzkonto

Als Referenzkonto des/der Kontoinhaber(s) wird das im folgenden SEPA-Lastschriftmandat angegebene Konto vereinbart. Umbuchungen aus Anlagekonten sind nur auf das Referenzkonto möglich. Bis auf Widerruf bevollmächtige(n) ich/wir die PSD Bank, die Beträge für erteilte Aufträge vom Referenzkonto einzuziehen bzw. dem Referenzkonto gutzuschreiben. Das Referenzkonto gilt für alle gegenwärtig und zukünftig unter der ersten im Kopf des Formulars angegebenen Kundennummer geführten Konten.

## SEPA-Lastschriftmandat

DE95PSD00000002236

Gläubiger-Identifikationsnummer (CI Creditor Identifier)

Mandatsreferenz (wird von der Bank ausgefüllt)

Ich/wir ermächtige(n) die PSD Bank Köln eG, Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der PSD Bank Köln eG auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Frist für die Vorabinformation (Pre-Notification) beträgt 1 Tag vor Kontobelastung.

Björn Olbrich

Kontoinhaber (Vorname, Name)

Voy-Weith-Str. 24, 50259 Pulheim

Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort; bitte angeben, wenn Kontoinhaber nicht gleichzeitig Zahlungsempfänger ist)

DKB Berlin

Kreditinstitut

DE14 1203 0000 0001 6253 783

IBAN

BIC (außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums)

Pulheim, 20.04.2018

Ort, Datum (Angabe immer erforderlich)



Unterschrift(en) für das SEPA-Lastschriftmandat (immer erforderlich)

## Bedingungen

Ergänzend gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank sowie deren Sonderbedingungen für das PSD OnlineBanking, die Nutzung des elektronischen Postfachs, PSD ServiceDirekt (TelefonBanking), den Sparverkehr, den PSD SparBrief, das PSD WachstumsSparen und das Gemeinschaftskonto mit Einzelverfügungsbefugnis (Oder-Konto). Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Sonderbedingungen habe(n) ich/wir erhalten und erkenne(n) ich/wir an. Weiterhin können sie in den Geschäftsräumen der Bank oder unter [www.psd-koeln.de](http://www.psd-koeln.de) eingesehen werden; auf Verlangen werden sie ausgehändigt bzw. zugesandt.

## Geldwäschegesetz

Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten gemäß Geldwäschegesetz: Ich versichere/Wir versichern, dass ich/wir im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere nicht als Treuhänder) handle/handeln.

## Selbstauskunft Auslandssteuer (nur wenn zutreffend, bitte ankreuzen)

- ☐ Ich bin Staatsangehöriger der USA und/oder ein Kontoinhaber ist Staatsangehöriger der USA.
- ☐ Ich bin in den USA steuerlich ansässig und/oder ein Kontoinhaber ist in den USA steuerlich ansässig<sup>1</sup>.
- ☐ Ich bin steuerlich im Ausland ansässig (außer in Deutschland und in den USA) und/oder ein Kontoinhaber ist steuerlich im Ausland ansässig (außer in Deutschland und in den USA)<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die steuerliche Ansässigkeit ergibt sich aus dem nationalen Steuerrecht. In Zweifelsfällen wird empfohlen, die Angaben zur/zur steuerlichen Ansässigkeit(en) mit Ihrem Steuerberater abzustimmen.

## Information zur Steuer-Identifikationsnummer

Der Gesetzgeber hat die Banken verpflichtet, die Steuer-Identifikationsnummer (siehe Einkommensteuerbescheid oder Lohn-/Gehaltsnachweis) zu erfragen. Wenn die Steuer-Identifikationsnummer innerhalb von drei Monaten nicht vorliegt, erfragt die Bank diese direkt beim Bundeszentralamt für Steuern.

## Hinweis nach § 13 Abs. 1 TMG (Telemediengesetz)

Alle im Rahmen des OnlineBanking anfallenden personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Vertragsdurchführung von der Bank und gegebenenfalls dem von ihr beauftragten Rechenzentrum innerhalb Deutschlands bzw. der Europäischen Union verarbeitet.

Putheim, 20.04.2018  

Ort, Datum Unterschrift 1. Kontoinhaber Unterschrift 2. Kontoinhaber

## Legitimationsprüfung nach § 154 Abgabenordnung (wird von der PSD Bank ausgefüllt)

Die Unterschrift des 1. Kontoinhabers

- ☐ wurde vor mir geleistet ☐ wurde von mir geprüft

Der Kontoinhaber hat sich ausgewiesen durch (Urkunde)

- ☐ ist bereits legitimiert ☐ Personalausweis ☐ Reisepass ☐ \_\_\_\_\_

Nr., ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

Ort, Datum

Mitarbeiter der Bank

Die Unterschrift des 2. Kontoinhabers

- ☐ wurde vor mir geleistet ☐ wurde von mir geprüft

Der Kontoinhaber hat sich ausgewiesen durch (Urkunde)

- ☐ ist bereits legitimiert ☐ Personalausweis ☐ Reisepass ☐ \_\_\_\_\_

Nr., ausstellende Behörde, Ausstellungsdatum

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

Ort, Datum

Mitarbeiter der Bank

MH B I A IQ VK  
wird von der PSD Bank ausgefüllt

## Information zur außergerichtlichen Streitschlichtung

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann für die genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen (<http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle>). Näheres regelt die »Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe«, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, Fax: 030 2021 1908, E-Mail: [kundenbeschwerdestelle@bvr.de](mailto:kundenbeschwerdestelle@bvr.de) zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdienstrechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes), besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, E-Mail: [schlichtungsstelle@bafin.de](mailto:schlichtungsstelle@bafin.de).

Die Europäische Kommission stellt unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

13348140  
00210028 0000038 19.04.2018 0001201



# Informationsbogen für den Einleger



PSD Bank Köln eG

Kundennummer 5367058000

Antwort

PSD Bank Köln eG  
Laurenzplatz 2  
50667 Köln

## Kontoinhaber

☐ Frau ☒ Herr ☐ Eheleute

Björn Olbrich

Vorname(n), Name

Von-Werth-Str. 24

Straße, Nr.

50259 Pulheim

PLZ, Ort

01714194560

Telefon tagsüber für Rückfragen

bjoern.olbrich@gmx.net

E-Mail

Sehr geehrter Herr Olbrich,

gemäß § 23a Abs. 1 Satz 3 KWG sind wir verpflichtet, Sie mit Hilfe dieses Informationsbogens über die gesetzliche Einlagensicherung zu informieren. Zusätzlich sind Ihre Einlagen wie bisher durch die freiwillige Sicherungseinrichtung des BVR geschützt. Bitte senden Sie uns den Informationsbogen unterschieden zurück.

Gesetzliches Einlagensicherungssystem der PSD Banken	BVR Institutssicherung GmbH <sup>1</sup>
Sicherungsobergrenze	100 000 EUR pro Einleger pro Kreditinstitut <sup>2</sup>
Mehrere Einlagen bei demselben Kreditinstitut	Alle Ihre Einlagen bei demselben Kreditinstitut werden „aufaddiert“; die Gesamtsumme unterliegt der Obergrenze von 100 000 EUR <sup>2</sup>
Gemeinschaftskonto mit einer anderen Person oder mehreren anderen Personen	Die Obergrenze von 100 000 EUR gilt für jeden einzelnen Einleger <sup>3</sup>
Erstattungsfrist bei Ausfall eines Kreditinstituts	20 Arbeitstage bis zum 31. Mai 2016, 7 Arbeitstage ab dem 1. Juni 2016 <sup>4</sup>
Währung der Erstattung	EUR
Kontaktdaten	BVR Institutssicherung GmbH Schellingstraße 4 10785 Berlin Tel.: 030 2021 – 0 E-Mail: info@bvr-institutssicherung.de
Weitere Informationen	<a href="http://www.bvr-institutssicherung.de">http://www.bvr-institutssicherung.de</a> <sup>5</sup>

## Erläuterungen

- Ihre Einlage wird von einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem gedeckt. Außerdem ist Ihr Kreditinstitut Teil eines institutsbezogenen Sicherungssystems, in dem sich alle Mitglieder gegenseitig unterstützen, um eine Insolvenz zu vermeiden. Im Fall einer Insolvenz werden alle Einlagen bis zu 100 000 EUR vom Einlagensicherungssystem erstattet.
- Sollte eine Einlage nicht verfügbar sein, weil ein Kreditinstitut seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, so werden die Einleger von dem Einlagensicherungssystem entschädigt. Die betreffende Deckungssumme beträgt maximal 100 000 EUR pro Kreditinstitut. Das heißt, dass bei der Ermittlung dieser Summe alle bei demselben Kreditinstitut gehaltenen Einlagen addiert werden. Hält ein Einleger beispielsweise 90 000 EUR auf einem Sparkonto und 20 000 EUR auf einem Girokonto, so werden ihm lediglich 100 000 EUR erstattet.
- Bei Gemeinschaftskonten gilt die Obergrenze von 100 000 EUR für jeden Einleger. Einlagen auf einem Konto, über das zwei oder mehrere Personen als Mitglieder einer Personengesellschaft oder Sozietät, einer Vereinigung oder eines ähnlichen Zusammenschlusses ohne Rechtspersönlichkeit verfügen können, werden bei der Berechnung der Obergrenze von 100 000 EUR allerdings zusammengefasst und als Einlage eines einzigen Einlegers behandelt. In den Fällen des § 8 Abs 2 bis 4 EinSiG sind Einlagen über 100 000 EUR hinaus gesichert. Weitere Informationen sind erhältlich über <http://www.bvr-institutssicherung.de>.
- Haben Sie die Erstattung innerhalb der genannten Fristen nicht erhalten, sollten Sie mit dem Einlagensicherungssystem Kontakt aufnehmen, da der Gültigkeitszeitraum für Erstattungsanträge nach einer bestimmten Frist abgelaufen sein kann. Weitere Informationen sind erhältlich über <http://www.bvr-institutssicherung.de>.
- Einlagen von Privatkunden und Unternehmen sind im Allgemeinen durch Einlagensicherungssysteme gedeckt. Für bestimmte Einlagen geltende Ausnahmen werden auf der Website des zuständigen Einlagensicherungssystems mitgeteilt. Ihr Kreditinstitut wird Sie auf Anfrage auch darüber informieren, ob bestimmte Produkte gedeckt sind oder nicht. Wenn Einlagen entschädigungsfähig sind, wird das Kreditinstitut dies auch auf dem Kontoauszug bestätigen.

Pulheim, 20.04.2018

Ort, Datum

Unterschrift 1. Kontoinhaber

Unterschrift 2. Kontoinhaber

# Vorvertragliche Informationen

## Beitritts- und Beteiligungserklärung



PSD Bank Köln eG

Kundennummer 5367058000

Stand: März 2018

Diese Information gilt bis auf Weiteres und steht nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

Sehr geehrte Kundin,  
sehr geehrter Kunde,

bevor Sie im Fernabsatz (per Internet, Telefon, E-Mail, Telefax oder Briefverkehr) oder außerhalb von Geschäftsräumen mit uns Verträge abschließen, möchten wir Ihnen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen einige allgemeine Informationen zur Bank, zur angebotenen Dienstleistung und zum Vertragsabschluss geben:

### Allgemeine Informationen

#### Name und Anschrift der Bank

PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln  
Telefon: 0800 / 299 399 2 (kostenfrei)  
Telefax: 0221 / 2770 999  
E-Mail: [info@psd-koeln.de](mailto:info@psd-koeln.de)  
Internet: [www.psd-koeln.de](http://www.psd-koeln.de)

#### Servicenummern der Bank

Telefon: 0800 / 299 399 1 (kostenfrei)  
Kartensperre: 116 116  
Kosten zusätzlicher Art fallen nicht an.

#### Gesetzliche Vertretungsberechtigte der Bank (Vorstand)

René Königshausen  
Rainer Michels

#### Eintragung (der Hauptniederlassung) im Genossenschaftsregister

AMTSGERICHT KÖLN GEN. REG.-NR. 731,

#### Umsatzsteueridentifikationsnummer

DE 122786814

#### Hauptgeschäftstätigkeit der Bank

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art und von damit zusammenhängenden Geschäften.

#### Zuständige Aufsichtsbehörde

Die für die Zulassung von Kreditinstituten zuständige Aufsichtsbehörde ist die Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt a. M. (Postanschrift: Europäische Zentralbank, 60640 Frankfurt a. M., Deutschland); die für den Schutz der kollektiven Verbraucherinteressen zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn bzw. Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt a. M.

#### Vertragssprache

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist Deutsch.

#### Rechtsordnung und Gerichtsstand

Gemäß Nr. 6 Abs. 1 der »Allgemeinen Geschäftsbedingungen« der Bank gilt für den Vertragsabschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank deutsches Recht. Es gibt keine vertragliche Gerichtsstandsklausel.

#### Außergerichtliche Streitschlichtung

Beschwerden sind an die PSD Bank Köln eG, Laurenzplatz 2, 50667 Köln, zu richten.

Darüber hinaus besteht für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank die Möglichkeit, den Ombudsmann der genossenschaftlichen Bankengruppe anzurufen (<http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle>). Näheres regelt die Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe, die Ihnen auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist schriftlich an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, E-Mail: [kundenbeschwerdestelle@bvr.de](mailto:kundenbeschwerdestelle@bvr.de), zu richten.

Schlichtungsstelle bei Streitigkeiten aus der Anwendung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend Fernabsatzverträge über Finanzdienstleistungen ist die Deutsche Bundesbank, Schlichtungsstelle, Postfach 11 12 32, 60047 Frankfurt a. Main, E-Mail: [schlichtung@bundesbank.de](mailto:schlichtung@bundesbank.de).

Schlichtungsstelle bei Streitigkeiten aus der Anwendung sonstiger Vorschriften im Zusammenhang mit dem Vertrag, der ein Bankgeschäft nach § 1 Abs. 1 S. 2 des Kreditwesengesetzes oder eine Finanzdienstleistung nach § 1 Abs. 1a S. 2 des Kreditwesengesetzes betrifft, ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, E-Mail: [schlichtungsstelle@bafin.de](mailto:schlichtungsstelle@bafin.de).

Die Europäische Kommission stellt unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

#### Hinweis zum Sicherungssystem

Die Bank ist der BVR Institutssicherung GmbH und der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen (Näheres vgl. Nr. 20 der »Allgemeinen Geschäftsbedingungen« der Bank). Diese institutsbezogenen Sicherungssysteme haben die Aufgabe, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei ihnen angeschlossenen Instituten abzuwenden oder zu beheben. Alle Institute, die diesen Sicherungssystemen angeschlossen sind, unterstützen sich gegenseitig, um eine Insolvenz zu vermeiden.

00230028 0000038 19.04.2018 0001205

13348140



## Informationen zur Beitrittserklärung / Beteiligungserklärung (§§ 15, 15a und 15b GenG)

### Allgemeine Preise und Entgelte

Die aktuellen Preise für Dienstleistungen der Bank ergeben sich aus dem jeweils gültigen »Preis- und Leistungsverzeichnis« der Bank. Das »Preis- und Leistungsverzeichnis« kann in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen werden. Auf Wunsch wird die Bank dem Kunden dieses zusenden.

### Hinweis auf die vom Kunden zu zahlenden Steuern und Kosten

Kapitalerträge sind in der Regel steuerpflichtig. Dem Kunden wird im Hinblick auf die individuellen steuerlichen Auswirkungen seiner Kapitalanlage empfohlen, ggf. einen geeigneten steuerlichen Berater zu konsultieren. Dies gilt insbesondere, wenn er im Ausland steuerpflichtig ist. Eigene Kosten (z. B. für Ferngespräche, Porti) hat der Kunde selbst zu tragen.

### Leistungsvorbehalt

Grundsätzlich besteht kein Leistungsvorbehalt, es sei denn, dieser ist ausdrücklich vereinbart.

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten die »Allgemeinen Geschäftsbedingungen« der Bank.

Soweit zwischen dem Kunden und der Bank PSD OnlineBanking und/oder PSD ServiceDirekt (TelefonBanking) und/oder die Nutzung des elektronischen Postfachs vereinbart wurde(n), gelten darüber hinaus die zugehörigen »Sonderbedingungen für das PSD OnlineBanking«, die »Sonderbedingungen für PSD ServiceDirekt (TelefonBanking)« und die »Sonderbedingungen für die Nutzung des elektronischen Postfachs«.

### Wesentliche Leistungsmerkmale

Mit dem Beitritt und der Zulassung zur Genossenschaft wird der Beitretende Mitglied seiner PSD Bank. Die PSD Bank als Genossenschaft ist ein Zusammenschluss von Personen, deren Ziel die wirtschaftliche bzw. soziale Förderung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb ist. Der Kunde ist verpflichtet, die nach Gesetz und Satzung geschuldeten Einzahlungen auf die Geschäftsanteile zu leisten. Die Leistungspflicht pro Geschäftsanteil beträgt 10,00 EUR.

Das Mitglied hat das Recht, die Leistung der Genossenschaft in Anspruch zu nehmen. Hierzu gehört insbesondere das Recht an der Gestaltung der Genossenschaft mitzuwirken sowie nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen und Beschlüsse am Jahresgewinn teilzunehmen (§ 11 der Satzung).

Das Mitglied hat nach § 5 der Satzung das Recht, seine Mitgliedschaft zum Schluss eines Geschäftsjahres zu kündigen. Die Kündigung muss der Genossenschaft mindestens 3 Monate vor Schluss eines Geschäftsjahres zugehen. Sofern die Kündigung noch zum Ende des laufenden Geschäftsjahres wirksam wird, beträgt die Mindestlaufzeit die Zeit bis zum Ende des Geschäftsjahres. Andernfalls verlängert sich die Mindestlaufzeit um ein Jahr. Im Falle des Ausscheidens aus der Genossenschaft findet eine Auseinandersetzung gemäß § 10 der Satzung statt. Unter den in § 6 der Satzung genannten Bedingungen kann das Geschäftsguthaben übertragen werden.

Nach Zulassung durch die Genossenschaft wird der Beitretende Mitglied der Genossenschaft. Ein sonstiger Leistungsvorbehalt besteht nicht.

Die Rechte und Pflichten des Mitgliedes einer Genossenschaft ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Satzung.

Sie werden Mitglied bzw. beteiligen sich mit weiteren Geschäftsanteilen durch schriftliche Erklärung gegenüber der Genossenschaft und Zulassung durch die Genossenschaft. Über die Zulassung werden Sie unverzüglich informiert.

## Informationen zu den Besonderheiten des Vertrages

### Information zum Zustandekommen des Vertrages

Der Kunde gibt gegenüber der PSD Bank eine schriftliche, unbedingte Beteiligungserklärung ab. Lässt die PSD Bank den Beitritt zu, trägt sie den Kunden unverzüglich in die Mitgliederliste ein und setzt ihn hierüber in Kenntnis. Lehnt die PSD Bank die Zulassung ab, teilt sie dies dem Kunden unverzüglich unter Rückgabe seiner Beitrittserklärung mit.

### Widerrufsbelehrung

bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen

#### Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung auf einem dauerhaften Datenträger, jedoch nicht vor Vertragsschluss und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246b § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 EGBGB.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

**PSD Bank Köln eG**  
Laurenzplatz 2, 50667 Köln  
Telefon: 0800/299 399 2 (kostenfrei)  
Telefax: 0221/2770-999  
E-Mail: [info@psd-koeln.de](mailto:info@psd-koeln.de)  
Internet: [www.psd-koeln.de](http://www.psd-koeln.de)

#### Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

#### Besondere Hinweise

keine

Ende der Widerrufsbelehrung

### Gültigkeitsdauer dieser Information

Die Informationen (Stand: März 2018) sind bis auf weiteres gültig.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre PSD Bank Köln eG



# Verbraucherdarlehensverträge

Allgemeine Informationen und Erläuterungen zu  
Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen



PSD Bank Köln eG

## 1 Einleitung

Im Juni 2010 ist das durch die EU-Verbraucherkreditrichtlinie modifizierte Verbraucherkreditrecht in Deutschland in Kraft getreten, welches im März 2016 an die Vorgaben der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie angepasst wurde. Nach dem heute geltenden Verbraucherkreditrecht hat der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer vor Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags angemessene Erläuterungen zu geben. Diese Informationen und Erläuterungen sollen Sie als Darlehensnehmer in die Lage versetzen zu beurteilen, ob der Vertrag dem von Ihnen verfolgten Zweck und Ihren Vermögensverhältnissen gerecht wird.

Ihre PSD Bank informiert Sie und erläutert Ihnen vor diesem Hintergrund mithilfe der vorliegenden Erläuterungen die wesentlichen Bestimmungen Ihres Verbraucherdarlehensvertrags. Sofern Sie darüber hinaus weitere Informationen und Erläuterungen benötigen, wenden Sie sich bitte an Ihren Kundenberater.

## 2 Allgemeine und vorvertragliche Informationen

Bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag wird die PSD Bank Ihnen rechtzeitig vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung vorvertragliche Informationen zur Verfügung stellen. Die vorvertraglichen Informationen unterrichten Sie über gesetzlich bestimmte Inhalte des Verbraucherdarlehensvertrags. Zu den Inhalten der vorvertraglichen Informationen finden Sie ebenfalls weitergehende Erläuterungen in diesem Dokument.

## 3 Vertragsabschluss, vertragstypische Auswirkungen

### 3.1 Vertragsabschluss, Auszahlungsvoraussetzungen

Bevor Sie mit der PSD Bank einen Verbraucherdarlehensvertrag abschließen, sind auf beiden Seiten Entscheidungen zu treffen. Gern ist die PSD Bank bereit, Sie zu beraten und Ihnen bei der Vorbereitung Ihrer Entscheidung zur Seite zu stehen. Die Entscheidung für eine Darlehensaufnahme liegt aber letztlich in Ihrer Verantwortung.

Die PSD Bank prüft und bewertet grundsätzlich und auch in Ihrem Fall die Risiken einer Kreditvergabe. In die Kreditentscheidung der PSD Bank fließen ein:

- Informationen von Ihnen, z.B. Angaben zu Ihrer Person und zu dem Zweck der Darlehensaufnahme,
- Ihr jeweiliges Einkommen und Ihre Ausgaben sowie andere finanzielle und wirtschaftliche Umstände,
- Gegebenenfalls Informationen, die Ihre PSD Bank unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen einholt, zum Beispiel von Kreditauskunfteien wie der SCHUFA oder von anderen Banken.

Nach Prüfung und Bewertung dieser Informationen entscheidet Ihre PSD Bank möglichst kurzfristig über ein Darlehensangebot. Vor dem eigentlichen Vertragsschluss, das heißt, vor der Vertragsannahme durch Sie, ergibt sich für keine Seite eine Verpflichtung, den in Rede stehenden Darlehensvertrag abzuschließen.

Kommt es zum Vertragsabschluss, regelt der Darlehensvertrag auch die Auszahlungsvoraussetzungen. Sobald diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird das Darlehen Ihrer Anweisung entsprechend ausgezahlt. Der Auszahlungsverpflichtung Ihrer PSD Bank steht Ihre Verpflichtung zur Abnahme des Darlehensbetrags gegenüber. Ein Allgemein-Verbraucherdarlehen wird zum vereinbarten Zeitpunkt grundsätzlich vollständig ausgezahlt.

### 3.2 Finanzielle Belastungen

Die finanziellen Belastungen für Sie ergeben sich im Einzelnen aus den Ihnen übermittelten Informationen sowie aus den ausgehändigten Unterlagen (vorvertragliche Informationen und ggf. Vertragsentwurf).

Bitte prüfen Sie Ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das heißt, welche finanziellen Belastungen Sie mit Blick auf Ihre persönlichen Lebensumstände für die voraussichtliche Dauer des Verbraucherdarlehensvertrages verkraften können. Technischer ausgedrückt: Prüfen Sie in Ihrem Interesse die Einnahmen- und die Ausgabenseite Ihrer „persönlichen Bilanz“.

### 3.3 Vertragstypische Risiken, Haftungsrisiken, Zahlungsverzug

Sofern sich während der Vertragslaufzeit Ihre persönlichen Lebensumstände ändern, bestehen die vertraglichen Leistungsverpflichtungen gleichwohl uneingeschränkt fort. Sollten Sie dadurch in finanzielle Schwierigkeiten kommen, sprechen Sie Ihre PSD Bank bitte rechtzeitig an. Ihre PSD Bank wird gemeinsam mit Ihnen versuchen, eine für beide Seiten tragfähige Lösung zu finden.

Im Falle eines Zahlungsverzugs (siehe hierzu unter „Erläuterung wichtiger Begriffe“) können schwerwiegende Folgen auf Sie zukommen. Die PSD Bank hat – sofern es nicht zu einer anderweitigen einvernehmlichen Lösung kommt – die Möglichkeit der Darlehenskündigung. Die PSD Bank ist dann zur Verwertung von Sicherheiten und, wenn diese nicht vorhanden sind oder nicht ausreichen, zur Zwangsvollstreckung berechtigt. Es ist jedoch das Anliegen Ihrer PSD Bank, dies grundsätzlich zu vermeiden. Je eher Sie sich daher mit Ihrer PSD Bank in Verbindung setzen und sie offen über Ihre neue Situation informieren, desto größer ist die Chance, gemeinsam zu einer Lösung zu kommen.

Ihre PSD Bank behandelt Ihre gesamten persönlichen Informationen vertraulich. Nur im rechtlich vorgegebenen Rahmen von Datenschutz und Bankgeheimnis oder mit Ihrer Zustimmung können Informationen über Ihr finanzielles Engagement bei Ihrer PSD Bank an Dritte, zum Beispiel an Kreditauskunfteien, weitergegeben werden.

## 4 Hauptmerkmale des Vertrags

### 4.1 Verbraucherdarlehensvertrag

Nach der gesetzlichen Bestimmung wird der Darlehensgeber durch einen Darlehensvertrag verpflichtet, dem Darlehensnehmer einen Geldbetrag in der vereinbarten Höhe zur Verfügung zu stellen. Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, den geschuldeten Zins zu zahlen und das Darlehen zurückzuzahlen. Die Besonderheit bei einem Verbraucherdarlehensvertrag besteht darin, dass der Darlehensvertrag zwischen einem Unternehmer, der PSD Bank, und einem Verbraucher, das heißt einer natürlichen Person vereinbart wird, die den Darlehensvertrag zu einem Zweck abschließt, der überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann.

### 4.2 Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag

Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge sind im Gegensatz zu Immobilien-Verbraucherdarlehensverträgen dadurch gekennzeichnet, dass Sie weder durch ein Grundpfandrecht oder eine Reallast gesichert sind, noch für den Erwerb oder die Erhaltung des Eigentumsrecht an Grundstücken, an bestehenden oder zu errichtenden Gebäuden oder für den Erwerb von grundstücksgleichen Rechten bestimmt sind. Darüber hinaus hat der Gesetzgeber folgende Verbraucherdarlehen vom Anwendungsbereich der Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge ausgenommen:

- Kleindarlehen mit einem Nettodarlehensbetrag von weniger als 200 Euro,
- Pfanddarlehen, bei denen sich die Haftung auf ein übergebenes Pfand beschränkt,
- Förderdarlehen, d. h. Verbraucherdarlehen, die nur mit einem begrenzten Personenkreis auf Grund von Rechtsvorschriften im öffentlichen Interesse abgeschlossen werden, wenn im Vertrag für den Darlehensnehmer günstigere als marktübliche Bedingungen und höchstens der marktübliche Sollzins vereinbart sind.

Beispiel: Allgemein-Verbraucherdarlehen werden typischerweise genutzt für die Finanzierung der Dinge des täglichen Lebens wie Auto, Haushaltsgeräte oder Reise. Verwendungszweck kann auch die Renovierung Ihrer Immobilie sein.

### 4.3 Gebundener Sollzins

Ihr Verbraucherdarlehen hat einen gebundenen Sollzins. Dieser gilt für die gesamte Darlehenslaufzeit und wird durch eine feststehende Prozentzahl ausgedrückt.

### 4.4 Weitere Kosten

Im Zusammenhang mit Ihrem Verbraucherdarlehen können neben den Darlehenszinsen weitere Kosten in Form einer freiwillig abzuschließenden Restkreditversicherung anfallen. Die Höhe dieser Kosten ist im Darlehensvertrag sowie in den vorvertraglichen Informationen aufgeführt.

#### 4.5 Annuitätentilgung

Bei einer Annuitätentilgung wird für die Rückzahlung des Darlehens eine regelmäßige Tilgung vereinbart. Bei Ihrem Verbraucherdarlehen wird der Tilgungssatz so gewählt, dass am Ende der Laufzeit das Darlehen zurückgezahlt ist.

Sie zahlen für die gesamte Dauer Ihres Verbraucherdarlehens eine gleichbleibende Jahresleistung, genannt Annuität, in monatlichen Raten. Aus jeder Rate werden zunächst die Zinsen für den jeweils laufenden Kalendermonat abgedeckt (Zinsanteil) und der verbleibende Teil der Rate wird zur Tilgung verwendet (Tilgungsanteil). Dieser Tilgungsanteil erhöht sich also von Monat zu Monat in dem Maße, wie sich der Zinsanteil durch die fortschreitende Tilgung des Darlehens ermäßigt.

#### 4.6 Vorzeitige Rückzahlung

Sie können Ihr Allgemein-Verbraucherdarlehen jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzahlen.

#### 4.7 Restkreditversicherung

Eine Restkreditversicherung ist eine Zusatzversicherung zum Kredit. Sie übernimmt je nach vereinbartem Versicherungsumfang die Zahlung der Kreditraten an die Bank, wenn Sie zum Beispiel Ihre Arbeit verlieren, arbeitsunfähig werden oder auch im Todesfall. Die Versicherungsbeträge sind davon abhängig, welche und wie viele Risiken Sie versichern wollen. Lesen Sie sich die Versicherungsbedingungen bitte aufmerksam durch. Wenn Ihnen etwas nicht klar ist, so fragen Sie bitte nach. Ihre PSD Bank und die Versicherungsgesellschaft geben Ihnen gern Antwort. Eine Restkreditversicherung ist grundsätzlich freiwillig. Sie ist unabhängig von der Vergabe des Kredits. Auch wenn Sie sich nicht versichern und die Risiken selbst tragen wollen, können Sie einen Kredit erhalten.

#### 4.8 Lohn- und Gehaltsabtretung

Im Einzelfall kann die Darlehensgewährung davon abhängen, dass Sie Ihrer PSD Bank Ihre Lohn- und Gehaltsansprüche als Kreditsicherheit abtreten. Im Fall von Zahlungsstörungen ist Ihre PSD Bank in diesem Fall berechtigt, die Abtretung Ihrem Arbeitgeber gegenüber offenzulegen und den pfändbaren Teil Ihres Arbeitseinkommens direkt an sich selbst überweisen zu lassen.

#### 4.9 Vorgehen bei Beschwerden

Sollte es einmal Grund zur Unzufriedenheit geben, wenden Sie sich bitte an Ihre PSD Bank.

Ihre PSD Bank wird Ihr Anliegen unvoreingenommen prüfen. Lässt sich eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung nicht finden, haben Sie vielfach die Möglichkeit, über die Kundenbeschwerdestelle des BVR, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken ([www.bvr.de](http://www.bvr.de)), ein Ombudsmann-Verfahren einzuleiten oder sich an die Deutsche Bundesbank zu wenden. Ein solches außergerichtliches Schlichtungsverfahren ist für Sie kostenlos. Weitergehende Informationen können Sie der Ihnen zur Verfügung gestellten vorvertraglichen Information entnehmen.

### 5 Erläuterung wichtiger Begriffe

#### 5.1 Angegebenes Geschäft

Das angegebene Geschäft ist ein Spezialfall des sogenannten zusammenhängenden Vertrages. Besonderes Merkmal für das angegebene Geschäft ist, dass die finanzierte Ware oder die finanzierte Leistung im Vertrag konkret angegeben ist. Eine bloße Typenbeschreibung ist nicht ausreichend. Widerrufen Sie den angegebenen Vertrag, sind Sie auch nicht mehr an den Verbraucherdarlehensvertrag gebunden.

#### 5.2 Aufsichtsbehörde

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt und kontrolliert alle Banken und Finanzdienstleister, Versicherer und den Wertpapierhandel in Deutschland. Als bedeutend eingestufte Institute werden von der Europäischen Zentralbank (EZB) direkt beaufsichtigt.

#### 5.3 Außergeschäftsraumvertrag

Ein Außergeschäftsraumvertrag ist gegeben, wenn die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter den Vertrag außerhalb von Geschäftsräumen der Bank geschlossen haben, beispielsweise im Büro des Kunden oder bei ihm zuhause. Ein Sonderfall des Außergeschäftsraumvertrages ist gegeben, wenn der Kunde sein Angebot außerhalb von Geschäftsräumen der Bank abgegeben hat oder der Vertrag in den Geschäftsräumen der Bank geschlossen wurde, der Kunde jedoch unmittelbar zuvor außerhalb ihrer Geschäftsräume von Mitarbeitern der Bank persönlich und individuell angesprochen wurde.

#### 5.4 Darlehenskonto

Auf einem Darlehenskonto werden der von Ihnen geschuldete Darlehensbetrag und fällige Zinsen und Kosten ebenso wie Ihre darauf geleisteten Zahlungen gebucht.

#### 5.5 Darlehensvermittler

Darlehensvermittler vermitteln gewerblich Kredite an Kreditnehmer und erhalten dafür Provisionen. Die Provision kann entweder vom Kreditinstitut oder vom Kunden gezahlt werden.

#### 5.6 Datenbankabfrage

Mithilfe einer Datenbankabfrage kann die PSD Bank Informationen über die wirtschaftliche Situation ihrer Kunden bekommen, um die Möglichkeit des Kunden zur Rückzahlung eines Darlehens einschätzen zu können und zu entscheiden, ob sie einen Darlehensvertrag abschließt. Die bekannteste Datenbankabfrage ist die sogenannte SCHUFA-Auskunft. Solche Abfragen wird die PSD Bank selbstverständlich nicht ohne Ihr Einverständnis tätigen.

#### 5.7 Effektiver Jahreszins

Der effektive Jahreszins beziffert in Form eines jährlichen Prozentsatzes alle von Ihnen jährlich zu tragenden Kosten des Gesamtbetrags des Darlehens. Die Berechnung des effektiven Jahreszinses wird durch den europäischen Gesetzgeber vorgegeben und ist damit die entscheidende Größe, um Angebote von unterschiedlichen Kreditinstituten miteinander zu vergleichen.

#### 5.8 Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite

Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite sind vorvertragliche Informationen, die Sie von Ihrer PSD Bank vor dem Abschluss eines Darlehensvertrags auf Papier oder auf einem dauerhaften Datenträger erhalten, um Sie über den wesentlichen Inhalt des Darlehensvertrags zu informieren. Den Kreditinstituten wird gesetzlich genau vorgegeben, welchen Inhalt diese Standardinformationen haben müssen und wie diese zu gestalten sind. Mithilfe der Standardinformationen können Sie deshalb Angebote verschiedener Banken in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft vergleichen, da alle anderen Banken ebenso wie Ihre PSD Bank verpflichtet sind, Ihnen im Vorfeld eines Vertragsabschlusses die Informationen in derselben gestalteten Form zu erteilen.

#### 5.9 Fälligkeit

Fälligkeit bezeichnet den Zeitpunkt, von dem an der Gläubiger die Leistung verlangen kann und der Schuldner den Anspruch erfüllen muss. Der Zeitpunkt der Fälligkeit einzelner Raten ist stets im Kreditvertrag geregelt.

#### 5.10 Fernabsatzvertrag

Bei einem Fernabsatzvertrag haben die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter für die Vertragsverhandlungen und für den Vertragsabschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet.

#### 5.11 Haftungsübernahme

Im Falle einer Haftungsübernahme verpflichtet sich ein Dritter – der Übernehmer – eine bestehende Schuld zu übernehmen, beispielsweise die festgelegten monatlichen Leistungsraten – Zins und Tilgung – aus einem Darlehensvertrag. Die Haftungsübernahme begründet für den Übernehmer eine eigene Verbindlichkeit.

Eine Haftungsübernahme kann in der Form eines Schuldbeitritts oder der befreienden Schuldübernahme erfolgen. Bei einem Schuldbeitritt tritt der Übernehmer zusätzlich zum bisherigen Schuldner zum Beispiel in den Darlehensvertrag ein. Beide werden Gesamtschuldner. Bei einer befreienden Schuldübernahme kommt es hingegen zu einem Schuldnerwechsel: Der Übernehmer tritt anstelle des bisherigen Schuldners zum Beispiel in den Darlehensvertrag ein und der bisherige Schuldner wird frei.

Für eine befreiende Schuldübernahme ist das Einverständnis des Gläubigers, zum Beispiel des Kreditinstituts, erforderlich.

#### 5.12 Kreditgeber

Kreditgeber und damit Gläubiger der Kreditforderung ist, wer einem anderen – etwa einem Verbraucher oder Unternehmer – einen Kredit gewährt. Geschäftsmäßig betreiben dies die Kreditinstitute. Für die Gewährung des Kredits berechnet der Kreditgeber Zinsen. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer werden im Kreditvertrag schriftlich festgelegt.

#### 5.13 Kreditwürdigkeit

Vor der Kreditvergabe prüft jedes Kreditinstitut die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, das heißt die Wahrscheinlichkeit mit der der Kreditnehmer seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann. Grundlage der Prüfung können die Auskünfte des Kunden sein und/oder die Auskünfte von Datenbanken sein.



#### 5.14 Präsenzvertrag

Bei einem Präsenzvertrag haben die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter den wesentlichen Inhalt des Vertrages vor oder bei Abschluss unter persönlicher gleichzeitiger Anwesenheit in den Geschäftsräumen der Bank erörtert. Der Kunde hat sein Angebot auf Abschluss des Vertrages weder außerhalb von Geschäftsräumen abgegeben, noch wurde der Vertrag außerhalb von Geschäftsräumen der Bank abgeschlossen. Der Kunde wurde auch nicht unmittelbar vor Vertragsabschluss außerhalb der Geschäftsräume der Bank bei gleichzeitiger persönlicher Anwesenheit der Vertragsparteien persönlich und individuell angesprochen.

#### 5.15 Raten

In regelmäßigen Abständen (meistens monatlich oder vierteljährlich) vom Kreditnehmer an den Kreditgeber vereinbarungsgemäß zu leistende Teilzahlungen. Üblicherweise enthält die Rate zwei Komponenten, nämlich einen Zins- und einen Tilgungsanteil.

#### 5.16 Referenzzinssatz

Ein Referenzzinssatz ist ein Zinssatz, an dem und insbesondere an dessen Veränderungen sich andere Zinssätze orientieren. Bedeutende Referenzzinssätze sind beispielsweise die einheitlichen europäischen Referenzzinssätze EURIBOR, die täglich für verschiedene Kreditlaufzeiten festgelegt und in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank veröffentlicht werden.

#### 5.17 Restschuld

Meint den Betrag, den der Kreditgeber vom Kreditnehmer zu einem bestimmten Stichtag insgesamt, das heißt einschließlich Zinsen und Kosten noch verlangen kann, der also noch zur Rückzahlung offensteht.

#### 5.18 Sicherheit

Sicherheit im Rechtssinne bezeichnet alle Rechtsgeschäfte, deren Hauptzweck die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit ist, dass der Gläubiger einer Forderung diese auch nebst Zinsen zurückgezahlt bekommt, sei es, dass der Schuldner seiner Leistungspflicht nachkommt, sei es, dass ein anderer die Schuld erfüllt, sei es, dass der Gläubiger zum Zwecke der Befriedigung seines Anspruchs auf bestimmte Vermögensgegenstände zugreifen kann, deren Wert für die Erfüllung des Anspruchs des Gläubigers haftet. Übliche Sicherheiten sind die Grundschuld und die Bürgschaft.

#### 5.19 Sollzinssatz

Der Sollzinssatz ist der Zinssatz, der auf den zu verzinsenden Nennbetrag zu zahlen ist.

#### 5.20 Sondertilgung

Sondertilgungen sind Tilgungen, welche über die regelmäßig zu entrichtenden Tilgungen hinausgehen. Durch Sondertilgungen können die Laufzeit und die Höhe der Tilgungsraten verändert werden. Sondertilgungen sind bei Ihrem Verbraucherdarlehen jederzeit möglich.

#### 5.21 Tilgung

Nimmt ein Kunde ein Darlehen auf, so ist der Kreditgeber verpflichtet, dem Kunden den vereinbarten Geldbetrag zu Verfügung zu stellen. Der Kunde ist verpflichtet, den vereinbarten Zins zu bezahlen und das Darlehen bei Fälligkeit zurückzuerstatten, also zu tilgen.

#### 5.22 Tilgungsbeträge

Sie müssen den eingeräumten Kredit entsprechend der Vereinbarung im Kreditvertrag tilgen, das heißt zurückzahlen. Diese Rückzahlungsbeträge nennt man Tilgungsbeträge. Einzelheiten zur Höhe Ihrer Tilgungsbeiträge können Sie der vorvertraglichen Information oder einem Tilgungsplan (siehe dort) entnehmen.

#### 5.23 Tilgungsplan

Ergibt sich der Zeitpunkt für die Rückzahlung des Kredits aus dem Vertrag, können Sie von der Bank jederzeit, auch wiederholt, einen Tilgungsplan in Textform verlangen. Der Tilgungsplan führt Ihnen nicht nur Ihre Belastung und den Stand der Rückführung des Darlehens vor Augen. Er dient auch dazu, im Streitfall rasch zu ermitteln, welche Forderungen der Bank offen sind und auf welche Einzelforderungen Sie welche Leistung erbracht haben. Bei Verträgen mit gebundenem Sollzinssatz gibt der Tilgungsplan an, welche Zahlungen Sie in welchen Zeitabständen leisten müssen und welche Bedingungen für diese Zahlungen gelten. Er schlüsselt auf, in welcher Höhe die Bank Teilzahlungen auf den Kredit, die nach dem Sollzinssatz berechneten Zinsen und die sonstigen Kosten anrechnet. Ist der Sollzinssatz veränderlich, ist der Tilgungsplan nur für die Dauer bis zur nächsten Anpassung des Sollzinssatzes verbindlich.

#### 5.24 Verbundener Vertrag

Ein Kreditvertrag zwischen Ihnen und der Bank und ein Vertrag zwischen Ihnen und einem Unternehmer über die Erbringung einer anderen Leistung sind verbunden, wenn der Kreditvertrag ganz oder teilweise der Finanzierung des anderen Vertrags dient und beide Verträge eine wirtschaftliche Einheit bilden. Eine wirtschaftliche Einheit ist dann anzunehmen, wenn der Unternehmer selbst Ihre Gegenleistung finanziert. Sind Bank und Unternehmer nicht identisch, liegt eine wirtschaftliche Einheit vor, wenn sich die Bank bei der Vorbereitung oder dem Abschluss des Kreditvertrags der Mitwirkung des Unternehmers bedient. Die wirtschaftlich verbundenen Verträge bilden zwar kein einheitliches Rechtsgeschäft, sondern bleiben rechtlich selbstständige Verträge. Ihr rechtliches Schicksal ist jedoch eng miteinander verbunden. Wenn Sie den Kreditvertrag widerrufen, sind Sie bei verbundenen Verträgen auch nicht mehr an den finanzierten Erwerbsvertrag gebunden. Das gilt nicht, wenn der Kredit der Finanzierung des Erwerbs von Finanzinstrumenten (z. B. Aktien) dient. Umgekehrt wirkt sich der Widerruf des finanzierten Erwerbsvertrags entsprechend auf den Kreditvertrag aus.

#### 5.25 Vorvertragliche Informationen

Bei Außergeschäftsraum- und bei Fernabsatzverträgen ist die Bank verpflichtet, dem Verbraucher rechtzeitig vor Abschluss des Vertrages gesetzlich bestimmte Informationen zur Verfügung zu stellen. Sonderfälle dieser vorvertraglichen Informationen sind die vorvertraglichen Informationen für Verbraucherkredite, z. B. die Europäische Standardinformation für Verbraucherkredite (siehe dort), welche die Bank dem Kunden auch bei Präsenzgeschäften zur Verfügung zu stellen hat.

#### 5.26 Widerrufsrecht

Das Gesetz räumt dem Kreditnehmer bei Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags grundsätzlich ein Widerrufsrecht ein. Das bedeutet, dass ein Darlehensnehmer an eine auf den Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags gerichtete Willenserklärung nur dann gebunden ist, wenn er sie nicht dem Darlehensgeber gegenüber unter Wahrung der Widerrufsfrist schriftlich widerruft. Die näheren Voraussetzungen und Rechtsfolgen können Sie der Widerrufsinformation in Ihrem Vertragsentwurf entnehmen.

#### 5.27 Zahlungsaufschub

Jede entgeltliche Vereinbarung zwischen Gläubiger und dem Schuldner einer Leistung, durch die die Fälligkeit der Leistung hinausgeschoben wird (Stundung).

#### 5.28 Zahlungsverzug

Werden die aus einem Darlehen geschuldeten Verbindlichkeiten nicht zu den vereinbarten Fälligkeiten oder nach Mahnung geleistet, so gerät der Darlehensnehmer in Verzug. Es liegt jedoch kein Verzug vor, solange die Zahlung infolge eines Umstands unterbleibt, der nicht vom Darlehensnehmer zu vertreten ist. Im Falle des Verzugs hat der Darlehensnehmer grundsätzlich den geschuldeten Betrag zu verzinsen.

#### 5.29 Zinsanteil

Anteil der Zinsen, die bei einem Annuitätendarlehen in der über die gesamte Dauer der Sollzinsbindung gleichbleibenden Rate enthalten sind.

#### 5.30 Zusammenhängende Verträge

Liegen die Voraussetzungen eines verbundenen Vertrages nicht vor, können zwei Verträge als zusammenhängende Verträge zu bewerten sein, wenn sie einen Bezug zueinander aufweisen, d. h. in einem unmittelbar ursächlichen Zusammenhang (z. B. einem wirtschaftlichem Zusammenhang) stehen, und beide Leistung von demselben Unternehmer oder die Leistung des einen Vertrages von einem Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Unternehmer erbracht wird. Widerruft der Verbraucher in derartigen Konstellationen den einen Vertrag, ist auch an den zusammenhängenden Vertrag nicht gebunden. Ein typisches Beispiel für zusammenhängende Verträge ist ein Verbraucherdarlehensvertrag und eine Neben- oder Zusatzleistung (z. B. eine Restschuldversicherung oder ein Kontoführungsvertrag), die der Verbraucher aus eigenen Mitteln finanziert. Ein Sonderfall des zusammenhängenden Vertrages ist das angegebene Geschäft (siehe dort).

Herausgeber: Verband der PSD Banken e. V. und Servicegesellschaft der PSD Banken mbH, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn, basierend auf einem Dokument des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR), Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Die Bank ist der BVR Institutssicherung GmbH und der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

## Grundregeln für die Beziehung zwischen Kunde und Bank

### 1 Geltungsbereich und Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen

#### (1) Geltungsbereich

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und den inländischen Geschäftsstellen der Bank (im Folgenden Bank genannt). Daneben gelten für einzelne Geschäftsbeziehungen (z. B. für das Wertpapiergeschäft, den Zahlungsverkehr und für den Sparverkehr) Sonderbedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten; sie werden bei der Kontoeröffnung oder bei Erteilung eines Auftrags mit dem Kunden vereinbart. Unterhält der Kunde auch Geschäftsverbindungen zu ausländischen Geschäftsstellen, sichert das Pfandrecht der Bank (Nr. 14 dieser Geschäftsbedingungen) auch die Ansprüche dieser ausländischen Geschäftsstellen.

#### (2) Änderungen

Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das OnlineBanking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Der Kunde kann den Änderungen vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens entweder zustimmen oder sie ablehnen. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

Werden dem Kunden Änderungen von Bedingungen zu Zahlungsdiensten (z. B. Überweisungsbedingungen) angeboten, kann er den von der Änderung betroffenen Zahlungsdiensterahmenvertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

### 2 Bankgeheimnis und Bankauskunft

#### (1) Bankgeheimnis

Die Bank ist zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Kunden darf die Bank nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Kunde eingewilligt hat oder die Bank zur Erteilung einer Bankauskunft befugt ist.

#### (2) Bankauskunft

Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit; betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Angaben über die Höhe von Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.

#### (3) Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft

Die Bank ist befugt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf ihre geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die Bank erteilt jedoch keine Auskünfte, wenn ihr eine anderslautende Weisung des Kunden vorliegt. Bankauskünfte über andere Personen, insbesondere über Privatkunden und Vereinigungen erteilt die Bank nur dann, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben. Eine Bankauskunft wird nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft dargelegt hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange des Kunden der Auskunftserteilung entgegenstehen.

#### (4) Empfänger von Bankauskünften

Bankauskünfte erteilt die Bank nur eigenen Kunden sowie anderen Kreditinstituten für deren Zwecke oder die ihrer Kunden.

### 3 Haftung der Bank; Mitverschulden des Kunden

#### (1) Haftungsgrundsätze

Die Bank haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit die Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen oder sonstige Vereinbarungen etwas Abweichendes regeln, gehen diese Regelungen vor. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten (z. B. durch Verletzung der in Nr. 11 dieser Geschäftsbedingungen aufgeführten Mitwirkungspflichten) zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitver-

schuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

#### (2) Weitergeleitete Aufträge

Wenn ein Auftrag seinem Inhalt nach typischerweise in der Form ausgeführt wird, dass die Bank einen Dritten mit der weiteren Erledigung betraut, erfüllt die Bank den Auftrag dadurch, dass sie ihn im eigenen Namen an den Dritten weiterleitet (weitergeleiteter Auftrag). Dies betrifft z. B. die Einholung von Bankauskünften bei anderen Kreditinstituten oder die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren im Ausland. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

#### (3) Störung des Betriebs

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (z. B. Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

#### 4 Entfällt

### 5 Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden

Nach dem Tod des Kunden hat derjenige, der sich gegenüber der Bank auf die Rechtsnachfolge des Kunden beruft, der Bank seine erbrechtliche Berechtigung in geeigneter Weise nachzuweisen. Wird der Bank eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) nebst zugehöriger Eröffnungsniederschrift vorgelegt, darf die Bank denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank bekannt ist, dass der dort Genannte (z. B. nach Anfechtung oder wegen Nichtigkeit des Testaments) nicht Verfügungsberechtigt ist, oder wenn ihr dies infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

### 6 Maßgebliches Recht und Gerichtsstand bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden

#### (1) Geltung deutschen Rechts

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht.

#### (2) Gerichtsstand für Inlandskunden

Ist der Kunde ein Kaufmann und ist die streitige Geschäftsbeziehung dem Betriebe seines Handelsgewerbes zuzurechnen, so kann die Bank diesen Kunden an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht oder bei einem anderen zuständigen Gericht verklagen; dasselbe gilt für eine juristische Person des öffentlichen Rechts und für öffentlich-rechtliche Sondervermögen. Die Bank selbst kann von diesen Kunden nur an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht verklagt werden.

#### (3) Gerichtsstand für Auslandskunden

Die Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch für Kunden, die im Ausland eine vergleichbare gewerbliche Tätigkeit ausüben, sowie für ausländische Institutionen, die mit inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder mit einem inländischen öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vergleichbar sind.

## Kontoführung

### 7 Rechnungsabschlüsse bei Kontokorrentkonten (Konten in laufender Rechnung)

#### (1) Erteilung der Rechnungsabschlüsse

Die Bank erteilt bei einem Kontokorrentkonto, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss; dabei werden die in diesem Zeitraum entstandenen beiderseitigen Ansprüche (einschließlich der Zinsen und Entgelte der Bank) verrechnet. Die Bank kann auf den Saldo, der sich aus der Verrechnung ergibt, nach Nr. 12 dieser Geschäftsbedingungen oder nach der mit dem Kunden anderweitig getroffenen Vereinbarung Zinsen berechnen.

#### (2) Frist für Einwendungen; Genehmigung durch Schweigen

Einwendungen wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit eines Rechnungsabschlusses hat der Kunde spätestens vor Ablauf von sechs Wochen nach dessen Zugang zu erheben; macht er seine Einwendungen in Textform geltend, genügt die Absendung innerhalb der Sechs-Wochen-Frist. Das Unterlassen rechtzeitiger Einwendungen gilt als Genehmigung. Auf diese Folge wird die Bank bei Erteilung des Rechnungsabschlusses besonders hinweisen. Der Kunde kann auch nach Fristablauf eine Berichtigung des Rechnungsabschlusses verlangen, muss dann aber beweisen, dass zu Unrecht sein Konto belastet oder eine ihm zustehende Gutschrift nicht erteilt wurde.



## 8 Storno- und Berichtigungsbuchungen der Bank

### (1) Vor Rechnungsabschluss

Fehlerhafte Gutschriften auf Kontokorrentkonten (z. B. wegen einer falschen Kontonummer) darf die Bank bis zum nächsten Rechnungsabschluss durch eine Belastungsbuchung rückgängig machen, soweit ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zusteht (Stornobuchung). Der Kunde kann in diesem Fall gegen die Belastungsbuchung nicht einwenden, dass er in Höhe der Gutschrift bereits verfügt hat.

### (2) Nach Rechnungsabschluss

Stellt die Bank eine fehlerhafte Gutschrift erst nach einem Rechnungsabschluss fest und steht ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zu, so wird sie in Höhe ihres Anspruchs sein Konto belasten (Berichtigungsbuchung). Erhebt der Kunde gegen die Berichtigungsbuchung Einwendungen, so wird die Bank den Betrag dem Konto wieder gutschreiben und ihren Rückzahlungsanspruch gesondert geltend machen.

### (3) Information des Kunden; Zinsberechnung

Über Storno- und Berichtigungsbuchungen wird die Bank den Kunden unverzüglich unterrichten. Die Buchungen nimmt die Bank hinsichtlich der Zinsberechnung rückwirkend zu dem Tag vor, an dem die fehlerhafte Buchung durchgeführt wurde.

## 9 Einzugsaufträge

### (1) Erteilung von Vorbehaltsgutschriften bei der Einreichung

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks und Lastschriften schon vor ihrer Einlösung gut, geschieht dies unter dem Vorbehalt ihrer Einlösung, und zwar auch dann, wenn diese bei der Bank selbst zahlbar sind. Reicht der Kunde andere Papiere mit dem Auftrag ein, von einem Zahlungspflichtigen einen Forderungsbetrag zu beschaffen (z. B. Zinsscheine), und erteilt die Bank über den Betrag eine Gutschrift, so steht diese unter dem Vorbehalt, dass die Bank den Betrag erhält. Der Vorbehalt gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften und anderen Papiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder erhält die Bank den Betrag aus dem Einzugsauftrag nicht, macht die Bank die Vorbehaltsgutschrift rückgängig. Dies geschieht unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit ein Rechnungsabschluss erteilt wurde.

### (2) Einlösung von Lastschriften und vom Kunden ausgestellte Schecks

Lastschriften sowie Schecks sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht spätestens am zweiten Bankarbeitstag<sup>1</sup> - bei Lastschriften im SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren nicht spätestens am dritten Bankarbeitstag<sup>2</sup> - nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird. Barschecks sind bereits mit Zahlung an den Scheckvorleger eingelöst. Schecks sind auch schon dann eingelöst, wenn die Bank im Einzelfall eine Bezahlmeldung absendet. Schecks, die über die Abrechnungsstelle der Bundesbank vorgelegt werden, sind eingelöst, wenn sie nicht bis zu dem von der Bundesbank festgesetzten Zeitpunkt zurückgegeben werden.

## 10 Fremdwährungsgeschäfte und Risiken bei Fremdwährungskonten

### (1) Auftragsausführung bei Fremdwährungskonten

Fremdwährungskonten des Kunden dienen dazu, Zahlungen an den Kunden und Verfügungen des Kunden in fremder Währung bargeldlos abzuwickeln. Verfügungen über Guthaben auf Fremdwährungskonten (z. B. durch Überweisungen zulasten des Fremdwährungsguthabens) werden unter Einschaltung von Banken im Heimatland der Währung abgewickelt, wenn sie die Bank nicht vollständig innerhalb des eigenen Hauses ausführt.

### (2) Gutschriften bei Fremdwährungsgeschäften mit dem Kunden

Schließt die Bank mit dem Kunden ein Geschäft (z. B. ein Devisentermingeschäft) ab, aus dem sie die Verschaffung eines Betrags in fremder Währung schuldet, wird sie ihre Fremdwährungsverbindlichkeit durch Gutschrift auf dem Konto des Kunden in dieser Währung erfüllen, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist.

### (3) Vorübergehende Beschränkung der Leistung durch die Bank

Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zulasten eines Fremdwährungsguthabens (Absatz 1) oder zur Erfüllung einer Fremdwährungsverbindlichkeit (Absatz 2) ist in dem Umfang und so lange ausgesetzt, wie die Bank in der Währung, auf die das Fremdwährungsguthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die Bank auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zulasten eines Fremdwährungsguthabens ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn sie die Bank vollständig im eigenen Haus ausführen kann. Das Recht des Kunden und der Bank, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

### (4) Wechselkurs

Die Bestimmung des Wechselkurses bei Fremdwährungsgeschäften ergibt sich aus dem »Preis- und Leistungsverzeichnis«. Bei Zahlungsdiensten gilt ergänzend der Zahlungsdiensterahmenvertrag.

## Mitwirkungspflichten des Kunden

## 11 Mitwirkungspflichten des Kunden

### (1) Mitteilung von Änderungen

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Kunde der Bank Änderungen seines Namens und seiner Anschrift sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der Bank erteilten Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) unverzüglich mitteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (z. B. in das Handelsregister) eingetragen ist und ihr Erlöschen oder ihre Änderung in dieses Register eingetragen wird. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz, ergeben.

### (2) Klarheit von Aufträgen

Aufträge müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Nicht eindeutig formulierte Aufträge können Rückfragen zur Folge haben, die zu Verzögerungen führen können. Vor allem hat der Kunde bei Aufträgen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben, insbesondere der Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN<sup>3</sup> und BIC<sup>4</sup>, sowie der Währung zu achten. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen müssen als solche gekennzeichnet sein.

### (3) Besonderer Hinweis bei Eilbedürftigkeit der Ausführung eines Auftrags

Hält der Kunde bei der Ausführung eines Auftrags besondere Eile für nötig, hat er dies der Bank gesondert mitzuteilen. Bei formularmäßig erteilten Aufträgen muss dies außerhalb des Formulars erfolgen.

### (4) Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der Bank

Der Kunde hat Kontoauszüge, Wertpapierabrechnungen, Depot- und Ertragnisaufstellungen, sonstige Abrechnungen, Anzeigen über die Ausführung von Aufträgen sowie Informationen über erwartete Zahlungen und Sendungen (Avisse) auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben.

### (5) Benachrichtigung der Bank bei Ausbleiben von Mitteilungen

Falls Rechnungsabschlüsse und Depotaufstellungen dem Kunden nicht zugehen, muss er die Bank unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer Mitteilungen, deren Eingang der Kunde erwartet (Wertpapierabrechnungen, Kontoauszüge nach der Ausführung von Aufträgen des Kunden oder über Zahlungen, die der Kunde erwartet).

## Kosten der Bankdienstleistungen

## 12 Zinsen, Entgelte und Auslagen

### (1) Zinsen und Entgelte im Privatkundengeschäft

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die im Privatkundengeschäft üblichen Kredite und Leistungen ergibt sich aus dem »Preisaushang – Regelsätze im standardisierten Privatkundengeschäft« und ergänzend aus dem »Preis- und Leistungsverzeichnis«. Wenn ein Kunde einen dort aufgeführten Kredit oder eine dort aufgeführte Hauptleistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im »Preisaushang« oder »Preis- und Leistungsverzeichnis« angegebenen Zinsen und Entgelte. Eine Vereinbarung, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen, auch wenn sie im »Preisaushang« oder im »Preis- und Leistungsverzeichnis« ausgewiesen ist. Für die Vergütung der darin nicht aufgeführten Hauptleistungen, die im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmaßlichem Interesse erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, gelten, soweit keine andere Vereinbarung getroffen wurde, die gesetzlichen Vorschriften.

### (2) Zinsen und Entgelte außerhalb des Privatkundengeschäfts

Außerhalb des Privatkundengeschäfts bestimmt die Bank, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde und gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, die Höhe von Zinsen und Entgelten nach billigem Ermessen (§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

### (3) Nicht entgeltfähige Leistung

Für eine Leistung, zu deren Erbringung die Bank kraft Gesetzes oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse wahrnimmt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung erhoben.

### (4) Änderung von Zinsen; Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung

Die Änderung der Zinsen bei Krediten mit einem veränderlichen Zinssatz erfolgt aufgrund der jeweiligen Kreditvereinbarungen mit dem Kunden. Die Bank wird dem Kunden Änderungen von Zinsen mitteilen. Bei einer Erhöhung kann der Kunde, sofern nichts anderes vereinbart ist, die davon betroffene Kreditvereinbarung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Kunde, so werden die erhöhten Zinsen für die gekündigte Kreditvereinbarung nicht zugrunde gelegt. Die Bank wird zur Abwicklung eine angemessene Frist einräumen.

<sup>1</sup> Bankarbeitstage sind alle Werktage, außer Sonnabende und 24. und 31. Dezember.

<sup>2</sup> Bankarbeitstage sind alle Werktage, außer Sonnabende und 24. und 31. Dezember.

<sup>3</sup> International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).

<sup>4</sup> Business Identifier Code (Internationale Bankleitzahl).

## **(5) Änderung von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen**

Änderungen von Entgelten für Hauptleistungen, die vom Kunden im Rahmen der Geschäftsverbindung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (z. B. Konto- und Depotführung) werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das OnlineBanking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Der Kunde kann den Änderungen vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens entweder zustimmen oder sie ablehnen. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Werden dem Kunden die Änderungen angeboten, kann er den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Kündigt der Kunde, wird das geänderte Entgelt für die gekündigte Geschäftsbeziehung nicht zugrunde gelegt.

## **(6) Auslagen**

Die Aufwendungsersatzansprüche der Bank richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

## **(7) Besonderheiten bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdienstverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen**

Bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdienstverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen richten sich die Zinsen und die Kosten (Entgelte, Auslagen) nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen und Sonderbedingungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Änderung von Entgelten von Zahlungsdienstverträgen (zum Beispiel Girovertrag) richtet sich nach Absatz 5.

## **Sicherheiten für die Ansprüche der Bank gegen den Kunden**

### **13 Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten**

#### **(1) Anspruch der Bank auf Bestellung von Sicherheiten**

Die Bank kann für alle Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung die Bestellung bankmäßiger Sicherheiten verlangen, und zwar auch dann, wenn die Ansprüche bedingt sind (z. B. Aufwendungsersatzanspruch wegen der Inanspruchnahme aus einer für den Kunden übernommenen Bürgschaft). Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (z. B. als Bürge), so besteht für die Bank ein Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten im Hinblick auf die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

#### **(2) Veränderungen des Risikos**

Hat die Bank bei der Entstehung von Ansprüchen gegen den Kunden zunächst ganz oder teilweise davon abgesehen, die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten zu verlangen, kann sie auch später noch eine Besicherung fordern. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass Umstände eintreten oder bekannt werden, die eine erhöhte Risikobewertung der Ansprüche gegen den Kunden rechtfertigen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn

- sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden nachteilig verändert haben oder sich zu verändern drohen oder
- sich die vorhandenen Sicherheiten wertmäßig verschlechtert haben oder zu verschlechtern drohen.

Der Besicherungsanspruch der Bank besteht nicht, wenn ausdrücklich vereinbart ist, dass der Kunde keine oder ausschließlich im Einzelnen benannte Sicherheiten zu bestellen hat. Bei Verbraucherdarlehensverträgen besteht ein Anspruch auf die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nur, soweit die Sicherheiten im Kreditvertrag angegeben sind. Übersteigt der Nettodarlehensbetrag 75.000 Euro, besteht der Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung auch dann, wenn in einem vor dem 21. März 2016 abgeschlossenen Verbraucherdarlehensvertrag oder einem ab dem 21. März 2016 abgeschlossenen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag im Sinne von § 491 Abs. 2 BGB keine oder keine abschließende Angabe über Sicherheiten enthalten ist.

#### **(3) Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten**

Für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten wird die Bank eine angemessene Frist einräumen. Beabsichtigt die Bank, von ihrem Recht zur fristlosen Kündigung nach Nr. 19 Absatz 3 dieser Geschäftsbedingungen Gebrauch zu machen, falls der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht fristgerecht nachkommt, wird sie ihn zuvor hierauf hinweisen.

### **14 Vereinbarung eines Pfandrechts zugunsten der Bank**

#### **(1) Einigung über das Pfandrecht**

Der Kunde und die Bank sind sich darüber einig, dass die Bank ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen erwirbt, an denen eine inländische Geschäftsstelle im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (z. B. Kontoguthaben).

#### **(2) Gesicherte Ansprüche**

Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der Bank mit ihren sämtlichen in- und ausländischen Geschäftsstellen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung gegen den Kunden zustehen. Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen

(z. B. als Bürge), so sichert das Pfandrecht die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

### **(3) Ausnahmen vom Pfandrecht**

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der Bank, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen (z. B. Bareinzahlung zur Einlösung eines Wechsels), erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Genussrechte, für Ansprüche des Kunden gegen die Bank aus nachrangigen Verbindlichkeiten sowie für die Wertpapiere, die die Bank im Ausland für den Kunden verwahrt.

### **(4) Zins- und Gewinnanteilscheine**

Unterliegen dem Pfandrecht der Bank Wertpapiere, ist der Kunde nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

## **15 Sicherungsrechte bei Einzugspapieren und diskontierten Wechseln**

### **(1) Sicherungsübereignung**

Die Bank erwirbt an den ihr zum Einzug eingereichten Schecks und Wechseln im Zeitpunkt der Einreichung Sicherungseigentum. An diskontierten Wechseln erwirbt die Bank im Zeitpunkt des Wechselankaufs uneingeschränktes Eigentum; belastet sie diskontierte Wechsel dem Konto zurück, so verbleibt ihr das Sicherungseigentum an diesen Wechseln.

### **(2) Sicherungsabtretung**

Mit dem Erwerb des Eigentums an Schecks und Wechseln gehen auch die zugrunde liegenden Forderungen auf die Bank über; ein Forderungsübergang findet ferner statt, wenn andere Papiere zum Einzug eingereicht werden (z. B. Lastschriften, kaufmännische Handelspapiere).

### **(3) Zweckgebundene Einzugspapiere**

Werden der Bank Einzugspapiere mit der Maßgabe eingereicht, dass ihr Gegenwert nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden darf, erstrecken sich die Sicherungsübereignung und die Sicherungsabtretung nicht auf diese Papiere.

### **(4) Gesicherte Ansprüche der Bank**

Das Sicherungseigentum und die Sicherungsabtretung dienen der Sicherung aller Ansprüche, die der Bank gegen den Kunden bei Einreichung von Einzugspapieren aus seinen Kontokorrentkonten zustehen oder die infolge der Rückbelastung nicht eingelöster Einzugspapiere oder diskontierter Wechsel entstehen. Auf Anforderung des Kunden nimmt die Bank eine Rückübertragung des Sicherungseigentums an den Papieren und der auf sie übergegangenen Forderungen an den Kunden vor, falls ihr im Zeitpunkt der Anforderung keine zu sichernden Ansprüche gegen den Kunden zustehen und sie ihn über den Gegenwert der Papiere vor deren endgültiger Bezahlung nicht verfügen lässt.

## **16 Begrenzung des Besicherungsanspruchs und Freigabeverpflichtung**

### **(1) Deckungsgrenze**

Die Bank kann ihren Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten so lange geltend machen, bis der realisierbare Wert aller Sicherheiten dem Gesamtbetrag aller Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung (Deckungsgrenze) entspricht.

### **(2) Freigabe**

Falls der realisierbare Wert aller Sicherheiten die Deckungsgrenze nicht nur vorübergehend übersteigt, hat die Bank auf Verlangen des Kunden Sicherheiten nach ihrer Wahl freizugeben, und zwar in Höhe des die Deckungsgrenze übersteigenden Betrags; sie wird bei der Auswahl freizugebender Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen. In diesem Rahmen ist die Bank auch verpflichtet, Aufträge des Kunden über die dem Pfandrecht unterliegenden Werte auszuführen (z. B. Verkauf von Wertpapieren, Auszahlung von Sparguthaben).

### **(3) Sondervereinbarungen**

Ist für eine bestimmte Sicherheit ein anderer Bewertungsmaßstab als der realisierbare Wert oder ist eine andere Deckungsgrenze oder ist eine andere Grenze für die Freigabe von Sicherheiten vereinbart, so sind diese maßgeblich.

## **17 Verwertung von Sicherheiten**

### **(1) Wahlrecht der Bank**

Wenn die Bank verwertet, hat sie unter mehreren Sicherheiten die Wahl. Sie wird bei der Verwertung und bei der Auswahl der zu verwertenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen.

### **(2) Erlösgutschrift nach dem Umsatzsteuerrecht**

Wenn der Verwertungsvorgang der Umsatzsteuer unterliegt, wird die Bank dem Kunden über den Erlös eine Gutschrift erteilen, die als Rechnung für die Lieferung der als Sicherheit dienenden Sache gilt und den Voraussetzungen des Umsatzsteuerrechts entspricht.

## **Kündigung**

### **18 Kündigungsrechte des Kunden**

#### **(1) Jederzeitiges Kündigungsrecht**

Der Kunde kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen (z. B. den Scheckvertrag), für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.



## **(2) Kündigung aus wichtigem Grund**

Ist für eine Geschäftsbeziehung eine Laufzeit oder eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart, kann eine fristlose Kündigung nur dann ausgesprochen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, der es dem Kunden, auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bank, unzumutbar werden lässt, die Geschäftsbeziehung fortzusetzen.

## **(3) Gesetzliche Kündigungsrechte**

Gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

### **19 Kündigungsrechte der Bank**

#### **(1) Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist**

Die Bank kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen (z. B. den Scheckvertrag, der zur Nutzung von Scheckvordrucken berechtigt). Bei der Bemessung der Kündigungsfrist wird die Bank auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Für die Kündigung eines Zahlungsdienstleistungsvertrages (z. B. laufendes Konto oder Kartenvertrag) und eines Depots beträgt die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate.

#### **(2) Kündigung unbefristeter Kredite**

Kredite und Kreditsusagen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen.

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung eines Verbraucherdarlehensvertrages vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

#### **(3) Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist**

Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der der Bank deren Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Kunden unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat, die für die Entscheidung der Bank über eine Kreditgewährung oder über andere mit Risiken für die Bank verbundenen Geschäfte (z. B. Aushändigung einer Zahlungskarte) von erheblicher Bedeutung waren; bei Verbraucherdarlehen gilt dies nur, wenn der Kunde für die Kreditwürdigkeitsprüfung relevante Informationen wesentlich vorenthalten oder diese gefälscht hat und dies zu einem Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung geführt hat oder
- wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder der Werthaltigkeit einer Sicherheit eintritt oder einzutreten droht und dadurch die Rückzahlung des Darlehens oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber der Bank – auch unter Verwertung einer hierfür bestehenden Sicherheit – gefährdet ist oder
- wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nach Nr. 13 Absatz 2 dieser Geschäftsbedingungen oder aufgrund einer sonstigen Vereinbarung nicht innerhalb der von der Bank gesetzten angemessenen Frist nachkommt.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn, dies ist wegen der Besonderheiten des Einzelfalles (§ 323 Abs. 2 und 3 BGB) entbehrlich.

## **(4) Kündigung von Verbraucherdarlehensverträgen bei Verzug**

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung wegen Verzugs mit der Rückzahlung eines Verbraucherdarlehensvertrages vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

## **(5) Kündigung von Basiskontoverträgen**

Die Bank kann einen Basiskontovertrag nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Bestimmungen kündigen.

## **(6) Abwicklung nach einer Kündigung**

Im Fall einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die Bank dem Kunden für die Abwicklung (insbesondere für die Rückzahlung eines Kredits) eine angemessene Frist einräumen, soweit nicht eine sofortige Erledigung erforderlich ist (z. B. bei der Kündigung des Scheckvertrages die Rückgabe der Scheckvordrucke).

## **Sicherungssystem**

### **20 BVR Institutssicherung GmbH und Sicherungseinrichtung des BVR**

#### **(1) Instituts- und Einlagenschutz**

Die Bank ist der BVR Institutssicherung GmbH und der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Als institutsbezogene Sicherungssysteme haben sie die Aufgabe, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den ihnen angeschlossenen Instituten abzuwenden oder zu beheben. Alle Institute, die diesen Sicherungssystemen angeschlossen sind, unterstützen sich gegenseitig, um eine Insolvenz zu vermeiden. Über den Institutschutz sind auch die Einlagen der Kunden – darunter fallen im Wesentlichen Spareinlagen, Sparbriefe, Termineinlagen, Sichteinlagen und Schuldverschreibungen – geschützt.

#### **(2) Gesetzlicher Einlagenschutz der BVR Institutssicherung GmbH**

Das von der BVR Institutssicherung GmbH betriebene institutsbezogene Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem amtlich anerkannt. Sollte entgegen Absatz 1 ein Insolvenzfall eintreten, sind Einlagen im Sinne des § 2 Absätze 3 bis 5 des Einlagensicherungsgesetzes bis zu den Obergrenzen gemäß § 8 des Einlagensicherungsgesetzes von der BVR Institutssicherung GmbH zu erstatten.

#### **(3) Freiwilliger Einlagenschutz der Sicherungseinrichtung**

Die Sicherungseinrichtung schützt im Fall einer Insolvenz über den gesetzlichen Schutz nach Absatz 2 hinaus alle Einlagen nach Maßgabe des § 1 Absatz 4 des Statuts der Sicherungseinrichtung.

#### **(4) Informationsbefugnisse**

Die Bank ist befugt, der Sicherungseinrichtung des BVR oder einem von ihr Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Bank ist befugt, der BVR Institutssicherung GmbH oder einem von ihr Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Deutsche Kreditbank, Taubenstr. 7-9, 10117 Berlin

Björn Olbrich  
Von-Werth-Str. 24  
50259 PULHEIM

IHR DISPOKREDIT EUR 8.000,00

DKB-CASH

**Kontoauszug Nummer 003 / 2018 vom 02.02.2018 bis 02.03.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
06.02.	06.02.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002515301065 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . POSTPAY, Ihr Einkauf bei POSTPAY	405,80	
06.02.	06.02.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0057974N/718477100 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ000000261267 SVWZ+4102662018 LU007505655 5 KAUF 01.02.2018 718477100	75,00	
06.02.	06.02.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0057974N/718481283 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ000000261267 SVWZ+4102662018 LU039579430 7 KAUF 01.02.2018 718481283	25,00	
08.02.	08.02.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002525811616 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . FLASCHENP ., Ihr Einkauf bei	21,58	
09.02.	09.02.	Zahlungseingang Uwe-Carsten Glatz SVWZ+Kalandadze/Ambro AZ 17 /408 Schmerzensgeld ABWA+Uwe Carsten Glatz Rech tsanwalt		175,00
09.02.	09.02.	Zahlungseingang  EREF+U18039095616694LT34 SVWZ+2/0034026837/02		3.724,62
12.02.	12.02.	Überweisung UNIVERSITAET ZU KOELN KREF+HKCCS86756 SVWZ+7327032 Kalandadze DATUM 09.02.2018, 18.57 UHR 1.TAN 795888	266,30	
12.02.	12.02.	Basislastschrift Schubert Stefan EREF+1--0025-0000044 / 1-54 26 MREF+MLREF100010 CRED+DE80ZZZ000000109012 SVWZ+1--0025-0000044 Famili enabo 63,6 12.02.18-11.03.1 8 ABWA+Stefan Schubert	63,60	

**Kontoauszug Nummer 003 / 2018 vom 02.02.2018 bis 02.03.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
15.02.	01.02.	Berichtigung DKB AG DEPOT 501729230 WERTP. ABRECHN. 01.02.18 000004292361350 WKN DBX0CQ GESCH.ART STVV DB X-T.II-IB.DL TR. DR 1D LU0429459356	952,95	
15.02.	14.02.	Berichtigung DKB AG STEUERAUSGLEICH WERTP. ABRECHN. 14.02.18 000004292361350 WKN DBX0CQ GESCH.ART STVV DB X-T.II-IB.DL TR. DR 1D LU0429459356	4,89	
15.02.	15.02.	Basislastschrift  EREF+2610000981428012 MREF+01049290322-1 CRED+DE41ZZZ00000331553 SVWZ+D960013742 Beitrag 01. 01.2018 31.01.2018 384.53 ABWA+BKK EUREGIO	384,53	
15.02.	01.02.	Wertpapierabrechnung DKB AG DEPOT 501729230 WERTP. ABRECHN. 01.02.18 000004438604700 WKN DBX0CQ GESCH.ART VV DB X- T.II-IB.DL TR. DR 1D LU0429459356		1.010,75
15.02.	15.02.	Basislastschrift Rundfunk ARD, ZDF, DRadio EREF+232896125 201802050038 9202 MREF+2328961251301 CRED+DE3000100000001272 SVWZ+Neue EU-Datenschutzinformation unter. rundfunkbei trag.de/EU-DSGVO Rundfunk 0 1.2018 - 03.2018 Beitragsnr . 232896125 ABWA+Westdeutscher Rundfunk Köln AoR	52,50	
16.02.	16.02.	Basislastschrift EWR Aktiengesellschaft EREF+4287284 MREF+MBSK775617793498 CRED+DE98ZZZ0999999999999999 SVWZ+Monatsrechnung R180001 0850 V59526005	36,19	
19.02.	19.02.	Basislastschrift NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mit besc EREF+0070702314 MREF+00136819121000001 CRED+DE84ZZZ00000103993 SVWZ+/INV/0012345666 3.2.20 18 ABWA+NetCologne	39,90	
19.02.	19.02.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0058346N/718825079 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ00000261267 SVWZ+4102662018 DE000984811 9 KAUF 15.02.2018 718825079	25,00	
19.02.	19.02.	Basislastschrift AUDIBLE GMBH EREF+1071360141270840 MREF+uSWtZ,gNIP27)0eDaiyzMh IPck Au8 CRED+DE31ZZZ00000563369 SVWZ+3CWNFW7KYRKSVDTHJC5 Audible GmbH	9,95	



**Kontoauszug Nummer 003 / 2018 vom 02.02.2018 bis 02.03.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
19.02.	19.02.	Basislastschrift Vodafone GmbH EREF+0000109457371 00121972 13323 MREF+DE04KMMC0000109457371T0 17776224 CRED+DE26ZZZ000000006194 SVWZ+0000109457371 00121972 13323 Rechnungsnr. 11503967 1611 Vodafone sagt vielen D ank	44,17	
21.02.	21.02.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0058429N/718825081 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ000000261267 SVWZ+4102662018 LU032357865 7 KAUF 16.02.2018 718825081	25,00	
22.02.	22.02.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002606783064 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . ASOSCOMLT D, Ihr Einkauf bei	242,42	
22.02.	22.02.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002608236702 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . NETFLIX.C OM, Ihr Einkauf bei	7,99	
26.02.	26.02.	Kartenzahlung KREDITKARTENABRECHNUNG VISA-ABR. 4998970072444169	1.162,45	
26.02.	26.02.	Dauerauftrag TEA KALANDADZE SVWZ+privat	180,00	
26.02.	26.02.	Lohn, Gehalt, Rente TBO Versicherungsmakler GmbH EREF+4805415303-0000001 SVWZ+Lohn/Gehalt 02-2018		3.349,11
26.02.	26.02.	sonstige Buchung DEUTSCHE KREDITBANK AG ERSTATTUNG AUSLANDSEINSATZE NTGELT FUER VISA 4998 XXXX XXXX 4169		1,43
26.02.	26.02.	Zahlungseingang Uwe-Carsten Glatz SVWZ+Olbrich/Ambro AZ 17/40 7 Rechnung PVS ABWA+Uwe Carsten Glatz Rech tsanwalt		60,09
27.02.	27.02.	Basislastschrift STRATO AG EREF+DRP 67831280 74165788 STRATO AG MREF+DE1395614470442 CRED+DE49ZZZ000000074165 SVWZ+DRP 67831280 74165788 STRATO AG	9,48	
27.02.	27.02.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002627139774 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8	33,50	



**Kontoauszug Nummer 003 / 2018 vom 02.02.2018 bis 02.03.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
27.02.	27.02.	CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . FLASCHE NP ., Ihr Einkauf bei		
28.02.	02.03.	Einzug lt. Vertrag DEUTSCHE KREDITBANK AG Darl.-Leistung 6701508530 Für 01.02.2018 - 28.02.2018 Saldo 25.412,89- Zinssatz 3,239% Zinsen 70,03 Tilgung 530,46	600,49	
01.03.	01.03.	Dauerauftrag DREISSEN, GERHARD SVWZ+MIETE VON-WERTH-STR. 2 4, 50259 PULHEIM - OG RECHT S	945,00	
01.03.	01.03.	Basislastschrift  EREF+A7018051-0003714173880 32432426093 MREF+LA01L312001044782810 CRED+DE07ZZZ00000063475 SVWZ+371417388 0318 ABWA+Allianz Lebensvers. AG	42,93	
01.03.	01.03.	Basislastschrift  EREF+180222-0ly0G0010132999 MREF+405898H- 0627424 CRED+DE88ZZZ00000060465 SVWZ+D1405898H D1405898H	108,51	
01.03.	01.03.	Basislastschrift  EREF+034169104/NVMA.G0778-2 34350 MREF+LA000355939 CRED+DE13ZZZ00000141064 SVWZ+034169104 LA000355939/ 034169104 FONDS 10,00	10,00	
01.03.	01.03.	Basislastschrift Bjoern Olbrich MREF+BCI9351460038567828200 00001 CRED+DE04ZZZ00000001740 SVWZ+0385678282 Ihr Barclay card Ratenkredit MONATLICHE RATE 146,00 EUR	146,00	
01.03.	01.03.	Basislastschrift HALLESCHE KV AG EREF+26374327 497541141 MREF+MA534660603 CRED+DE89ZZZ00000031444 SVWZ+05 62 26374327	397,27	
01.03.	01.03.	Basislastschrift  EREF+235006861722 MREF+MS0000016407755 CRED+DE6308300000090403 SVWZ+235006861722/062519462 8/Siehe Einzelnachweis zur Sammelabbuchung vom 29.01.2 018	45,00	
01.03.	01.03.	Zahlungseingang TBO Versicherungsmakler Gmb H EREF+4805923623-0000001 SVWZ+RNr. 84925 RDat. 26.02 .2018Erstattung Beleg		66,40
01.03.	01.03.	Zahlungseingang PAYPAL EUROPE SARL ET CIE S CA EREF+YYW52VJ2AEARBBMN PP.28 87.PP PAYPAL SVWZ+PP.2887.PP ABBUCHUNG V OM PAYPAL-KONTO		120,46

**Kontoauszug Nummer 003 / 2018 vom 02.02.2018 bis 02.03.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
01.03.	01.03.	AWW-MELDEPFLICHT BEACHTEN HOTLINE BUNDESBANK. (0800) 1234-111		
02.03.	02.03.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002644004355 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . GOOGLE PL AY, Ihr Einkauf bei	1,99	
<b>ALTER KONTOSTAND</b>		<b>EUR</b>		
<b>NEUER KONTOSTAND</b>		<b>EUR</b>		

Guthaben sind als Einlagen nach Maßgabe des Einlagensicherungsgesetzes entschädigungsfähig.  
 Nähere Informationen können dem Informationsbogen für Einleger entnommen werden, den Sie  
 auch unter [www.dkb.de/kundenservice/einlagensicherung](http://www.dkb.de/kundenservice/einlagensicherung) einsehen können.

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

bitte beachten Sie nachstehenden Auszug aus unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen, sowie die mit Ihnen  
 getroffene Regelung über die Erteilung von Rechnungsabschlüssen:

Der angegebene Kontostand berücksichtigt nicht die Wertstellung der einzelnen Buchungen. Dies bedeutet,  
 dass der genannte Betrag nicht dem für die Zinsrechnung maßgeblichen Kontostand entsprechen muss und bei  
 Verfügungen möglicherweise Zinsen für die Inanspruchnahme einer eingeräumten oder geduldeten  
 Kontoüberziehung anfallen können.

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapieren schon vor ihrer  
 Einlösung gut, so geschieht dies unter dem Vorbehalt der Einlösung und des Einganges des Gegenwertes (E.v.-  
 Gutschrift). Das gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapiere bei der Bank  
 selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder geht der Bank der Gegenwert aus  
 einem anderen Einzugspapier nicht zu, so macht sie die Gutschrift gemäß Nr. 23 dieser AGB rückgängig  
 (Stornobuchung), und zwar auch nach einem zwischenzeitlich erfolgten Rechnungsabschluss.

Schecks und andere Einzugspapiere sind erst eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht bis zum Ablauf des  
 übernächsten Bankarbeitstages rückgängig gemacht wird. Sie sind auch eingelöst, wenn die Bank ihren  
 Einlösungswillen schon vorher Dritten gegenüber erkennbar bekundet hat (z. B. durch Bezahlungsmeldung). Für  
 Lastschriften gelten die Einlöseregeln in den hierfür vereinbarten besonderen Bedingungen. Über die  
 Abrechnungsstelle der Bundesbank eingezogene Schecks sind eingelöst, wenn sie nach deren Allgemeinen  
 Geschäftsbedingungen nicht mehr zurückgegeben werden können. Barschecks sind mit Zahlung an den  
 Scheckvorleger eingelöst.

Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (§ 355 HGB) sind wir verpflichtet, Ihnen in regelmäßigen Abständen einen  
 Rechnungsabschluss zu erteilen. Wir haben festgelegt, dass dies bei Kontoabrechnungsbuchungen (Zinsen  
 und/oder sonstige Entgelte), zumindest aber einmal jährlich geschieht. Beachten Sie bitte, dass dieser  
 Kontoauszug einen Rechnungsabschluss darstellt, wenn er als solcher bezeichnet ist. Im Abschlusssaldo sind  
 Zinsen und/oder sonstige Entgelte bis zum letzten Zinsabschlusstermin berücksichtigt.

Bitte prüfen Sie den Abschlussaldo des Rechnungsabschlusses. Rechnungsabschlüsse gelten als genehmigt,  
 sofern Sie innerhalb von 6 Wochen nach Zugang keine Einwendungen erheben.  
 Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse müssen der Deutsche Kreditbank AG, Bereich Revision,  
 Taubenstraße 7-9, 10117 Berlin schriftlich oder, wenn im Rahmen der Geschäftsbeziehung der elektronische

**Kontoauszug Nummer 003 / 2018 vom 02.02.2018 bis 02.03.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Kommunikationsweg vereinbart wurde (z. B. Onlinebanking), auf diesem Wege zugehen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung (Nr. 7 Abs. 3 unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen).

Dieser Kontoauszug gilt im Zusammenhang mit dem zugrunde liegenden Vertrag laut angegebener Kontonummer als Rechnung im Sinne des UStG.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Deutsche Kreditbank AG

Gemäß dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (FKAustG) ermittelt die DKB AG die nach diesem Gesetz erforderlichen Daten zur steuerlichen Ansässigkeit und meldet diese, soweit aufgrund des Gesetzes erforderlich, jährlich an das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt), das diese dann ggf. an zuständige ausländische Steuerbehörden weiterleitet. Gemeldet werden die erforderlichen Kundendaten, Steuer-Identifikationsnummer sowie Konto- und Depotnummern, Kontosalden sowie gutgeschriebene Kapitalerträge.



Deutsche Kreditbank, Taubenstr. 7-9, 10117 Berlin

 Björn Olbrich  
 Von-Werth-Str. 24  
 50259 PULHEIM

IHR DISPOKREDIT EUR 8.000,00

DKB-CASH

**Kontoauszug Nummer 004 / 2018 vom 03.03.2018 bis 03.04.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
06.03.	06.03.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0058890N/719097565 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ00000261267 SVWZ+4102662018 LU007505655 5 KAUF 01.03.2018 719097565	75,00	
06.03.	06.03.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0058890N/719099814 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ00000261267 SVWZ+4102662018 LU039579430 7 KAUF 01.03.2018 719099814	25,00	
12.03.	12.03.	Basislastschrift Schubert Stefan EREF+1--0031-0000044 / 1-54 26 MREF+MLREF100010 CRED+DE80ZZZ00000109012 SVWZ+1--0031-0000044 Famili enabo 63,6 12.03.18-08.04.1 8 ABWA+Stefan Schubert	63,60	
13.03.	13.03.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002706829966 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . BOOKING.C OM, Ihr Einkauf bei	584,37	
13.03.	13.03.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002706662311 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . FLASCHENP ., Ihr Einkauf bei	93,05	
15.03.	15.03.	Basislastschrift  EREF+2610000990439009 MREF+01049290322-1 CRED+DE41ZZZ00000331553 SVWZ+D960013742 Beitrag 01. 02.2018 28.02.2018 384.53 ABWA+BKK EUREGIO	384,53	
16.03.	16.03.	Basislastschrift EWR Aktiengesellschaft EREF+4549622 MREF+MBSK775617793498 CRED+DE98ZZZ09999999999 SVWZ+Monatsrechnung R180001 1950 V59526005	43,78	
16.03.	16.03.	Basislastschrift NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mit besc	39,90	



**Kontoauszug Nummer 004 / 2018 vom 03.03.2018 bis 03.04.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
16.03.	16.03.	EREF+0071120514 MREF+00136819121000001 CRED+DE84ZZZ00000103993 SVWZ+/INV/0012764259 7.3.20 18 ABWA+NetCologne		
19.03.	19.03.	Basislastschrift Vodafone GmbH EREF+0000109457371 00122585 66991 MREF+DE04KMMC000109457371T0 17776224 CRED+DE26ZZZ00000006194 SVWZ+0000109457371 00122585 66991 Rechnungsnr. 11511318 0943 Vodafone sagt vielen D ank	51,99	
19.03.	19.03.	Basislastschrift AUDIBLE GMBH EREF+182574032323842 MREF+uSWtZ,gNIP27)0eDaiyzMh IPck Au8 CRED+DE31ZZZ000000563369 SVWZ+NCEAVNA22VNXDEX2V1W Au dible GmbH	9,95	
20.03.	20.03.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0059302N/719583136 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ000000261267 SVWZ+4102662018 DE000984811 9 KAUF 15.03.2018 719583136	25,00	
20.03.	20.03.	Basislastschrift FONDSDEPOT BANK GMBH EREF+DT0059302N/719583253 MREF+10539977D4102662018 CRED+DE55ZZZ000000261267 SVWZ+4102662018 LU032357865 7 KAUF 16.03.2018 719583253	25,00	
20.03.	20.03.	Basislastschrift AMAZON PAYMENTS EUROPE S.C. A. EREF+6465637948748054 MREF+.X5IV4jvhNiMrsPcpn2- NW rjMG8i) CRED+DE94ZZZ000000561653 SVWZ+302- 6463719-3701921 Am azon .Mktplce EU-DE 6465637 948748054	23,45	
22.03.	22.03.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002775569356 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . NETFLIX.C OM, Ihr Einkauf bei	7,99	
22.03.	22.03.	Zahlungseingang Uwe-Carsten Glatz SVWZ+Olbrich/Ambro AZ 17/40 7 Schmerzensgeld lt Schr v 12.03.18 ABWA+Uwe Carsten Glatz Rech tsanwalt		150,00
23.03.	23.03.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002778640807 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . , Ihr Ein kauf bei , Artikel-39149109	7,95	

**Kontoauszug Nummer 004 / 2018 vom 03.03.2018 bis 03.04.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
23.03.	23.03.	Überweisung PVS RHEIN-RUHR GMBH KREF+HKCSE96214 SVWZ+H206198W2028M Olbrich, Bjoern 18.02.2018 DATUM 20.02.2018, 11.21 UHR 1.TAN 672938	60,69	
23.03.	23.03.	Überweisung UWE-CARSTEN GLATZ KREF+HKCSE23406 SVWZ+Olbrich - OWi DATUM 14.03.2018, 12.39 UHR 1.TAN 648272	119,00	
23.03.	23.03.	Lohn, Gehalt, Rente TBO Versicherungsmakler Gmb H EREF+4808214175-0000001 SVWZ+LOHN / GEHALT 03/18		7.458,36
26.03.	26.03.	Überweisung Deutsche Post AG SVWZ+EFI0020950000-31537691 62 GIROPAY0014390111SJF7A X0AM1 DATUM 25.03.2018, 23.14 UHR	2,35	
26.03.	26.03.	Kartenzahlung KREDITKARTENABRECHNUNG VISA-ABR. 4998970072444169	738,46	
26.03.	26.03.	Dauerauftrag TEA KALANDADZE SVWZ+privat	180,00	
27.03.	27.03.	Überweisung WIZZ AIR HUNGARY KFT KREF+HKCCS93201 SVWZ+U8IL2P Bjoern Olbrich DATUM 26.03.2018, 20.07 UHR 1.TAN 375449	148,38	
29.03.	30.03.	Einzug lt. Vertrag DEUTSCHE KREDITBANK AG Darl.-Leistung 6701508530 Für 01.03.2018 - 30.03.2018 Saldo 24.880,99- Zinssatz 3,239% Zinsen 68,59 Tilgung 531,90	600,49	
29.03.	29.03.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002810881471 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . GOOGLE PL AY, Ihr Einkauf bei	1,99	
29.03.	29.03.	Basislastschrift PayPal (Europe) S.a.r.l. et Cie., S.C.A. EREF+1002810578710 PP.2887. PP PAYPAL MREF+52VJ224N78QU8 CRED+LU96ZZZ0000000000000000 0058 SVWZ+PP.2887.PP . FLASCHENP ., Ihr Einkauf bei	28,92	
03.04.	01.04.	Abrechnung 29.03.2018 Abrechnung 29.03.2018 siehe Anlage	47,96	
03.04.	03.04.	Basislastschrift  EREF+342003580425 MREF+MS0000016407755	45,00	

**Kontoauszug Nummer 004 / 2018 vom 03.03.2018 bis 03.04.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Bu.Tag	Wert	Wir haben für Sie gebucht	Belastung in EUR	Gutschrift in EUR
03.04.	03.04.	CRED+DE6308300000090403 SVWZ+342003580425/062519462 8/Siehe Einzelnachweis zur Sammelabbuchung vom 29.01.2 018		
03.04.	03.04.	Basislastschrift Bjoern Olbrich MREF+BCI9351460038567828200 00001 CRED+DE04ZZZ00000001740 SVWZ+0385678282 Ihr Barclay card Ratenkredit MONATLICHE RATE 146,00 EUR	146,00	
03.04.	03.04.	Basislastschrift HALLESCHE KV AG EREF+26374327.191972438 MREF+MA534660603 CRED+DE89ZZZ000000031444 SVWZ+05 62 26374327	397,27	
03.04.	03.04.	Basislastschrift  EREF+180323-0m9iG0010134483 MREF+405898H- 0627424 CRED+DE88ZZZ000000060465 SVWZ+D1405898H D1405898H	111,83	
03.04.	03.04.	Basislastschrift  EREF+A7018080-0003714173880 33033058948 MREF+LA01L312001044782810 CRED+DE07ZZZ000000063475 SVWZ+371417388 0418 ABWA+Allianz Lebensvers. AG	42,93	
03.04.	03.04.	Dauerauftrag DREISSEN, GERHARD SVWZ+MIETE VON-WERTH-STR. 2 4, 50259 PULHEIM - OG RECHT S	945,00	

ALTER KONTOSTAND	EUR
NEUER KONTOSTAND	EUR

Abrechnung 29.03.2018  
Information zur Abrechnung

Kontostand am 29.03.2018

Abrechnungszeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018  
Zinsen für Dispositionskredit 47,96-  
6,9000 v.H. Kred-Zins bis 22.03.2018

Abrechnung 31.03.2018 47,96-

Sollzinssätze am 30.03.2018  
6,9000 v.H. für Dispositionskredit  
(aktuelle Kreditlinie 8.000,00)  
6,9000 v.H. für Kontoüberziehungen  
über die Kreditlinie hinaus

Kontostand/Rechnungsabschluss am 29.03.2018



**Kontoauszug Nummer 004 / 2018 vom 03.03.2018 bis 03.04.2018**  
**Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83**

Rechnungsnummer: 20180403-BY111-00047401931

Guthaben sind als Einlagen nach Maßgabe des Einlagensicherungsgesetzes entschädigungsfähig. Nähere Informationen können dem Informationsbogen für Einleger entnommen werden, den Sie auch unter [www.dkb.de/kundenservice/einlagensicherung](http://www.dkb.de/kundenservice/einlagensicherung) einsehen können.

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

bitte beachten Sie nachstehenden Auszug aus unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen, sowie die mit Ihnen getroffene Regelung über die Erteilung von Rechnungsabschlüssen:

Der angegebene Kontostand berücksichtigt nicht die Wertstellung der einzelnen Buchungen. Dies bedeutet, dass der genannte Betrag nicht dem für die Zinsrechnung maßgeblichen Kontostand entsprechen muss und bei Verfügungen möglicherweise Zinsen für die Inanspruchnahme einer eingeräumten oder geduldeten Kontoüberziehung anfallen können.

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapieren schon vor ihrer Einlösung gut, so geschieht dies unter dem Vorbehalt der Einlösung und des Einganges des Gegenwertes (E.v.-Gutschrift). Das gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder geht der Bank der Gegenwert aus einem anderen Einzugspapier nicht zu, so macht sie die Gutschrift gemäß Nr. 23 dieser AGB rückgängig (Stornobuchung), und zwar auch nach einem zwischenzeitlich erfolgten Rechnungsabschluss.

Schecks und andere Einzugspapiere sind erst eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht bis zum Ablauf des übernächsten Bankarbeitstages rückgängig gemacht wird. Sie sind auch eingelöst, wenn die Bank ihren Einlösungswillen schon vorher Dritten gegenüber erkennbar bekundet hat (z. B. durch Bezahlungsmeldung). Für Lastschriften gelten die Einlöseregeln in den hierfür vereinbarten besonderen Bedingungen. Über die Abrechnungsstelle der Bundesbank eingezogene Schecks sind eingelöst, wenn sie nach deren Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht mehr zurückgegeben werden können. Barschecks sind mit Zahlung an den Scheckvorleger eingelöst.

Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (§ 355 HGB) sind wir verpflichtet, Ihnen in regelmäßigen Abständen einen Rechnungsabschluss zu erteilen. Wir haben festgelegt, dass dies bei Kontoabrechnungsbuchungen (Zinsen und/oder sonstige Entgelte), zumindest aber einmal jährlich geschieht. Beachten Sie bitte, dass dieser Kontoauszug einen Rechnungsabschluss darstellt, wenn er als solcher bezeichnet ist. Im Abschlusssaldo sind Zinsen und/oder sonstige Entgelte bis zum letzten Zinsabschlusstermin berücksichtigt.

Bitte prüfen Sie den Abschlussaldo des Rechnungsabschlusses. Rechnungsabschlüsse gelten als genehmigt, sofern Sie innerhalb von 6 Wochen nach Zugang keine Einwendungen erheben. Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse müssen der Deutsche Kreditbank AG, Bereich Revision, Taubenstraße 7-9, 10117 Berlin schriftlich oder, wenn im Rahmen der Geschäftsbeziehung der elektronische Kommunikationsweg vereinbart wurde (z. B. Onlinebanking), auf diesem Wege zugehen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung (Nr. 7 Abs. 3 unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen).

Dieser Kontoauszug gilt im Zusammenhang mit dem zugrunde liegenden Vertrag laut angegebener Kontonummer als Rechnung im Sinne des UStG.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Deutsche Kreditbank AG

Gemäß dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (FKAustG) ermittelt die DKB AG die nach diesem Gesetz erforderlichen Daten zur steuerlichen Ansässigkeit und meldet diese, soweit aufgrund des Gesetzes erforderlich, jährlich an das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt), das diese dann ggf. an zuständige ausländische Steuerbehörden weiterleitet. Gemeldet werden die erforderlichen Kundendaten, Steuer-Identifikationsnummer sowie Konto- und Depotnummern, Kontosalen sowie gutgeschriebene Kapitalerträge.

Kontoauszug Nummer 004 / 2018 vom 03.03.2018 bis 03.04.2018  
Kontonummer 16253783 / IBAN DE14 1203 0000 0016 2537 83

## Abrechnung der Brutto/Netto-Bezüge für April 2018

25.04.2018 Blatt: 1

Personal-Nr.	Geburtsdatum	Stk	Faktor	Ki.Frbr.	Konfession	Freibetrag jährl. <sup>1</sup>	Freibetrag mtl. <sup>1</sup>	DBA	Gleitzone	St.-Tg.
00002	010585	3								30
SV-Nummer	Krankenkasse	KK % <sup>8</sup>	PGRS	BGRS	Um.	SV-Tg.				
030105850002			900	0000	0	30				
							Eintritt	Austritt		
							010616			
							Steuer-ID	MFB <sup>7</sup>		
							81327625406			

VJ Url. üb.	Url. Anspr.	Url.Tg.gen.	Resturlaub
Anw. Tage	Urlaub Tage	Krankh. Tg.	Fehlz. Tage
Anw. Std.	Urlaub Std.	Krankh. Std.	Fehlz. Std.
Zeitlohn Std.	Überstd.	Bez. Std.	

TBO Versicherungsmakler GmbH  
Wattmannstr. 40  
41564 Kaarst

Pers.-Nr. 00002

B/N  
LA

Hinweise zur Abrechnung

Herrn/Frau

Björn Olbrich  
Von-Werth Straße 24  
50259 Pulheim

## Brutto-Bezüge

Lohnart	Bezeichnung	Einheit <sup>2</sup>	Menge <sup>3</sup>	Faktor <sup>3</sup>	Prozentsatz	St <sup>4</sup>	SV <sup>4</sup>	GB <sup>5</sup>	Betrag
001	Gehalt					L	L	J	4.000,00
005	Sachbezug PKW 1%					L	L	J	464,00

## Steuer/Sozialversicherung

St <sup>4</sup>	Steuer-Brutto	Lohnsteuer	Kirchensteuer	Solidaritätszuschlag					Gesamt-Brutto
L	4.464,00	630,83		34,69					4.464,00
SV <sup>4</sup>	KV-Brutto	RV-Brutto	AV-Brutto	PV-Brutto	KV-Beitrag	RV-Beitrag	AV-Beitrag	PV-Beitrag <sup>6</sup>	Steuerrechtliche Abzüge
									665,52
									SV-rechtliche Abzüge

## Verdienstbescheinigung

Verdienstbescheinigung		Netto-Bezüge/Netto-Abzüge		
Gesamt-Brutto	23.935,50	SV-Brutto		Nr.
Steuer-Brutto	23.935,50	KV-Beitrag		9994 Sachbezug PKW
Lohnsteuer	4.309,32	RV-Beitrag		aus NB 01/2018
Kirchensteuer		AV-Beitrag		aus NB 02/2018
Solidaritätszuschlag	236,99	PV-Beitrag		aus NB 03/2018
Steuerfreie Bezüge		VWL gesamt		
P. verst. Zuk.sich.		Kug-Auszahlung		
Pfändung Rest				
Darlehen Rest				

Bank Deutsche Kreditbank Berl  
Konto DE14 1203 0000 0016 2537 83

SV-AG-Anteil Zus. AG-Kosten Gesamtkosten

Auszahlungsbetrag  
3.498,01

<sup>1</sup> H = Henzrechnungsbetrag  
<sup>2</sup> Std = Stunden, T = Tage, Km = Kilometer, St = Stück  
EUR = Euro, Tsd = Tausend Euro, Mio = Million Euro  
<sup>3</sup> Gegebenenfalls Netto-Lohn/Netto-Stundenlohn

<sup>4</sup> L = Laufender Bezug, S = Sonstiger Bezug, F = Frei,  
E = Einmalbezug, P = Pauschalierung, A = Abfindung,  
M = mehrjährige Versteuerung, N = Nachberechnung  
V = Vorjahr, W = Entgeltguthaben

<sup>5</sup> J = Bestandteil des Gesamt-Bruttos  
<sup>6</sup> Z = Einschl. Beitragszuschlag zur PV für Kinderlose  
<sup>7</sup> MFB = Mehrfachbeschäftigung  
<sup>8</sup> Maßgeblicher Beitragsatz zur KV inkl. Zusatzbetrag



## Abrechnung der Brutto/Netto-Bezüge für März 2018

HVA/HX 98753/10055/2

20.03.2018 Blatt: 1

Personal-Nr.	Geburtsdatum	StKI	Faktor	Ki.Frbr.	Konfession	Freibetrag jährl. <sup>1</sup>	Freibetrag mtl. <sup>1</sup>	DBA	Gleitzone	St.-Tg.
00002	01.05.85	3								30
SV-Nummer	Krankenkasse	KK % <sup>8</sup>	PGRS	BGRS	Um.	SV-Tg.	Eintritt	Austritt		
030105850002			900	0000	0	30				
										010616
										Steuer-ID
										MFB <sup>7</sup>
										81327625406

VJ Url. üb.	Url. Anspr.	Url.Tg.gen.	Resturlaub
Anw. Tage	Urlaub Tage	Krankh. Tg.	Fehlz. Tage
Anw. Std.	Urlaub Std.	Krankh. Std.	Fehlz. Std.
Zeitlohn Std.	Überstd.	Bez. Std.	

TBO Versicherungsmakler GmbH  
Wattmannstr. 40  
41564 Kaarst

Pers.-Nr. 00002

B/N  
HX

Hinweise zur Abrechnung

Herrn/Frau

Björn Olbrich  
Von-Werth Straße 24  
50259 Pulheim

## Brutto-Bezüge

Lohnart	Bezeichnung	Einheit <sup>2</sup>	Menge <sup>3</sup>	Faktor <sup>3</sup>	Prozentsatz	St <sup>4</sup>	SV <sup>4</sup>	GS <sup>5</sup>	Betrag
001	Gehalt					L	L	J	4.000,00
005	Sachbezug PKW 1%					L	L	J	464,00
008	Fahrten W-B stpfl.					L	L	J	150,88
009	Tantieme					S	E	J	6.079,50

## Steuer/Sozialversicherung

St <sup>4</sup>	Steuer-Brutto	Lohnsteuer	Kirchensteuer	Solidaritätszuschlag					Steuerrechtliche Abzüge
L	4.614,88	674,50	,	37,09					711,59
S	6.079,50	1.810,00	,	99,55					1.909,55
SV <sup>4</sup>	KV-Brutto	RV-Brutto	AV-Brutto	PV-Brutto	KV-Beitrag	RV-Beitrag	AV-Beitrag	PV-Beitrag <sup>6</sup>	SV-rechtliche Abzüge
	,	,	,	,	,	,	,	,	
	,	,	,	,	,	,	,	,	
	,	,	,	,	,	,	,	,	

## Verdienstbescheinigung

Gesamt-Brutto	19.924,14	SV-Brutto	,
Steuer-Brutto	19.924,14	KV-Beitrag	,
Lohnsteuer	3.833,50	RV-Beitrag	,
Kirchensteuer	,	AV-Beitrag	,
Solidaritätszuschlag	210,82	PV-Beitrag	,
Steuerfreie Bezüge	,	VWL gesamt	,
P. verst. Zuk.sich.	,	Kug-Auszahlung	,
			,
Pfändung Rest	,		,
Darlehen Rest	,		,

## Netto-Bezüge/Netto-Abzüge

Nr.	Bezeichnung
9994	Sachbezug PKW

Bank Deutsche Kreditbank Berl  
Konto DE14 1203 0000 0016 2537 83

SV-AG-Anteil

Zus. AG-Kosten

Gesamtkosten

Auszahlungsbetrag

7.458,36

<sup>1</sup> H = Hinzurechnungsbetrag  
<sup>2</sup> Std = Stunden, T = Tage, Km = Kilometer, St = Stück  
EUR = Euro, Tsd = Tausend Euro, Mio = Million Euro  
<sup>3</sup> Gegebenenfalls Netto-Lohn/Netto-Stundenlohn

<sup>4</sup> L = Laufender Bezug, S = Sonstiger Bezug, F = Frei,  
E = Einmalbezug, P = Pauschalierung, A = Abfindung,  
M = mehrjährige Versteuerung, N = Nachberechnung  
V = Vorjahr, W = Entgeltguthaben

<sup>5</sup> J = Bestandteil des Gesamt-Bruttos  
<sup>6</sup> Z = Einrichtl. Beitragszuschlag zur PV für Kinderlose  
<sup>7</sup> MFB = Mehrfachbeschäftigung  
<sup>8</sup> Maßgeblicher Beitragsatz zur KV inkl. Zusatzbeitrag

